Bremen, Oktober 1919.

№ 24.

# Verhandlungen der Nationalversammlung

## Sitzung vom 10. Oktober 1919.

Entschuldigt fehlten:

Achelis, Ed.
Behle, Karl
Böhmert, Wilh., Dr.
Borchers, Robert
Borgmann, A.
Bormann, Friedr.
Brasch, Hermann
Brauns, August
Bußmann, Joh.
Cordes, Johannes
Depken, Johann
Dibjick, Friedr.
Dotzler, Johann
Gerberding, Eduard
Hagemeyer, J. F.
Hasselbach, Caroline
Henke, Alfred
Hercksen, Wilhelm
Hoskamp, Georg
Kirchmeyer, Conrad
Künkler, R., Dr. jur.
Lampe, J.
Leymann, Wilhelm
Madrian, Georg
May, Franz
Möhring, Henny
Schlüter, Ludwig
Schurig, Gottfried
Spindler, Emil
Stallmann, Louis
Strube, Dr. jur.
Thiele, Minna
Vinnen, Adolf
Wellmann, Joh.

Unentschuldigt fehlten:

Schad, Heinrich
Scheide, Carl
Vögeding, Karl

## Gegenstände der Tagesordnung:


| | Verhandelt Seite |
|---|---|
| I. Kleine Anfrage, betr. die Entschädigung der während der Februarunruhen geschädigten Personen | 971 |
| II. Kleine Anfrage, betr. die vom Rat der Volksbeauftragten verausgabten Gelder | 972 |
| III. Kleine Anfrage, betr. den Schutz der freiwilligen Arbeitskräfte während des Seemannsstreiks | 973 |
| IV. Mitteilung des Senats vom 3. Oktober 1919: | |
| 2. Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung einer Sicherheitspolizei und betr. Schaffung der Stelle eines Polizeipräsidenten | 975 |
| 3. Gewährung einer Rente an den früheren Waisenhausverwalter Albert Brandt | 1000 |
| 4. Einfriedigung am Waller Friedhof | 1001 |
| 5. Erweiterungsbau der Fortbildungsschule an der Weserbahn | 1001 |
| 6. Beihilfe für den Bremer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose | 1001 |
| 7. Nachbewilligung für das Stadttheater | 1001 |
| V. Mitteilung des Senats vom 23. September 1919: | |
| 1. Budget für das Rechnungsjahr 1919 | 1001 |
| VI. Mitteilung des Senats vom 30. September 1919: | |
| 9. Mietverhältnisse im Landgebiet | 1006 |
| VII. Antrag, betr. Rentenempfänger | 1010 |
| VIII. Antrag, betr. die Kriegsbeschädigten | 1013 |
| IX. Antrag, betr. Entschädigung für Franz Starker und Adam Frasunkiewicz. | (N. z. V. g.) |
| X. Antrag, betr. Hilfe für Erwerbslose. | (N. z. V. g.) |
| XI. Antrag, betr. Weiterführung der Straßenbahn nach Huchting. | (N. z. V. g.) |
| XII. Antrag, betr. die Arbeiten der Verfassungsdeputation. | (N. z. V. g.) |
| XIII. Antrag, betr. das Jagdrecht. | (N. z. V. g.) |
| XIV. Antrag, betr. Jugendamt. | (N. z. V. g.) |
| XV. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. | (N. z. V. g.) |
| XVI. Antrag, betr. die Wiedereinführung des Religionsunterrichts | (N. z. V. g.) |


Außerdem wurde verhandelt über die nicht auf der Tagesordnung stehende


Mitteilung des Senats vom 7. Oktober 1919:
Erhöhung des Kleidergeldes für die Polizeibeamten und verwandten Berufsgruppen für das Rechnungsjahr 1919 . . 1009

Präsident R. Dunkel.

Eröffnung der Sitzung 10 Uhr.

Präsident: Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Herr Sonnemann zeigt seinen Austritt aus der Nationalversammlung an.

Für die kleine Anfrage, betreffend Entschädigung der während der Februarunruhen geschädigten Geschäftsleute und sonstigen Personen ist Herr Senator Dr. Donandt zum Senatskommissar bestellt,

für die kleine Anfrage über die Höhe und die Art der von dem Rat der Volksbeauftragten während der Zeit seiner Herrschaft verausgabten Gelder ebenfalls Herr Senator Dr. Donandt,

für die kleine Anfrage, ob der Regierung bekannt ist, daß die während des Seemannsstreiks im Hafen tätigen Freiwilligen auf dem Heimwege von der Arbeitsstätte belästigt sind usw., Herr Bürgermeister Deichmann,

für die Verhandlungen der Nationalversammlung über die Mitteilung des Senats, betreffend Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung einer Sicherheitspolizei und Schaffung der Stelle eines Polizeipräsidenten, Herr Bürgermeister Deichmann.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 7. Oktober:

1. Antrag, betreffend die Seeleute und deren Familien,
2. Wahl der Schulleiter,
3. Jahresbericht der Deputation für die Unterweserkorrektion über die Wehranlage für das Jahr 1917,
4. Festlegung einer Planstraße vom Stadtwald bis zum Blocklander Deich,
5. Erhöhung des Kleidergeldes für die Polizeibeamten und verwandten Berufsgruppen für das Rechnungsjahr 1919.

Zur Geschäftsordnung

Wenhold (D.): Infolge der Mitteilung des Senats über die Reform des Kleidergeldes — — —

Präsident: Entschuldigen Sie einen Augenblick. Dazu hat Herr Heuer einen Antrag eingereicht, der folgendermaßen lautet:

Die Nationalversammlung möge beschließen:

Die Nationalversammlung tritt dem Antrage des Senats, betreffend Erhöhung des Kleidergeldes für die Polizeibeamten und verwandten Berufsgruppen für das Rechnungsjahr 1919 bei, indem sie wegen der übrigen Behörden baldige Erledigung ihres Beschlusses vom 26. September d. Js. erwartet.

Die Mitteilung des Senats in bezug auf diesen Gegenstand, deren Eingang ich eben angezeigt habe, lautet:

Der Senat hat die Quartierdeputation dem Beschluß der Nationalversammlung vom 26. v. Mts. entsprechend angewiesen. Da die Erstattung des Berichtes Verhandlungen mit den übrigen in Betracht kommenden Behörden voraussetzt und daher erst in einiger Zeit wird erfolgen können, so würde die Auszahlung des Kleidergeldes an die Polizeibeamten und verwandten Berufsgruppen sich noch weiter hinauszögern. Der Senat nimmt an, daß dies nicht in der Absicht der Nationalversammlung liegt, und beantragt daher, ihn zu ermächtigen,

die in seiner Mitteilung vom 17. v. Mts. (Verhdlgn. S. 422) beantragten Sätze des Kleidergeldes bis zur endgültigen Regelung vorschußweise zahlen zu lassen.

Diese Mitteilung des Senats kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Sie enthält das, was Herr Heuer wünscht. Herr Heuer, wollen Sie unter diesen Umständen nicht Ihren Antrag zurückziehen? (Heuer (U. S.) stimmt zu.)

Wenhold (D.): Ich bitte, über diese Mitteilung, obwohl sie noch nicht im Druck vorliegt, schon heute zu verhandeln.

Präsident: Dann müssen Sie einen Dringlichkeitsantrag stellen.

Wenhold: Ich stelle den Dringlichkeitsantrag, bitte aber, über ihn jetzt noch nicht abstimmen zu lassen, da das Haus noch schlecht besetzt ist.

Präsident: Sehr gern.

Herr von Thülen zeigt seinen Austritt aus der Behörde für das Jugendamt an.

Die bremischen Zeitungsverlage (der Bremer Zeitungsverlag, Bremer Zeitungs-Gesellschaft, Bremer Arbeiter-Zeitung und Verlag des Bremer Volksblatts) bitten:

Die bremische Nationalversammlung wolle beschließen, das bremische amtliche Verkündigungswesen auf der Basis der Gleichberechtigung sämtlicher bremischer Zeitungen nach Maßgabe der badischen Bestimmungen neu zu regeln.

Die Ausschüsse der Polizeibeamten von Abteilung III und V der Polizeidirektion, unterzeichnet, wenn ich richtig lese, Mollmann und Lüttich, beantragen, daß die sämtlichen Gebührnisse der Kriminal- und Polizeibeamten analog denen der betreffenden Dienststellen der Mitglieder der Sicherheitspolizei geregelt werden.

Von Herrn Karkmeyer ist folgender Antrag eingegangen:

Die Nationalversammlung ersucht die Kommission wegen der Beamtengehalte um einen

Bericht, ob es angängig ist, den im Ruhestand befindlichen Beamten und Lehrern, sowie den Beamtenwitwen und -waisen die den aktiven Beamten gewährten Teuerungszulagen und Beschaffungsbeihilfen fortan unter den gleichen Voraussetzungen und in der gleichen Weise wie diesen zu gewähren.

Herr Marburg hat seinen Antrag, betreffend Weiterführung der Straßenbahn nach Huchting geändert. Es ist wohl am besten, wenn ich die Abänderung verlese, wenn wir zu dem Antrage kommen.

Nr. I der Tagesordnung:

**Kleine Anfrage, betr. die Entschädigung der während der Februarunruhen geschädigten Personen.**

Ist der Senat in der Lage, da die Entschädigung der während der Februarunruhen geschädigten Geschäftsleute und sonstigen Personen bislang nur in beschränktem Maße erfolgt ist, den Beschluß der Nationalversammlung vom 26. April durch Auszahlung weiterer, der Notwendigkeit entsprechenden Beträge vor Verabschiedung des Reichsgesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden durchzuführen?

Senatskommissar Senator Dr. Donandt: Die Nationalversammlung hat am 26. April die Kommission „zur Feststellung von Aufruhrschäden" beauftragt, bis zur Verabschiedung des Reichsgesetzes die Schäden der an den Kämpfen beteiligten Personen und deren Hinterbliebenen festzustellen. Diesem Auftrage ist die Kommission nachgekommen. Sie ist darüber noch hinausgegangen, indem sie alle durch die Kämpfe verursachten Schäden festgestellt hat, ohne Rücksicht darauf, ob die Geschädigten an den Kämpfen beteiligt gewesen sind oder nicht. Ferner wurden die Kommission und die Kriegsdeputation ermächtigt, Vorschüsse zu leisten. Die Kommission, und nachdem diese ihre Tätigkeit eingestellt hatte, die Finanzkommission des Senats haben von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht. Nach dem Entwurf des Reichsgesetzes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden ist ein Ersatzanspruch nur dann gegeben, wenn durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet worden ist. Demgemäß hat die Finanzkommission in allen Fällen, in denen eine solche Gefährdung vorlag, durch Vorschüsse oder durch unmittelbare Abstellung der Schäden ausgeholfen. In derselben Weise wird die Finanzkommission auch ferner verfahren. Fälle, in denen nicht ausgeholfen wäre, obgleich eine Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz vorlag, sind der Finanzkommission nicht bekannt geworden. In weiterem Umfange als bisher, also auch in den Fällen, in denen eine Notlage nicht gegeben ist, durch Vorschußleistungen auszuhelfen, hält sich die Finanzkommission nicht für berechtigt.

Präsident: Herr Meinert, haben Sie an den Herrn Senatskommissar noch eine Rückfrage zu stellen?

Meinert (L.-V.): Ich möchte noch fragen, ob nicht der Beschluß hinsichtlich der Ermächtigung an die Finanzkommission weitergeht als der Herr Senatskommissar ausgelegt hat. Es ist seiner Zeit beschlossen — — —

Präsident: Das geht nicht, das weiter zu begründen. Sie können nur eine Anfrage stellen, es ist aber nicht gestattet, hinterher eine Begründung zu geben.

Meinert: Das Reichsgesetz, auf das der Herr Senatskommissar Bezug nimmt, ist noch nicht beschlossen worden, sondern es liegt dafür nur ein Entwurf vor. Bis das Gesetz Gültigkeit erhält, haben die bestehenden Gesetze Geltung, die für Bremen seit 1849, für Preußen seit 1850 Gültigkeit haben. Außerdem sagt einem der gesunde Menschenverstand, daß der Staat als Träger der Ordnung gerade im Interesse seiner eigenen Existenz weiter für die Geschädigten eintreten muß — — —

Präsident: Sie dürfen nur eine Ergänzungsfrage stellen, aber nicht etwas fragen, auf das der Herr Senatskommissar unmöglich vorbereitet sein kann.

Meinert: Ich habe nur die Frage aufgeworfen. Ich ging davon aus, daß sich die Schäden auf über eine Million belaufen, die Vorschüsse aber nur einen kleinen Umfang erreicht haben.

Präsident: Herr Meinert, ich möchte Sie nochmals darauf hinweisen: wenn Sie eine Ergänzungsfrage zu stellen haben, das steht Ihnen frei; weitere Ausführungen dürfen Sie nicht machen.

Meinert: Deswegen möchte ich die Frage stellen, ob die Finanzkommission im Sinne des Beschlusses der Nationalversammlung gehandelt hat, da sie zu weiteren Vorschüssen ermächtigt ist.

Senatskommissar Senator Dr. Donandt: Ich glaube, die Antwort schon gegeben zu haben: die Finanzkommission hält sich nicht für berechtigt, in weiterem Umfange als bisher Vorschüsse zu leisten. Diese Erklärung kann ich nur wiederholen.

Zur Geschäftsordnung

Hagedorn (U. S.): Herr Präsident! Sie haben Herrn Meinert gestattet, Ausführungen zu machen — —

Präsident: Nein, ich habe ihm das Wort abgeschnitten.

Hagedorn: Aber trotzdem haben Sie ihm erlaubt, weiter zu reden.

Präsident: Das ist nicht richtig, ich habe Herrn Meinert das Wort zweimal abgeschnitten.

Hagedorn: Jedoch nicht rechtzeitig. Sie hätten ihn sofort am Reden verhindern müssen und nicht gestattet dürfen, daß die Verhandlung eröffnet wurde.

Präsident: Die Verhandlung ist überhaupt nicht eröffnet. Ich habe zweimal vergeblich versucht, Herrn Meinert klar zu machen, daß wir über die Anfrage nicht verhandeln dürfen. Ich habe ihm das Wort abgeschnitten. Mehr konnte ich nicht tun.

Die Frage ist erledigt.

Nr. II der Tagesordnung:

**Kleine Anfrage, betr. die vom Rat der Volksbeauftragten verausgabten Gelder.**

Ist die Regierung bereit, über die Höhe und Art der von dem Rat der Volksbeauftragten während der Zeit seiner Herrschaft verausgabten Gelder Auskunft zu geben, insonderheit darüber, über welche Ausgaben hinreichend Belege vorliegen und über welche nicht?

Senatskommissar Senator Dr. Donandt: Die Herrschaft des Rats der Volksbeauftragten umfaßt die Zeit (Zurufe von links: Lauter!) vom 9. oder 10. Januar bis 4. Februar. In dieser Zeit von 25 Tagen sind im ganzen für besondere Zwecke der damaligen Regierung 325 236 ℳ und 30 ₰ verausgabt worden. Dabei bemerke ich, daß in diese Summe inbegriffen sind auch die Zahlungen zur Begleichung von Forderungen, die vor dem 9. oder 10. Januar entstanden waren, und daß ferner inbegriffen sind die Monatsgehälter, die zum Teil schon zu Beginn des Januar 1919 bezahlt waren. Im einzelnen verteilen sich die ausgegebenen Beträge auf die einzelnen Verwendungszwecke wie folgt: Es sind ausgegeben für Gehälter 56 790 ℳ. Dazu bemerke ich, daß nach den Buchungen in keinem Einzelfall ein höheres Monatsgehalt bezahlt worden ist als 800 ℳ, 2. für Reisediäten 8623.60 ℳ. Dieser Betrag erscheint sehr hoch, wenn man berücksichtigt, daß im ganzen Rechnungsjahre 1918 die auf den Missionsfonds bewilligten Reisekosten 20 000 ℳ nicht überschritten haben. Für den Wachtdienst wurden verausgabt 71 188 ℳ, für Arbeitsversäumnisse 1710.80 ℳ, für Unkosten, Porto usw. 6457.67 ℳ, für Drucksachen 12 472.80 ℳ, für Versammlungslokale, Miete 2530 ℳ. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Kosten für öffentliche Versammlungen, die er veranstaltete, auf Staatsrechnung übernommen. Ferner für besondere Ausgaben: Abschiebung von Ausländern 2892.90 ℳ, Propaganda 2021 ℳ, Sanitätsdienst 3032 ℳ, Beerdigungen 2486.60 ℳ. Außerdem sind dem Soldatenrat am 11. Januar 60 000 ℳ, am 21. Januar 50 000 ℳ und am 30. Januar 45 000 ℳ überwiesen worden. (Hört! Hört!) Ueber die Ausgaben sind Kassabücher geführt worden. Zu den Büchern, die der Arbeiterrat geführt hat, sind für sämtliche Ausgaben Belege vorhanden. Ueber die Ausgaben des Soldatenrats ist ebenfalls ein Kassabuch geführt, aber Belege haben sich nicht vorgefunden. Die Buchführung und die Belege entsprechen nicht in jeder Beziehung den Anforderungen, die wir an die Rechnungsführung über die Verwendung von Staatsgeldern zu stellen gewohnt sind. So sind insbesondere für bestimmte Verwendungszwecke den einzelnen Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats auf einmal große Summen ausbezahlt worden, ohne daß nachher über die Verwendung dieser Summen Rechenschaft gelegt worden wäre. An solchen größeren Beträgen sind in einer Summe ausgezahlt worden: im einzelnen ausbezahlt für den Sicherheitsdienst 5000 ℳ, an Wachgeldern 7729.40 ℳ, 400 ℳ, 5928.10 ℳ, 2968.35 ℳ, 2817 ℳ, 13 000 ℳ, 1000 ℳ, 5000 ℳ, 1340 ℳ, für Armenpflege 1000 ℳ, 1872,85 ℳ, für Abschiebung mittelloser Ausländer 1000 ℳ, für Propaganda und Agitation im Interesse der Revolution 400 ℳ, 400 ℳ, 300 ℳ, 300 ℳ, 200 ℳ, für die Sanitätswache 1000 ℳ, 2000 ℳ, an Diäten 900 ℳ, 1700 ℳ. Ueber alle diese Beträge liegt eine Abrechnung nicht vor. Man kann deshalb nicht ersehen, ob und in welcher Weise die Beträge dem angegebenen Verwendungszweck zugeführt worden sind. Außerdem finden sich noch Belege vor über Zahlungen an Wachgeldern von 10 000 ℳ und 15 000 ℳ. Die Staatsanwaltschaft, der das gesamte Material übergeben worden ist, ist aber zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Quittungen nicht von dem, dessen Name darunter steht, gezeichnet sind, daß sie also fingiert oder gefälscht sind. Näheres hat sich darüber nicht feststellen lassen. Dann, meine Damen und Herren, hat der Rat der Volksbeauftragten größere Schulden hinterlassen (Hört! Hört!). Die nachträglich eingereichten Forderungen belaufen sich auf über 200 000 ℳ. (Hört! Hört!) Von diesen Forderungen hat die Finanzkommission etwa 4000 ℳ gezahlt in Fällen, in welchen Billigkeitsgründe dafür vorlagen, oder in denen die Ausgaben im staatlichen Interesse gemacht worden waren. Im übrigen hat die Finanzkommission die Bezahlung abgelehnt (Sehr richtig!), weil sie der Ansicht ist, daß der Staat für die Schulden des Rates der Volksbeauftragten nicht aufzukommen hat (Sehr richtig!). In einzelnen Fällen ist der Staat verklagt worden. Soweit darüber eine Entscheidung bereits ergangen ist, sind die Klagen abgewiesen worden; eine rechtskräftige Entscheidung liegt darüber nicht vor. Zum Schluß bemerke ich noch, daß ich das ganze weitschichtige Material nicht selbst habe durchprüfen können; meine Mitteilungen beruhen auf den Ermittelungen der Rechnungsstelle der Kriegsdeputation und des Rechnungsamts der Finanzdeputation. (Bravo!)

Pastor Bode (L.-V.): Ich bitte noch Rückfragen stellen zu dürfen. So dankbar ich für die Erklärungen bin, so möchte ich doch noch weitere Aufklärung erbitten: Da eine ganze Reihe von Belegen über doch verhältnismäßig hohe Ausgaben nicht vorhanden sind, möchte ich wissen, ob Strafantrag gestellt worden ist gegen diejenigen, die diese Gelder verausgabt haben? (Lindau: Christliche Nächstenliebe!) Die christliche Nächstenliebe hat damit nichts zu tun! (Präsident: Bitte, doch keine Auseinandersetzung über christliche Nächstenliebe!) Es sollen ganz erhebliche Summen für angeblich unschuldig erlittene Haft ausbezahlt sein, z. B. an Brodmerkel und Frasunkiewicz. Ich möchte fragen, ob darüber Belege vorhanden sind, und ob es überhaupt rechtlich zulässig ist, derartige Entschädigungen auszuzahlen. (Gelächter links). Des weiteren möchte ich fragen: es haben Requisitionen in großem Umfange stattgefunden an Pistolen, Revolvern, Patronen, Pferdedecken, Brot ohne Marken, Feuerungsmaterial, Fahrrädern, Kaffee, Obst, Kartoffeln, Lebensmitteln, Wein, Sauerstoff, Fleisch, Mänteln, Benzin. (Gelächter links). Nun, meine Damen und Herren, wenn Ihnen die bloße Aufzählung merkwürdig ist, so möchte ich Ihnen erklären, daß allein an Benzol 1578 ℳ und an Autofahrten, Fuhrwerken allein — — — (Präsident: Ich halte das nicht für zulässig; Sie können nur fragen, ob das gestohlen ist!) Ich möchte fragen ob der Staat für all diese Summen, die 100000 ℳ bei weitem übersteigen, eintreten will oder nicht, oder ob er die Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten haftbar machen will. Es würde dies ein Schritt sein — — — (Präsident: Die letzten Ausführungen sind nicht zulässig!) Ich möchte also fragen, ob der Staat irgend welche Schadenersatzansprüche geltend machen wird im Interesse derjenigen, deren bürgerliche Existenz dadurch schwer geschädigt ist. (Lärm links. Garves: Fühlen Sie sich dadurch getroffen?)

Senator Dr. Donandt: Die Frage, ob eine strafrechtliche Verfolgung einzuleiten ist, ist selbstverständlich von uns pflichtgemäß geprüft worden, und wir haben der Staatsanwaltschaft auch die Akten übersandt. Die Staatsanwaltschaft hat aber keinen Anlaß zu strafrechtlichem Einschreiten. (Hört! Hört!) Der Staat hätte ja nun gegen die einzelnen Empfänger Abrechnungsprozesse einleiten können. Wir haben aber davon abgesehen, weil wir fürchteten, daß derartige Prozesse den Staat nur mit sehr hohen Kosten belasten würden, ohne daß irgend etwas für den Staat dabei heraus käme. Dann hat Herr Pastor Bode gefragt, wie es mit der Entschädigungssumme stehe, die den Inhaftierten aus Staatsmitteln gezahlt worden sind. Es sind seinerzeit auf Anweisung des Rates der Volksbeauftragten aus den Mitteln der Kriegsdeputation etwa 39000 ℳ zu diesem Zweck bezahlt worden. (Hört! Hört!) Ich weiß den Betrag nicht genau, aber es werden ungefähr 39000 ℳ sein. Was schließlich die Frage nach den Requisitionen des Arbeiter- und Soldatenrats betrifft, so ist es richtig, daß derartige Requisitionen ohne rechtliche Grundlage in sehr erheblichem Maße stattgefunden haben. (Hört! Hört!) Die Rechnungen darüber sind erst nach Beendigung der Herrschaft des Rates der Volksbeauftragten zum großen Teil eingegangen. Die Bezahlung ist aber abgelehnt worden. Der Staat ist nicht in der Lage, für die Geschädigten Prozesse zu führen. Wenn die Geschädigten zu ihrem Recht kommen wollen, müssen Sie diese Prozesse selbst ausfechten.

Präsident: Ich darf annehmen, daß damit die Frage erledigt ist.

Pastor Bode: Jawohl, ich bin befriedigt!

Nr. III der Tagesordnung:

**Kleine Anfrage, betr. den Schutz der freiwilligen Arbeitskräfte während des Seemannsstreiks.**

Ist der Regierung bekannt, daß die während des Seemannsstreiks im Hafen tätigen Freiwilligen auf dem Heimwege von der Arbeitsstätte belästigt, von Mitgliedern des Seemannsbundes verfolgt und gröblich mißhandelt sind? Und kann die Regierung darüber Auskunft geben, weshalb der polizeiliche Schutz bei diesen Belästigungen nicht in Wirksamkeit trat, obwohl Polizei zugegen war?

Bürgermeister Deichmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die so formulierte kleine Anfrage muß eigentlich getrennt werden in zwei Teile. Die erste Frage würde lauten:

Ist der Regierung bekannt, daß die während des Seemannsstreiks im Hafen tätigen Freiwilligen auf dem Heimwege von der Arbeitsstätte belästigt, von Mitgliedern des Seemannsbundes verfolgt und gröblich mißhandelt sind?

Die zweite Frage müßte lauten:

Und kann die Regierung darüber Auskunft geben, weshalb der polizeiliche Schutz bei diesen Belästigungen nicht in Wirksamkeit trat, obwohl Polizei zugegen war?

Meine Damen und Herren! Soweit die erste Frage in Betracht kommt, muß ich erklären, daß es richtig ist, daß Freiwillige verfolgt, belästigt und mißhandelt worden sind. (Hört! Hört!) Der Bericht in dieser Sache liegt vor, ich habe ihn zur Hand, und ich glaube, mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten, einen Teil dieses Berichts zur Kenntnis des Hauses bringen zu dürfen. Er lautet:

„Am 25., 26., 27., 29. und 30. September haben Freiwillige im Freihafen gearbeitet. An sämtlichen Tagen sind die Freiwilligen morgens unter polizeilichem Schutz, der durch die Stadtwehr verstärkt war, in den Hafen geführt worden. Am 25. September wurden die Freiwilligen nach Beendigung

der Arbeitszeit wieder in geschlossenem Zuge unter demselben Schutz aus dem Hafen in die Stadt zurückgeführt. Am 26. September wurden die Freiwilligen in 8 Gruppen eingeteilt und dann unter demselben Schutz in die Stadt zurückgeführt. Jede der Gruppen war von Polizei und Stadtwehr begleitet und hatte einen anderen Weg und ein anderes Ziel. Am 27. und 29. September sind die Freiwilligen mit der Eisenbahn zurückbefördert worden. Am 30. September, nachmittags, sind die Freiwilligen nur unter polizeilichem Schutz, ohne Stadtwehr, in die Stadt zurückgeführt worden. Am ersten Tage ihrer Tätigkeit im Freihafen, am 25. September wurden die Freiwilligen von dem Führer der Stadtwehr dahin beschieden, daß sie sich im Innern der Stadt so nach und nach vom Zuge trennen, in der Menschenmenge auf den Straßen verlieren und ihre eigenen Wege einschlagen könnten. Dieses ist von den Freiwilligen befolgt worden, was zur Folge gehabt hat, daß einige Freiwillige, nachdem sie sich aus dem Zuge entfernt hatten, von Streikenden, die dem Zuge gefolgt waren, verfolgt und auch mißhandelt worden sind. Um die Wiederholung dieser bedauerlichen Vorfälle zu verhüten, wurden am zweiten Tage, am 26. September, abends, die Freiwilligen in Gruppen aus dem Hafen geführt. Diese Maßnahme hat Belästigungen einzelner Freiwilliger durch Streikende auch nicht verhindert, so daß dann an den beiden folgenden Tagen die Freiwilligen mit der Eisenbahn aus dem Hafen befördert worden sind."

Es ist demnach richtig, daß Freiwillige verfolgt und mißhandelt worden sind.

Dann zur Beantwortung der zweiten Frage. Diese Anfrage beantworte ich dahin, daß an keiner Stelle bekannt ist, daß Arbeitswillige belästigt worden sind, obwohl Polizeibeamte zugegen waren. Einen Vorgang möchte ich erwähnen, der sich in der Hauptpost abgespielt hat. Am 25. September, abends 6½ Uhr sind Arbeitswillige hier in die Hauptpost hineingetreten, ob sie geflüchtet sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ein Arbeitswilliger soll dann in der Hauptpost mißhandelt worden sein. Herangerufene Polizeibeamte, drei an der Zahl, haben dann den Vorgang selbst nicht mehr sehen können, haben aber eine verdächtige Person festgenommen, und auf der Wache festgestellt, daß der Mann ausgerüstet war mit einem Gummischlauch. (Zuruf: Schufte!) Bezüglich dieses Falles ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Sobald die Untersuchung abgeschlossen sein wird, wird die Polizeidirektion, sofern es gewünscht werden sollte, gern bereit sein, weitere Auskunft zu geben.

Präsident: Herr Pastor Bode, sind Sie befriedigt von der Auskunft?

Pastor Bode (L.-V.): Wir sind dankbar für die gegebene Auskunft, obwohl sie nicht erfreulich ist. Ich möchte mir dann noch die Ergänzungsfragen erlauben, ob es der Regierung bekannt ist, daß der Zug Arbeitswilliger, der 3 Uhr nachmittags vom Hafen kam und der etwa von je 6—8 Schutzleuten vorn und hinten begleitet war, daß Angehörige dieses Zuges gestoßen, bespieen und getreten wurden, ja mit Fußtritten mißhandelt wurden, und daß die begleitenden Schutzleute gegen die Täter nicht eingeschritten sind? Ich möchte weiter fragen: Ist der Regierung bekannt, daß die Wache der Hafenwachtkompagnie keine Notiz genommen hat von dem Vorfalle, als zwei junge Leute das Hafengebiet verließen, von mehreren Streikenden angepöbelt wurden und als dem einen von ihnen ins Gesicht geschlagen wurde? Ist es der Regierung bekannt, daß ein Angestellter der Bremer Lagerhausgesellschaft ganz scheußlich mißhandelt wurde und einen Schlag ins Gesicht bekam? Es ist dies vor dem Tore geschehen, es ist Polizei dabei gewesen, sie ist nicht eingeschritten, sondern hat nach der andern Seite hingeguckt. (Glocke. Der Präsident bittet um Ruhe. Lachen.)

Präsident: Meine Herren, (nach links gewendet) Sie wünschen auch, daß Ihre Reden ruhig angehört werden. Bitte um Ruhe. (Zuruf: Das kann er auf der Kanzel anbringen!)

Bode: Ich frage weiter: Ist es der Regierung bekannt, daß ein Arbeitswilliger am 27. September, morgens 9 Uhr, mit zwei Schutzleuten in der Kaffeehalle des Bremer Mäßigkeitsvereins im Hafen II saß und bei dieser Gelegenheit die beiden Schutzleute sich äußerten, wie er dazu komme, hier die Arbeit zu verrichten, es habe doch schon so mancher seine Knochen im Sacke nach Hause getragen, das sei Streikbrecherei, und die Arbeiter hätten ganz recht? Ist es der Regierung bekannt, daß ein Schutzmann einem Arbeitswilligen erklärt hat, sie sollten nur alle Kommunisten werden, (Zuruf: Bravo! links) dann wäre die Sache ausgegessen und der Streik vorbei. (Bravo! links).

Zur Geschäftsordnung

Hagedorn (U. S.): Herr Pastor Bode hätte besser getan, die Sache zur Debatte zu stellen, und wir hätten gewünscht, wenn über diese Fragen in eine Verhandlung eingetreten werden könnte. (Glocke.)

Präsident: Das gehört nicht hierher. Sie können nur jetzt meine Geschäftsordnung kritisieren, und dazu liegt kein Anlaß vor.

Hagedorn: Ich möchte sagen, wenn Herr Pastor Bode mit einiger Oeffentlichkeit die Sache hätte behandelt wissen wollen — — —

Präsident: Ich kann das nicht zulassen. (Glocke. Redner versucht weiter zu reden.) Herr Hagedorn, ich kann das nicht zulassen!

Lindau (U. S.): Ich muß dagegen protestieren, daß es Herrn Pastor Bode möglich war, jetzt 10 Minuten lang eine einzige Frage zu stellen. (Glocke.)

Präsident: Ich kann nach unserer Geschäftsordnung nichts dagegen machen. Ich habe aufs schärfste aufgepaßt. Herr Pastor Bode hat jeden seiner Sätze so gestellt, daß alle mit einem Fragezeichen versehen werden konnten, und so lange kann ich ihm nicht das Wort entziehen.

Lindau: Ich kann nur sagen, daß Herr Pastor Bode so 48 Fragen stellen kann, und daß das eine Geschäftsführung ist, wie sie der Herr Präsident uns gegenüber nicht anwendet.

Präsident: Ich kann nichts dagegen machen, und wenn Sie in Zukunft kleine Anfragen ebenso stellen, werde ich nichts dagegen haben können.

Bürgermeister Deichmann (M.-S.): Wenn ich nicht irre, habe ich in der Antwort, die ich gegeben habe, den allergrößten Teil der erneut gestellten Anfragen des Herrn Pastor Bode beantwortet. Ich habe gesagt, daß dem Senat bekannt ist, daß Arbeitswillige verfolgt, belästigt und mißhandelt worden sind. Und ich habe weiter gesagt, daß dem Senat nicht bekannt ist, daß in Gegenwart von Polizeibeamten Belästigungen oder Mißhandlungen vorgekommen sind. Im übrigen muß ich die weiteren Anfragen dahin beantworten, daß es dem Senat nicht bekannt ist, daß solche Fälle, wie sie Herr Pastor Bode im einzelnen hier angeführt hat, vorgekommen sind. Ich werde aber veranlassen, daß hierüber Untersuchungen angestellt werden. Sofern es gewünscht werden sollte, wird der Senat bereit sein, über das Ergebnis der Untersuchungen Auskunft zu geben.

Lindau (U. S.) (zur Geschäftsordnung): Ich möchte fragen, ob es zulässig ist, zu fragen, wieviel Lebensmittel gestohlen sind?

Präsident: Nein, Sie können jetzt keine Fragen stellen.

Lindau: Es muß aber doch zulässig sein, hierbei zu fragen, wieviel Lebensmittel gestohlen sind?

Präsident: Ich kann diese Frage hierbei nicht zulassen.

Dieser Punkt der Tagesordnung ist erledigt.

Nr. IV der Tagesordnung:

## Mitteilung des Senats vom 3. Oktober 1919:

### 2. Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung einer Sicherheitspolizei und betr. Schaffung der Stelle eines Polizeipräsidenten.

Senatskommissar Bürgermeister Deichmann: Aus der zur Beratung stehenden Vorlage ist nur zu deutlich ersichtlich, daß der Senat das Ziel verfolgt, unsere Polizei neu zu organisieren, sie um- und auszubauen. Zu diesem Zwecke tritt der Senat an die Nationalversammlung heran und beantragt,

1. für die Schaffung einer Sicherheitspolizei einen Betrag von vorläufig 7,5 Millionen Mark als Vorschuß auf die vom Reiche zu erwartenden Beträge auf den Fonds für außerordentliche Verwendungen zu nehmen,
2. daß der Senat ermächtigt wird,
   a) die erforderlichen Ausführungsbestimmungen im Benehmen mit der Reichsregierung zu erlassen,
   b) die für die Polizeitruppe erforderliche Anzahl von Mannschaften und Offizieren anzustellen,
3. bei der Polizeidirektion die Stelle eines Polizeipräsidenten mit der Gehaltsklasse 31 des allgemeinen Gehaltsplanes zu schaffen und für den diesjährigen Haushaltsplan 6500 ℳ nachzubewilligen.

Ich möchte an dieser Stelle den dringenden Wunsch ausgesprochen haben, daß das Haus diesen Anträgen des Senats die Zustimmung geben möge. (Zurufe links: Niemals!) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus welchen Gründen erstrebt der Senat die Neuorganisation dieser Polizei?

Diese Frage ist bereits aufgestellt worden und wird, so kann ich wohl erwarten, auch heute hier gestellt werden. Ich möchte da zunächst auf die beigefügte schriftliche Begründung eingehen und wenigstens einen Teil dieser Begründung verlesen. Es heißt in der Begründung:

„Mehr als bisher muß die Polizei (Zurufe der U. S.) aus eigener Kraft die Staatsordnung und das Leben und Eigentum der Einwohner schützen. Der gegenwärtige Beamtenkörper allein ist dieser Lage nicht gewachsen. Er ist zahlenmäßig zu schwach, militärisch nicht genug ausgebildet (dauernde Zwischenrufe der U. S.) und notwendigerweise über die ganze Stadt verstreut und daher zersplittert. Dazu kommt, daß ein erheblicher Teil der Beamten sich schon im vorgerückten Lebensalter befindet, also den Anforderungen körperlich nicht genügen kann. Es bedarf daher der Erweiterung und Vermehrung der Polizei durch Schaffung einer neuen, genügend starken und allen Aufgaben gewachsenen Sicherheitspolizei, die straff organisiert und mit allen neuzeitlichen Waffen und Hilfsmitteln versehen und ausgebildet sein muß. Zur Erhaltung guter Manneszucht und Erzielung der Schlagfertigkeit wie auch zum Schutz der Mannschaft gegen Ueberrumpelungen ist die Kasernierung unentbehrlich."

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren, die Neuorganisation unserer Polizei ist erforderlich (Zuruf der U. S.: Das ist ein Sozialdemokrat, der da spricht!) angesichts der vorhandenen Verbrecher und Sabotageluft. (Zuruf: Sie sind der größte Verbrecher! —

Präsident: Wer hat da eben gerufen, Sie sind der größte Verbrecher? — Chaprowski meldet sich. — Präsident: Ich rufe Sie hiermit zur Ordnung.) Jeder, der sich ein offenes, klares Auge bewahrt hat, weiß, daß es nie so viele Verbrechen gegeben hat, wie im gegenwärtigen Augenblick, und daß es keine Zeit gegeben hat, in der eine solche Sabotagelust geherrscht hat, wie in der gegenwärtigen Zeit. Ich erinnere Sie daran, (Zuruf: Sie sollen sich was schämen! — Ordnungsruf) daß selbst in diesem Hause Personen die Absicht ausgesprochen haben, daß es ihr Ziel sei, das gesamte Wirtschaftsleben zu sabotieren, zu zertrümmern. Solange dieser Gedanke . . (Anhaltende Zwischenrufe und Lärm auf der äußersten Linken.) Meine Damen und Herren! Ich weiß sehr genau, daß viele Eigentumsverbrechen und Eigentumsverbrecher (Zuruf: Sie sind der erste Verbrecher! — Ordnungsruf) auf das Konto der traurigen Verhältnisse zu stellen sind, in denen wir leben. Ohne weiteres kann zugegeben werden, wenn wir bessere wirtschaftliche Verhältnisse hätten, dann würden wir weniger Verbrechen haben. Ich glaube, da ist niemand im Hause, der eine andere Meinung hat in dieser Frage. Wollen wir der Verbrechen und des allgemeinen Verbrechertums Herr werden, dann muß unser Augenmerk in der Hauptsache darauf gerichtet sein, darauf hinzuwirken, allmählich zu besseren wirtschaftlichen, d. h. besseren materiellen Verhältnissen zu kommen. Aber, meine Damen und Herren, wie gegenwärtig die Verhältnisse liegen, wird man mit guten Lehren und schönen Worten in dieser Richtung nichts ausrichten können. (Zuruf links: Nur mit Flammenwerfern!) Zu meinem Bedauern, zum Bedauern der ganzen Regierung, ist es zunächst notwendig, Staatseinrichtungen zu schaffen, mit denen man einigermaßen den Schutz der wirtschaftlichen Verhältnisse gewährleisten kann und, gestützt auf eine solche Staatsmacht, dafür sorgen zu können, daß das Wirtschaftsleben aufgebaut und sich wieder aufwärts entwickeln kann.

Sie werden aus der Vorlage ersehen haben, daß wir gar nicht daran denken, diese Einrichtung dauernd zu gestalten. Es ist eine Maßnahme, die erforderlich ist auf Grund von Zuständen, die leider so ohne weiteres nicht beseitigt werden können, weil es Personen im Lande gibt, die alles daran setzen, damit es zu vernünftigen und auskömmlichen Verhältnissen nicht wieder kommen kann. (Anhaltende Unruhe links.) Diejenigen, die so toben, die toben deshalb, weil mit einer solchen Staatseinrichtung durch ihre Rechnung ein dicker, erfolgreicher Strich gezogen wird. (Beifall bei den M.-S.) Es ist notwendig, daß dieser Schutz aufgezogen wird. Ich erinnere daran, daß wir auch politische Gruppen im Lande haben, die, trotzdem die Demokratie sich durchgesetzt hat und jeder für seine politische Anschauung ungehindert geistig wirken kann, trotz alledem mit dem Plane umgehen, mit Gewaltmitteln die Mehrheit zu unterdrücken. (Großer Lärm links.) Es wird uns nachgesagt, daß wir mit dieser Einrichtung die oppositionellen politischen Personen und Kreise knebeln wollen. Davon kann meines Erachtens keine Rede sein, und ich glaube, niemand wird im Hause sein, der zu einer solchen Handhabe seine Zustimmung geben würde. Wir verfolgen nicht das Ziel, oppositionelle politische Personen und Kreise zu knebeln, sondern diese Einrichtung wollen wir aufziehen zu dem Zwecke, Schutz zu schaffen gegen solche Personenkreise, die mit der Handgranate Politik getrieben wissen wollen. (Lärm bei den U. S. Anhaltende Zwischenrufe.) Daß dieser Schutz notwendig ist, erhellt schon aus dem Umstande, daß man neuerdings ja noch ernstlich versuchte, in den Besitz von Handgranaten zu kommen. Ich würde davon gar nichts gesagt haben, aber angesichts des Artikels, der in der Arbeiter-Zeitung gestern erschienen ist, muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß es eine dringende Notwendigkeit ist, sehr bald zu einem gesicherten Schutze zu kommen. (Zuruf Heuer: Daß Ihr so schnell wie möglich zum Tempel rausfliegt!) Bis in die jüngste Zeit hat man die krampfhaftesten Versuche gemacht, in den Besitz von Handgranaten zu kommen, nicht allein in einem Orte. Unter Anwendung von erheblichen Bestechungsgeldern haben Herren von Bremen aus an einem Orte in unserer Nähe den Versuch gemacht, große Mengen von Handgranaten zu bekommen. (Zuruf der U. S.: Namen nennen!) Ich werde schon den Augenblick dafür wählen, eventuell Namen zu nennen. Auf Ihre Provokationen lasse ich mich durchaus nicht ein. Geben Sie den Versuch auf. Ich bin innerlich ruhig und sicher und lasse mich gar nicht aus der Fassung bringen. Ja, in jüngster Zeit ist auch ein weiterer Versuch gemacht an einem andern Orte, um so in den Besitz dieser Sorte politischer Propagandamittel zu gelangen. Nach Lage der Dinge, wo man die Absicht nicht aufgibt, mit diesen Mitteln Politik zu treiben, können Sie es uns gar nicht verdenken, daß wir uns schützen. (Lärm links.)

Meine Damen und Herren! Als jene Herren an der Regierung saßen, haben sie sich der gleichen Mittel bedient. (Sehr gut bei den M.-S.) Sie haben das in ihren Zeitungen und in ihren Reden überall verkündet. Ganz besonders die U. S. haben verkündet, daß, wenn sie in der Regierung sitzen oder an die Regierung gelangen, sie von Hause aus gleich dafür sorgen werden, daß sie eine Staatsmacht zur Seite haben, auf die sie sich stützen können, um der Gefahr zu entgehen, eines guten Tages aus dem Sattel gehoben zu werden.

Aus allen diesen angeführten Gründen ist es erforderlich, daß wir sehr bald zu einer brauchbaren Sicherheitspolizei und zu einem wirlich brauchbaren Hafenschutz kommen.

Die Zahlen über den Umfang der Sicherheitspolizei sind bereits veröffentlicht, sie waren der Budgetkommission vorgelegt, waren also kein Geheimnis. Uebrigens

stehen die Zahlen selbst in letzter Linie nicht einmal fest. Die Verhandlungen darüber mit der Reichsregierung sind noch nicht abgeschlossen. Die Notwendigkeit, Bremen einen wirksamen Schutz zu gewähren, ist aber vom Reich anerkannt, da hier vor allem Bremens Lage und Handelsbeziehungen in Frage kommen. Es ist vorgesehen die Anstellung von 103 Oberbeamten, 1697 Unterbeamten und 359 Hilfsbeamten. So kommen wir zu den Zahlen, die die Arbeiter-Zeitung gebracht hat, wie sie den Mitgliedern der Budgetkommission, wo die Herren zu meiner Freude wieder eingetreten sind, bekannt gegeben sind. Wir müssen uns klar machen, welche Ausgaben eine solche Einrichtung erfordern wird. Ich bitte, dabei nicht zu vergessen, daß die Verhandlungen mit der letzten Instanz noch nicht abgeschlossen sind, aber ein ungefähres Bild müssen wir uns doch machen über die Ausgaben, die erforderlich sind, wenn wir eine Sicherheitspolizei in dem Umfange, wie wir sie beantragen, bekommen. Die laufenden jährlichen Ausgaben würden den Betrag für Tagegelder an die oberen, unteren und Hilfsbeamten 9 100 000 ℳ erreichen, (Hört! Hört! bei den U. S.) für Kleider- und Verpflegungsgelder, Wohnungsgelder für die Verheirateten und Kinderzulagen 3 800 000 ℳ, für allgemeine laufende Ausgaben 3 100 000 ℳ, (Ruf von links: Kasernenneubauten!) in runder Summe 15 Millionen.

Ein paar Worte über die Aufbringung der Mittel. Ich habe bereits gesagt, daß die Verhandlungen mit dem Reich noch nicht abgeschlossen sind. Sie werden in dem Sinne geführt, wie auch schon aus der schriftlichen Begründung hervorgeht, daß der allergrößte Teil dieser Summe vom Reich getragen werden möge. (Zuruf von links: Wer ist das Reich? Wir!) Soweit ich unterrichtet bin, ist das Reich bereit, angesichts der besonderen Lage Bremens (Zuruf: Das wird überall gesagt! Auch in Hannover!) den größten Teil der Summe für diese Einrichtung zu tragen.

Meine Damen und Herren! Noch ein paar Worte über die innere Organisation unserer Polizei. Aus der Vorlage geht hervor, daß beantragt wird, mit der Einführung der Sicherheitspolizei einen Polizeipräsidenten anzustellen. Diese Einrichtung ist aus mehreren Gründen dringend erforderlich. Mit der Einrichtung der Sicherheitspolizei wird eine stärkere Belastung der Polizeidirektion, des Polizeisenators, selbstverständlich Hand in Hand gehen. (Zuruf von links: Danken Sie doch ab!) Es ist mir ganz egal, wer da steht. Daß ich so sehr davon erbaut wäre, diese Tätigkeit ausüben zu müssen, kann ich nicht sagen. Aber so lange ich da stehe, verlassen Sie sich darauf, werde ich meinen Mann stehen! (Großer Lärm links. Lebhafter Beifall, Händeklatschen rechts.) (Lindau: Wir kennen Sie ja von früher!) Eine Aenderung in der Besetzung der Verwaltungsgeschäfte ist erforderlich. Die Stelle eines Polizeipräsidenten muß geschaffen werden. Neben der Ordnungspolizei und der Kriminalpolizei steht dann auch die Sicherheitspolizei (Lindau: Und die Millionen fliegen weg!) unter dem Polizeipräsidenten, und dieser wieder untersteht dem Polizeisenator und der Regierung, dem Senat. Es muß hierbei später die Frage aufgeworfen werden, ob es ratsam sein wird, die anderen Abteilungen der Polizeidirektion dem Polizeipräsidenten zu unterstellen oder nicht. (Zuruf von links: Die Stadtwehr!) Es ist notwendig, mit der Kommission wegen Vereinfachung der Verwaltung darüber Besprechungen abzuhalten. Aber jeder, ob er der Vorlage freundlich oder feindlich gesinnt ist, muß zugeben, daß, wenn eine solche Belastung entsteht, dafür gesorgt werden muß, eine Aenderung in der Verwaltung, wie sie beantragt ist, herbeigeführt werden muß. Und, meine Damen und Herren, selbst wenn von einer Belastung gar nicht geredet werden könnte, muß ich aus den Erfahrungen heraus, die ich gemacht habe, sagen, daß es notwendig ist, die innere Organisation der Polizeidirektion anders aufzuziehen. (Hört! Hört!) Ich will offen sagen, warum. Ich persönlich habe die Erfahrung gemacht, daß derjenige, der da sitzt und seine Tätigkeit ausübt, zu dieser Tätigkeit seine ganze Kraft gebrauchen muß und nicht mehr imstande ist, zu anderen Fragen, Fragen des öffentlichen, politischen Interesses, eingehend Stellung nehmen zu können, wie es erwünscht ist. Darin sehe ich einen Mangel. Und soweit ich persönlich in Frage komme, so wünsche ich, daß dafür gesorgt werden möge, daß es sich ermöglichen läßt, neben den Verwaltungsarbeiten auch Stellung zu den allgemeinen politischen Fragen nehmen zu können. (Sehr gut!) Aus diesen Gründen möchte ich dringend gebeten haben, dem vorliegenden Antrage, einen Polizeipräsidenten anzustellen, zuzustimmen. (Beifall.)

Ich kehre zum Ausgangspunkt zurück und möchte Sie dringend ersucht haben, die vom Senat gestellten Anträge (Zuruf von links: Abzulehnen!) anzunehmen. Ich bin der Meinung, daß alle diejenigen, die eine Sicherung der Verhältnisse wünschen, für die Vorlage stimmen werden, damit eine Einengung der Verbrecherluft und der Sabotageluft erzielt werden kann und auf diese Weise es gelingt, in nicht zu ferner Zeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet das gesteckte Ziel zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Hormann (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Budgetkommission hat sich mit der Vorlage im Beisein des Herrn Senatskommissars beschäftigt, der in ausführlicherer Weise über alle Fragen Auskunft gegeben hat. Die Kommission ist in ihrer großen Mehrheit — mit Ausnahme der drei Stimmen der U. S. — der Ansicht, daß die Bürgerschaft — die Nationalversammlung die Vorlage annehmen sollte. Allerdings hat die Vorlage zwei

Mängel. Einmal sind darin nicht die Richtlinien aufgenommen, die in der amtlichen Bekanntmachung der Polizeikommission des Senats in Nr. 251 der Bremer Nachrichten aufgeführt worden sind, und zweitens sind die Zahlen in der Vorlage nicht enthalten, die der Herr Senatskommissar heute mitgeteilt hat. Der erste Fehler kann leicht dadurch erklärt werden, daß die Richtlinien öffentlich bekannt gemacht worden sind und angenommen werden konnte, daß sie namentlich in den Kreisen der Nationalversammlung als bekannt vorausgesetzt werden könnten. Was den zweiten Punkt anlangt, so kann darauf hingewiesen werden daß die Zahlen noch nicht ganz sicher sind, weil die Verhandlungen in Berlin noch nicht abgeschlossen, die Zahlen also noch schwanken und die angeführten Zahlen als Höchstzahlen anzusehen sind. Die Budgetkommission empfiehlt also der Nationalversammlung, der Vorlage zuzustimmen, daneben aber folgenden Antrag anzunehmen:

> Die Nationalversammlung setzt voraus, daß die in der amtlichen Bekanntmachung der Polizeikommission des Senats in Nr. 251 der Bremer Nachrichten festgelegten Gehaltssätze und Gebührnisse nicht überschritten werden.

(Zuruf von links: Da luur up! Großer Lärm links.)

Präsident: Ich möchte Sie bitten, das Toben zu unterlassen und die Würde der Nationalversammlung zu wahren. Wenn Ihnen Anträge nicht gefallen, so können Sie ja dagegen stimmen, aber mit Klappern mit den Pultdeckeln werden Sie doch nichts erreichen.

Schmalfeldt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn jemals eine Vorlage meine Verwunderung, ja mein Entsetzen erregt hat, so ist es diese Vorlage, deren Begründung Herr Bürgermeister Deichmann gegeben hat. Wenn mir einer im Jahre 1903, wo ich mit Herrn Bürgermeister Deichmann Schulter an Schulter den Wahlkampf zu kämpfen hatte, gesagt hätte, daß heute, im Jahre 1919 dieser Herr Bürgermeister sich so gehäutet haben würde, wie wir es aus einer derartigen Rede wie heute gehört haben, so hätte ich gesagt, daß er ein jämmerlicher Verleumder und Lügner sei. Herr Bürgermeister Deichmann war damals der Radikalste unter den Radikalen, ich war gegen ihn ein Waisenkind. Er pflegte mir zu sagen, wenn wir in eine Versammlung gingen: Nun aber los! (Unruhe.) Heute ist Herr Bürgermeister Deichmann, der frühere Freund der Arbeiter, der Feind der Arbeiter geworden, er, der damals selbst ein Tabakarbeiter gewesen, er erklärt heute, daß diese Vorlage notwendig sei, weil die Arbeiter in Bremen Verbrecher seien. (Deichmann: Das habe ich nicht gesagt!) Das haben Sie gesagt. Natürlich machen Sie Ausnahmen davon, selbstverständlich. Aber auf Grund Ihrer vorigen Ausführungen muß man annehmen, daß Sie der Ansicht sind, daß es unbedingt notwendig ist, unter allen Umständen auch bei Streiks, wo Herr Pastor Bode Sie angezapft hat, den Streikenden mit Gewalt entgegenzutreten. Und wer waren bei dem Seemannstreik die Streikbrecher? Es waren durchgehends Kinder mit Strümpfen in Gamaschen, die für ein Entgelt von täglich 15 ℳ Streikbrecherdienste leisteten. Ich frage Herrn Bürgermeister Deichmann: Ist er es nicht gewesen, der stets und ständig in der vordersten Reihe bei den großen Arbeiterstreiks gestanden hat, der gegen die Streikbrecher Front gemacht hat, mit allen Mitteln gegen sie gekämpft und sie als Sünder bezeichnet hat? Und heute stellt der Mann sich hin und heißt diese Streikbrecherei gut. Und Herr Pastor Bode, ist es mit dem Amt eines Pastors vereinbar, daß Ihre Art Leute — — — (Präsident: Ich möchte Sie bitten, zur Sache zu sprechen. Sie haben eben lange Ausführungen über die Streikbrecher gemacht, ohne daß ich Sie unterbrochen habe. Sprechen Sie jetzt bitte zum Thema! — Lärm links.) Meine Damen und Herren! Es steht dies in einem solchen Zusammenhang mit dem Thema, daß es nicht davon getrennt werden kann. Die Forderung, die an uns gestellt wird, und die wir bewilligen sollen, hängt gerade nach der Begründung des Herrn Bürgermeisters Deichmann eng mit Streik und Sabotage zusammen. Ich sagte eben, ich hätte das nicht verstanden, daß gerade Herr Deichmann es war, der diese Vorlage begründet, durch die die Polizeitruppe militarisiert werden solle, für die wir 15 Millionen ausgeben müssen. Diese 15 Millionen sollen wir nicht allein zahlen, man will sich auch mit dem Reich verständigen, damit das Reich uns ein gut Teil dieser Millionen abnimmt. Ja, was heißt das, meine Damen und Herren? Das heißt: wir zahlen, das Reich zahlt mit unserm Geld, wir müssen die Kosten aufbringen. Oder glauben Sie, daß das Reich das Geld aus dem Himmel holt, um die Polizeitruppe in Bremen bezahlen zu können? Ja, meine Damen und Herren, ist es denn nicht eigentümlich, daß, wo wir hier in Bremen 600 Polizeibeamte haben — oder stimmt es nicht genau? (Zuruf: 700!) nun, dann sind es 700, — daß wir mit diesen 700 Polizeibeamten nicht mehr auskommen sollten. Die ganze Geschichte läuft doch darauf hinaus, und das müssen Sie doch zugeben, seien wir doch einmal ehrlich: wir wollen unsern ehemaligen Gegnern in dem Friedensvertrage, den wir abgeschlossen haben, ein Schnippchen schlagen. Wir müssen die Reichswehrtruppen vermindern und sagen uns: Nun wollen wir es auf diese Art und Weise versuchen. Es ist vor Monaten schon geschrieben worden, wie man es zu machen hätte, und genau so soll es auch hier versucht werden. An allen Orten will man diese Polizeitruppen organisieren, um ein großes militärisches Aufgebot auf den Beinen zu haben. In 30 Städten, die jetzt schon genant sind in Deutschland, sollen diese Truppen eingeführt werden. In Berlin hat am 20. September eine Vorstellung

stattgefunden, wo auch der Auch-Sozialdemokrat und Parteigenosse von Herrn Bürgermeister Deichmann, der heilige und allmächtige Noske, anwesend war. Es wurden Uebungen veranstaltet mit Flammenwerfern, mit Sturmangriffen, mit den allerneuesten Sachen. Die Leute waren vollständig militärisch ausgerüstet. Daß die Schutzleute aber selbst nicht einverstanden sind mit derartigen Einrichtungen, das beweist ihre eigene Zeitung, die Schutzmannszeitung. Die hat berichtet, daß in Berlin die sämtlichen Schutzleute zusammengetreten sind und entschieden Front gegen diese Einrichtung gemacht haben. (Bravo! links.) Sie wehren sich dagegen. (Zuruf: Aus welchem Grunde?) Aus welchem Grunde? Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten will ich es verlesen, wenn Sie es wollen! (Zuruf: Nein!) Dann fragen Sie nicht derartig einfältig! (Präsident: Herr Schmalfeldt, ich kann nicht zulassen, daß Sie von einem Mitgliede sagen, es habe einfältig gesprochen. An sich sind ja Zwischenrufe nicht zulässig, aber diese Art der Erwiderung darauf muß ich zurückweisen!) Die Schutzleute haben sich also ganz entschieden dagegen gewehrt, sie sind aus allen Gauen Deutschlands anwesend gewesen und haben die Behauptung aufgestellt, daß sie vollkommen imstande sind, die Ruhe und Ordnung auch fernerhin aufrecht zu erhalten. Alles das ist ein Beweis dafür, daß sie dagegen sind. Ich möchte einmal wissen, wie es in Bremen in der Schutzmannschaft aussieht, und möchte gerade Herrn Polizeikommissar Becker einmal fragen, wie er sich dazu stellt, und wie sich die Schutzmannschaft in Bremen zu dieser Vorlage verhält. Verehrte Anwesende! Sie mögen sagen, was sie wollen: es ist nichts weiter als eine reaktionäre Machenschaft der schlimmsten Art. Ein Sozialdemokrat, der diese Vorlage genehmigt, der hört auf, Sozialdemokrat zu sein. (Gelächter.) Verehrte Anwesende! Die Forderungen, die hier gestellt sind, laufen darauf hinaus, den Militarismus, den wir im November als gebrochen am Boden liegen zu sehen geglaubt haben, wieder aufzurichten in seiner alten Macht Wir hatten damals geglaubt, den Militarismus gebrochen zu haben, wir haben das als eine Erlösung betrachtet. Und auch Herr Bürgermeister Deichmann war einer derjenigen, die früher auf demselben Standpunkt gestanden haben. Aber heute verteidigt er diese Millionenvorlage und will mit diesen Millionen das alte System wieder ans Ruder bringen. Verehrte Anwesende! Haben Sie denn noch nicht genug vom Militarismus, der in Deutschland überall ist? Haben Sie nicht genug an der Baltenfrage? Da steht nun die Truppe und Noske jammert und lamentiert und bettelt: Nun kommt doch zurück! Aber unter den Augen der Regierung sind diese Leute angeworben worden bis in die letzte Zeit, sind sie ins Baltenland hinüber geschickt worden, und nun sitzen sie da und wollen nicht wieder weg. Und nun bettelt man den Herrn v. d. Goltz an und sagt: Seid vernünftig und kommt zurück, damit nicht die Hungerblockade wieder über Deutschland verhängt wird! Und was ist das Resultat gewesen? Das Resultat ist gewesen, daß 8000 Mann zur Koltschak-Armee übergegangen sind, um die augenblickliche russische Regierung der Trotzki und Lenin zu stürzen. Das ist die Gefahr. Glauben Sie, daß sie zurückkommen werden? Einzelne deutsche Truppenteile sind abgefaßt worden, als sie über die Grenze hinüber ins Baltenland wollten, und trotzdem haben sie sich wieder befreit und sind wieder über die Grenze gegangen. Haben Sie noch nicht genug an allen diesen Leuten wie Reinhardt und Märcker und Lettow-Vorbeck, die die Regierung als Lumpen bezeichnet haben? Das läßt man sich alles ruhig gefallen. Und der Zeitpunkt wird kommen, da werden Sie es erkennen: Sie schaffen sich mit diesen Truppen eine Macht, mit der Sie eines schönen Tages selbst zum Teufel gejagt werden. Und das wird gar nicht lange dauern. Denn das ist doch gar keine Aufgabe, die Bekämpfung der Verbrechen unter der Arbeiterschaft. Die Verbrecher sitzen ganz wo anders als in der Arbeiterschaft. Gerade die Schutzwehr, die hier ihr Unwesen treibt, die betreibt die Sabotage. Die Sabotage wird von den Grubenbaronen, den Schlotbaronen in den Kohlenrevieren betrieben, damit die Kohlen nicht gefordert werden können. Diese Herren warten nur auf den günstigen Zeitpunkt. Und wenn Sie erst die Truppen geschaffen haben werden, dann werden Sie hier eines guten Tages erwachen, und Sie werden hinweggefegt werden mit Stumpf nnd Stiel. Und dann wird ein neuer Mann kommen, ein Hohenzoller, und wenn es nicht Wilhelm II. ist, dann wird es ein anderer sein, dem Sie dann die Stiefel lecken. Dann sind Sie wieder das, was Sie gewesen sind. Als Sozialdemokraten geben Sie sich dazu her. Das ist das Jammervolle und das Bedauerliche. Wir haben einen Noske an der Spitze, auch einen früheren Sozialdemokraten. Es glaubt kein Mensch mehr daran. (Oh, doch, wir!) Verehrte Anwesende! Wenn auch 500 mehrheitssozialistische Funktionäre in Berlin gesagt haben: Gustav soll bleiben, ich bin der Ueberzeugung, daß diese 500 Funktionäre auch ihren Gustav nicht halten werden; denn Noske hätte längst verschwinden müssen. Er ist das Unglück Deutschlands und das Unglück der deutschen Arbeiter. Man redet immer von Greueltaten, die die Regierung in München gemacht haben soll, die Arbeiterregierung; die Erschießung der Geiseln hat viel Staub aufgewirbelt. Auch wir sind dagegen, gegen den Mord in jeder Form, aber dafür haben die Noskianer kein Wort gehabt, als es hieß, daß in Berlin hunderte und tausende von dem Volke standrechtlich gegen die Mauer gestellt sind, wo in München die 21 katolische Gesellen, die friedlich und ruhig in ihrem Vereinslokal waren, einfach in niederträchtigster Weise gemordet wurden, davon haben sie nichts gesagt. Der Mörder von Rosa Luxemburg und Liebknecht ist nicht gerichtet worden. In Preußen-Deutschland ist es genau so, wie es früher war. Den

einen läßt man über die Grenze, den anderen henkt man — — —

Präsident: Ich kann diese Ausführungen nicht zulassen. Das gehört nicht zu dem Punkte unserer Tagesordnung.

Schmalfeldt: Herr Präsident! Das gehört dazu, das muß jeder begreifen, wie unsinnig diese Vorlage aufgebaut ist. Herr Präsident! Die Mörder von Rosa Luxemburg und Liebknecht sind heute noch nicht bestraft, den einen läßt man über die Grenze ausrücken und der andere führt im Gefängnis ein lustiges Leben und feiert den Geburstag dessen, den er gemordet hat. Früher war die Rosa Luxemburg Ihre beste Verteidigerin, heute verleugnen Sie sie. Noske, der an der Spitze Ihres Reiches steht, wird ruhig und kalt eines Tages die Republik Deutschland ausliefern. Wenn wir die Vorlage annehmen, wird es eines Tages mit der Republik zu Ende sein, denn die Spatzen pfeifen es von den Dächern, Ihre Zeitungen, die liberalen Zeitungen schreien geradezu nach dem starken Mann, wenn sie nur den starken Mann erst haben, denn die Regierung jetzt taugt nichts. (Zurufe.) Sie, Herr Deichmann, taugen auch nichts, das kann man jeden Tag hören.

Präsident: Herr Schmalfeld, Sie haben gesagt, „Sie, Herr Deichmann, taugen auch nichts." Ich muß einen derartigen Ausdruck zum mindesten zurückweisen.

Schmalfeld: Herr Präsident, ich habe nur die Ansicht der Oeffentlichkeit ausgesprochen (Widerspruch), die Ansicht der Mehrheit des Volkes, und glauben Sie, daß hier in Bremen ein einziger Alldeutscher ist, der mit dem Bürgermeister zufrieden ist? Nicht ein einziger! Es ist schlimm für den früheren Genossen Deichmann, den seine eigenen Parteifreunde nicht mehr haben wollen. (Lebhafter Widerspruch bei den M.-S.). Die Tabakarbeiter haben eine Probe davon bekommen. 1905 bei der damaligen Finanzreform wurde die Banderolesteuer auf die Zigaretten gelegt. Es war ein einziger, der Kommerzienrat Schmidt aus Altenburg, der für die Banderolesteuer eintrat. Damals wurden Eingaben gemacht vom Bremer Verein — — — (Zurufe rechts und links. Präsident: Ich bitte um Ruhe. Ich möchte bitten, zur Sache zu sprechen.

Schmalfeld: Ich spreche zur Sache, weil dadurch — — — (Unruhe. Redner ist nicht zu verstehen.) — — — 15 Millionen — — — (Zuruf von den M.-S. — — — Gegenrufe von den U. S. Lärmen, Pultdeckelklappen.)

Präsident: Lassen Sie doch wenigstens Ihren eigenen Parteigenossen reden. (Weitere Zurufe. Zuruf an den Präsidenten.)

Schmalfeld: Ich halte es für notwendig, Ihnen zu zeigen, auf welche Art und Weise diese Gelder aufgebracht werden. Nun gut, 1905 war es Herr Deichmann, der die Banderolesteuer bekämpft hat, mit deren Einführung mit einem Schlage einer ganzen Industrie das Lebenslicht ausgeblasen wurde, einer blühenden Industrie. Sie ist dadurch vernichtet worden. Was Herr Deichmann aber 1905 für ein Verbrechen hielt, hat er jetzt mit Feuereifer verteidigt. (Pfuirufe und andere Zurufe.) Wir haben nun diese Vorlage. Sie ist so ungeheuerlich, daß man staunen muß, wie es denkbar ist, daß von einem Senator, d. h. gewesenen Sozialdemokraten, denn nach seinen Reden und seiner Handlungsweise in Weimar kann ich ihn nicht mehr als Sozialdemokrat anerkennen, (Sehr richtig! bei den U. S. Zuruf von den M.-S.) da eine solche Vorlage von ihm verteidigt wird.

Wir haben uns alle Mühe gegeben, den Militarismus los zu werden. Wir sind auf dem besten Wege, ihn in der alten Form wieder einzuführen. Ich will nicht sagen, daß wir eine sozialistische Regierung haben, denn dagegen wehrt man sich, und ich meine, auch mit Recht. Wir haben eine sozialistische Selbstregierung, Zentrumsregierung gehabt, und nun sind noch die Demokraten dazu gekommen. Daß es nun besser wird, glaube ich nicht. Man sagt: Die werden die Sache schon machen. Aber die Versicherung gebe ich Ihnen, das ist nichts weiter als eine Reaktionsregierung. Mit diesem Gesetze werden Sie die Reaktion zum Siege verhelfen, und es wird Ihnen genau so ergehen, wie es 1851 der Republik durch Napoleon III. am 2. Dezember erging — — —

Präsident: Ich bitte Sie, zum Thema zu reden und nicht von Napoleon III.

Schmalfeld: Wenn das nicht zur Sache gehört, weiß ich nicht, was zur Sache gehört. Das ist das Bedauerlichste, wenn einem das nicht gefällt, man mundtot gemacht wird.

Präsident: Ich muß mich dagegen verwahren, daß Sie sagen, ich mache Sie mundtot. Ich verlange von Ihnen nichts weiter, als daß Sie zur Sache reden. Ich bitte, fortzufahren. (Zurufe. Unruhe. Zuruf von den U. S.: Wenn man das nicht kann, muß man das Präsidium so lange abgeben.)

Schmalfeld: Ich weiß nicht, ob ich nach Ihrer Meinung zur Sache rede oder nicht, denn das muß ich selbst wissen. (Oho!) Sie mögen lachen so viel Sie wollen, Sie haben zugestimmt, wie Pastor Bode in einer Weise die Anfragen behandelte, wie es uns nicht gestattet ist, aber es war richtig, weil es Pastor Bode getan hat, hier ist es nur Schmalfeld, ein Vertreter der U. S., da ist es anders. (Zuruf: Dem muß der Mund gestopft werden!) Herr Deichmann sagt, das Verbrechergesindel und die Sabotage sei so hoch gekommen gegenüber dem ruhigen Bürger, daß

unter allen Umständen gegen diese Verbrechrr vorgegangen werden muß. Ja, wer war schuld, daß wir in diesen jämmerlichen Zustand hineingekommen sind? Sind Sie nicht schuld, als Sie 1914 mit Hurra dem Kriege zustimmten? Sind Sie es nicht gewesen, die die Kredite bewilligt haben? Und sind Sie es nicht gewesen, die das Volk in der Heimat haben hungern und darben lassen, so daß Tausende und Abertausende den Hungerstod gestorben sind? Denken Sie zurück an den Rübenwinter, an 1916, da sind Sie es gewesen, die gesagt haben: Durchhalten und abermals durchhalten! Hunger, ja, darüber machte man Witze. Eine liberale Zeitung schrieb es, das ist nicht Hunger, sondern nur das Hungergefühl, als ob Hunger und Hungergefühl nicht dasselbe wäre. So hat man dem Volke etwas vorgelogen, und jetzt, jetzt, nachdem das Volk zusammengebrochen ist, nachdem Diebe und Spitzbuben und Schieber das Volk nach allen Regeln der Kunst ausbeuten, hat man keine Mittel und fängt nicht an mit diesen Leuten, denn da könnte man sich die Finger verbrennen! Was hat man gemacht mit diesen Leuten? Wenn der eine eine Million verdient hat, hat man ihn mit 200 ℳ Geldstrafe bestraft.

Präsident: Sie wollen doch nicht behaupten, daß Sie jetzt zur Sache reden.

Schmalfeld: Ja, auch das gehört zur Sache. Nun, Herr Präsident, ich wollte zeigen, wie das Verbrechertum, weil die Polizeitruppe dafür notwendig sein soll, entstanden ist. Das muß ich doch sagen, woher es gekommen ist. Früher hatten wir nicht solche Verbrecher. Früher war in Deutschland die Polizei imstande, Ruhe und Ordnung zu halten. Heute nicht mehr. Tun Sie nachweisen, wie das gekommen ist! Herr Deichmann, suchen Sie die Verbrecher in anderen Reihen, suchen Sie sie in anderen Kreisen, nicht in den Kreisen der Arbeiter.

Verehrte Anwesende! Ich habe diese Tage Notizen aus einer Amsterdamer Zeitung gelesen. Wir klagen über die Kohlennot. Auch das hängt damit zusammen, Herr Präsident. Wir klagen über die Kohlennot. Wir haben keine Kohlen. Wir gehen einem grauenhaften Winter entgegen. Wo der Magen leer ist, wo man hungert, da hört bekanntlich die Vernunft auf. Aber künstlich sucht man die Not zu steigern. Es ist festgestellt worden in der Kölnischen Volkszeitung, daß die Kohlenbarone in Essen und Recklinghausen und in allen Kohlendistrikten das nötige Arbeitsmaterial nicht hergeben, um künstlich die Kohlennot zu steigern. Es ist festgestellt worden, daß die Hölzer zum Absteifen der Gruben nicht da sind und nicht beschafft werden, damit nicht gearbeitet werden kann. Ich habe einwandfreie Zeugen. Es ist ferner festgestellt worden, daß während der Kriegszeit ein Raubbau in den Gruben betrieben worden ist. Die Kohlen wurden dort weggenommen, wo sie am leichtesten zu haben waren, und jetzt werden die die Kohlen dort hergeholt, wo sie am schwersten zu bekommen sind. Und dann schimpft man auf die Arbeiter. Alle diese Dinge werden uns vorenthalten. Uns wird vorenthalten, daß 5000 Tonnen Kohlen monatlich mehr nach den Niederlanden gehen, als vertragsmäßig hingehen sollen. Wir haben keine Kohlen, dort werden sie hingeschafft. Wohin führt denn das? Das führt zum offenen Aufruhr, und für diesen offenen Aufruhr wollen Sie die Polizei haben. Es gibt für Sie kein anderes Mittel, als mit Polizeitruppen die Hungernden niederzuschlagen. Einmal wird man auch Sie über die Klinge springen lassen. Dann wird man sagen: „Mohr, Du hast Deine Schuldigkeit getan." Der starke Mann, der Gallifet, der Reinhard wird schon die Geschichte drehen. Dann holt man sich einen Hohenzollern her. Ihnen sind die Hohenzollern ans Herz gewachsen, die das Volk so tief ins Elend stürzten, denen alles Unheil zu verdanken ist. Da jammert man, daß diese armen Leute da draußen in der Fremde sitzen müssen und nicht einmal das nötigste zum Leben haben und will ihnen noch 170 Millionen auskehren, denselben Leuten, die die nicht die Kurage gehabt haben, ihren Thron zu schützen im Novembermonat, als in 10 Tagen 22 Kronen glatt am Boden lagen. Sie, Herr Bürgermeister Deichmann, Sie haben die Revolution ebenso wenig gewollt wie die Demokraten, wie die Alldeutschen sie gewollt haben. Die sagen natürlich, wie Posadowsky, die Revolution sei ein Verbrechen. Das sagen alle diese Leute, und das Verbrechen wollen sie gutmachen, indem sie durch eine Konterrevolution das alte Regiment wieder einsetzen. Versteckspielen nutzt nichts mehr. Wir sehen jetzt offen, was vorgeht, und wir wissen, daß über kurz oder lang die Konterrevolution einsetzen wird. Verehrte Parteigenossen von früher, Sie sind innerlich vielleicht nicht so, wie es jetzt den Anschein hat. Fragen Sie sich, ob Sie diesen Führern, die eine solche Vorlage machen, die das alte System wieder aufrichten wollen durch eine organisierte Polizeitruppe, fragen Sie sich ehrlich, ob Sie diesen Leuten noch Folge leisten können, ob Sie nicht Umkehr halten müssen. Der Zeitpunkt kann kommen, ich fürchte, daß er eher kommt, als Sie alle denken, daß wir gezwungen sind, uns gegen die Konterrevolution zu wehren, zu wehren mit der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands, und dazu gehören auch die M.-S., dazu gehören auch Sie. Dann werden wir Schulter an Schulter die Reaktion niederschlagen müssen, aber gegen den Willen Ihrer Führer. Ihre Führer haben die Revolution auch nicht gewollt. Ein Scheidemann hat im letzten Moment noch gegen die Revolution gesprochen. Erst dann haben sie mitgemacht. Sie sind diejenigen gewesen, die der Revolution Knüppel zwischen die Beine geworfen haben, die die Revolution schließlich für ihre Zwecke ausbeuteten. Sie haben

das Erbe angetreten, das ihnen absolut nicht gehört. Ein Noske ging nach Kiel. Ein Noske wurde Kieler Gouverneur, er wurde Reichswehrminister, und heute ist dieser Noske das Unglück von Deutschland, der Platzhalter der Reaktion, der Platzhalter der Monarchie. Ich muß leider sagen, daß Noske neben mir im Reichstag gesessen hat. Ich hätte mir damals nicht träumen lassen, daß aus ihm ein so großer Geist werden würde. Aber das ist doch nicht sein Werk, was er gemacht hat. Er ist weiter nichts wie ein Teig, der geknetet und gebacken wird, genau so, wie die Militaristen in Deutschland es wünschen. In jenem Moment, wo er den Boden genügend vorbereitet hat, wird Noske Frieden mit den Reaktionären machen, und man wird ihm ein Gnadengehalt aussetzen. Ein Gnadengehalt vom zukünftigen Monarchen, von dem die Alldeutschen träumen. Und weil die Sache so liegt, haben Sie keine Ursache, so außerordentlich sich zu brüsten und zu sagen: Wir sind Vertreter der Arbeiterschaft, wir waren Vertreter der Revolution, wir schützen die Revolution. Nein, verehrte Anwesende, das können Leute nicht, die mit derartigem Feuereifer den ganzen Krieg mit durchgemacht, immer Durchhalten gepredigt, immer Kredite bewilligt haben. Ich habe mich an an den Kopf gefaßt am 1. August und noch mehr am 4. August. Dieselben Leute, die Jahrzehnte hindurch gepredigt haben, diesem System keinen Mann und keinen Groschen, dieselben Leute ließen sich bekehren durch das kaiserliche Wort „Ich kenne keine Parteien mehr". Sie waren mit einem Schlage wie umgewandelt. Das ganze Volk befand sich mit den Führern in einem Delirium, der alles übertraf. Vor dem Kriege wußten wir von einem gewissen delirium tremens. (Präsident: Ich kann die Auseinandersetzung über delirium tremens nicht zulassen.) Das gehört dazu. (Präsident: Ich muß mir das verbitten.) Es gibt zwei Sorten von Delirium. Ich bin ganz kurz damit fertig. (Präsident: Ich habe gebeten, zum Thema zu sprechen.) Das eine hieß delirium tremens, das andere Delirium heißt patriotisches Delirium. Da können Sie die Professoren der ganzen Welt zusammenrufen, das ist unkurierbar. Dieses patriotische Delirium haben Sie mit Ihrem Genossen Bürgermeister Deichmann geteilt. (Zuruf der M.-S.: Haase!) Reden Sie doch nicht von Haase. Sie kennen die Verhältnisse der ganzen damaligen Zeit nicht und wollen sie nicht kennen, sonst müßten Sie wissen, daß er rein aus Parteidisziplin, gegen seinen Willen, diese Erklärung im Reichstag abgab.

Ich will zum Schluß kommen. Das eine steht fest: Sie von der Mehrheitspartei reden immer von Einigung. Eine Einigung auf dieser Basis, eine Einigung mit einer Parteigruppe, die der Kontrerevolution vorarbeitet, die eine Polizei an Stelle des früheren stehenden Heeres, genau dasselbe, schafft, mit allen neuzeitlichen Waffen ausgerüstet, ist undenkbar. Eine Einigung ist unmöglich. Sie reden von Volkswehr. Sie stehen nicht auf dem Boden des Erfurter Programms, weder in seinem ersten, noch in seinem zweiten Teil. Ich habe davon gesprochen, wie Herr Deichmann für die Banderolesteuer eintrat. Da heißt es im zweiten Teil des Erfurter Programms „Wir sind Gegner sämtlicher indirekten Steuern", und hier werden soviele indirekte Steuern bewilligt, daß ganze Industrien vernichtet werden. Sie haben nicht einmal in der Zeit, da Sie das Heft in den Händen haben, den zweiten Teil, soweit es angängig und möglich war, angewendet. Sie haben noch nicht einmal die Todesstrafe abgeschafft, weil sie ihnen bequem ist, weil Sie sonst nicht so losschießen können, ohne irgendwelches Verhör jemand an die Mauer stellen und niederknallen können. Von Wien aus, wo der eine gefaßt ist, der in München war und dorthin ausgeliefert wurde, müssen Sie sich befehlen lassen, aus dem sogenannten rückständigen Oesterreich müssen Sie sich sagen lassen: Wir liefern den Mann aus, aber unter der Bedingung, daß er nicht zum Tode verurteilt wird, weil man in Oesterreich keine Todesstrafe mehr hat. (Zuruf der M.-S.: Wegen Verbrechens ist er ausgeliefert!) Verbrechen hin, Verbrechen her, wir, die wir auf dem Boden des Erfurter Programms stehen, wir wollen keine Todesstrafe. Sie haben z. B. die Trennung von Kirche und Staat auch nicht durchgesetzt. Wie Adolf Hoffmann den Versuch machte, — — — (Präsident: Wir sind nicht bei der Trennung von Kirche und Staat.) Ich glaube, daß auch das dazu gehört. Ich will zeigen, wie die heutige Regierung alles tut, um eine freiheitliche Entwicklung in Deutschland zu verhindern. Millionen werden jährlich vom Staat an die Kirche ausgezahlt. 1913 waren es für die katholische und protestantische Konfession ca. 7 Millionen. Sie haben außerdem die Trennung der Schule von der Kirche auch nicht durchgesetzt. Da kommen Sie bei und lassen die Konfessionsschule neben der konfessionslosen bestehen. Die ganze Lehrerschaft in Berlin hat entschieden Front dagegen gemacht. Wie liegt denn die Sache? In den Gegenden, wo die Leute noch religiös angehaucht sind, in den ländlichen Gegenden und den kleinen Städten, müssen die Lehrer auch gegen ihren Willen Religionsunterricht erteilen. Im Grunde ihres Herzens sind sie aber anders beschaffen, die meisten von ihnen wollen der Freiheit den Weg ebnen, sie wollen einen freien Staat schaffen, in dem jeder, der Menschenantlitz trägt, berechtigt ist, ein glückliches Dasein zu führen. Im Kohlenrevier muß eine scharfe Kontrolle geübt werden. Da sollte man scharf gegen die Schieber vorgehen, die Kohlen in Autos und Lastfuhrwerken abtransportieren. Deren Weizen blüht. Aber das Proletariat, das die Lasten zu tragen hat, wird ein Wort mitsprechen. Die weiße Polizeitruppe wird einen schweren Stand haben. Die deutschen

Arbeiter haben es kennen gelernt, was Revolution ist, sie haben in zehn Tagen 22 Kronen in den Sand rollen lassen. Plötzlich erscheinen nun die Konterrevolutionäre. Verehrte Anwesende! Wir haben die deutsche Republik errungen und wollen sie ausbauen, wir wollen eine bessere, eine freiere Entwicklung. Aber diese freie Entwicklung stören Sie durch die die Wiederaufrichtung der alten Soldateska, welche eine entschiedene Gefahr für die heutige Republik ist. Diese Soldateska werden wir hinwegfegen, wie wir die alte Monarchie weggefegt haben. Stecken Sie Ihre Köpfe nicht in den Sand! Ihre bürgerlichen Freunde rufen: Fort mit dieser Regierung! Ihr A und O ist, daß ein Staatsmann gefunden werden muß, der stark ist. Man glaubt ihn gefunden zu haben in dem Obersten Reinhardt oder vielleicht in dem Grafen Goltz. Aber wenn Sie auch einen starken starken Mann finden, die Arbeiterschaft wird sich nicht verkriechen. Die Arbeiterschaft hat die erste Revolution gemacht, die Ihre Leute zum Frieden gezwungen hat. Wir haben geglaubt, daß nun Ruhe und Ordnung herrschen werde, und Sie werden zugeben müssen, daß noch keine Revolution so stolz hat ihr Haupt erheben können wie die deutsche Revolution in den Novembertagen 1918, und Sie sollten der Arbeiterschaft Dank wissen, daß sie so gut diszipliniert gewesen ist und kein Blutbad angerichtet hat. Jetzt besinnen Sie sich darauf, das alte Regiment wieder einzuführen. Ich warne Sie! Die Arbeiter könnten dann das tun, was sie im Novembermonat 1918 versäumt haben. Wenn Sie versuchen sollten, eine Konterrevolution zu schaffen und das alte Regime wieder einzuführen, das könnte Ihnen teuer zu stehen kommen! (Sehr richtig!) Ich bin der festen Ueberzeugung, die Arbeiterschaft würde bei der zweiten Revolution die Glacéhandschuhe abstreifen und gründlich Abrechnung halten. (Sehr richtig!)

Verehrte Anwesende! Um eins bitte ich Sie: lehnen Sie diese Vorlage glatt ab. Sie, meine Freunde von der Mehrheitspartei, (Ruf aus der Mitte: „Freunde" ist gut!), folgen Sie Ihrem Führer Deichmann nicht! Täten Sie es, Sie würden das bitter zu bereuen haben. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo wir erkennen, was diese Leute in Wirklichkeit sind: Schutztruppen der Gegenrevolutionäre, Platzmacher für die Reaktion. Wollt Ihr diese Leute unterstützen?

Noch eins. Man sagt: Noske ist ein großer Mann. Ist er auch. 500 Parteifunktionäre in Berlin haben gesagt: Unser Gustav bleibt. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß das das Ende vom Liede ist. Noske ist nichts weiter als (Zuruf: ein Verbrecher!) ein gut bezahlter Agent der herrschenden Klassen (Pfui! Götze klatscht lebhaft in die Hände. Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Er hat Tausende von Menschen auf seinem Gewissen. Er hat immer Truppen dahin geschickt, wo alles ruhig war, so nach Bremen am 4. Februar, wo alles ruhig war, wo man ruhig hätte leben können. Noske aber wollte zeigen, daß er Noske war, er wollte in Blut waten und schickte die Reichswehr nach hier, was ganz überflüssig war. Wir in Bremerhaven wollten Euch zu Hilfe kommen, und es wäre dann alles ohne Blutvergießen in Ruhe und Ordnung abgegangen. (Unruhe im ganzen Hause. Anwachsender Lärm, bei dem es unmöglich, den Redner noch zu verstehen. Ruf: Ihr seid belogen! Geheimprotokoll!) Es sollte der Versuch gemacht werden, die Arbeiter zu entwaffnen, und sie waren mit der Entwaffnung einverstanden. (Lebhafte Rufe: Das ist nicht wahr!) Doch, ich werde es beweisen. Die Bremerhavener Mariner wollten nach Bremen kommen, um für Ordnung zu sorgen. Es kam aber umgekehrt: die Reichswehrtruppen rückten in Bremen ein. Sie wollten ein Blutbad haben, nnd sie haben ein Blutbad angerichtet. Ein Blutbad war aber nicht im Interesse der deutschen Republik, sie wollte nicht mit Blut besudelt werden. So sind diese Leute. Aber das konnte Ihnen teuer zu stehen kommen. (Zuruf: Gehen Sie doch nach Weimar!) In München und Braunschweig haben die Reichswehrtruppen in den Palästen wie die Wilden gehaust, Porzellansachen zerschlagen, Teppiche zerschnitten. (Ohorufe.) In Bremerhaven haben sie die Schule, wo sie einquartiert waren, so mit Tinte beschmutzt, und Sachen demoliert, was der Stadt ein ziemliches Stück Geld gekostet hat.

Präsident: Sie müssen zur Sache sprechen! (Ruf: Das gehört alles dazu!)

Schmalfeld: Im Tivoli haben die Reichswehrtruppen alles mögliche gestohlen. Es ist festgestellt worden, das die ganze Zeit, wo der Arbeiter- und Soldatenrat in Deutschland die Herrschaft hatte, nicht soviel gekostet hat wie ein einziger Tag der Kriegsführung Deutschlands. (Sehr richtig!)

Nun zum Schluß. Ich möchte Sie nochmals bitten, die Vorlage abzulehnen. Das steht fest, daß, wenn wir diese Polizeitruppe mit allen neuzeitlichen Waffen und Einrichtungen einführen, dann wird das alte Militärsystem auf diese Weise hinterrücks wieder eingeschmuggelt, dann begehen wir Verrat, und ein Verbrechen gegen die Republik, an deren Ausbau wir alle arbeiten sollten. Zeigen wir auch in Bremen, daß wir an diesem Ausbau mitarbeiten wollen, daß wir ihn nicht hemmen wollen durch derartige reaktionäre Machenschaften. Machen wir diese mit, dann gehen die Erfolge der Revolution verloren. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Ich bitte Sie, lehnen Sie die Vorlage ab. (Beifall. Händeklatschen links.)

Präsident: Ein derartiger Applaus ist gegen die Geschäftsordnung.

Drettmann (U. S.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte feststellen, daß bis soeben kein amtlicher Stenograph im Lokal anwesend war.

Präsident: Gestatten Sie: es ist immer ein amtlicher Stenograph dagewesen. Wir haben bei diesen großen Sitzungen jetzt vier Herren und nicht mehr bloß drei.

Drettmann: Der eine Herr gehört aber zur Weser-Zeitung.

Präsident: Ueberlassen Sie mir das, bitte!

Klenke (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Regierung, getragen von dem Willen der Mehrheit des Volkes, (Oho! links) bedarf unbedingt einer Macht, um sich des nötigen Schutzes zu versichern. Solange wir als Mehrheitsparteien auf dem Boden der Demokratie stehen und nicht hin und her pendeln, (Zurufe und Gelächter links) werden Sie vergeblich versuchen, dem Volke weiszumachen, daß die Diktatur das Allheilmittel sei, um zu besseren Verhältnissen zu kommen. Jede Regierung — mag sie sein, welcher Richtung — bedarf eines Instrumentes, um sich durchzusetzen. (Sehr richtig!) Eine Regierung, die die nötige Macht nicht hat, schwebt einfach in der Luft. Und wenn sie glauben, meine Freunde von links, (Oho! links. — Lindau: Beleidigen Sie uns nicht!) uns deswegen Vorwürfe machen zu müssen, daß die Mehrheitssozialisten diejenige Macht schufen, deren sie bedürfen, dann, glaube ich, hat es eine Zeit gegeben, wo wir uns in sehr angenehmer Gesellschaft befunden haben. Ich erinnere daran, daß gerade ich persönlich mit Ihnen bezw. mit Vertretern von Ihnen drauf und dran war, in jener Zeit uns auch ein Machtinstrument zu schaffen. (Sehr richtig!) Heute, weil nun eine andere Partei die gleichen Machtmittel sich schafft, ist es Ihnen nicht angenehm. (Widerspruch links.) Wir kennen unsere Pappenheimer, wir wissen, weshalb Ihnen das nicht angenehm ist. Nun, mit dieser kleinen historischen Erinnerung möchte ich Ihnen beweisen, daß die U. S. auf dem besten Wege waren, sich auch der militärischen Machtmittel zu bedienen, deren sie bedurften, um ihre Ideen durchzusetzen. Ich brauche gar nicht an die Verhandlungen zu erinnern, die seinerzeit sich in Bremen abgespielt haben, nein, wir haben ein viel schöneres Beispiel. Denken wir an das Eden-Hotel. Wer war es denn da? Da waren es doch Ihre Freunde Dr. Breitscheid und Barth, die mit dem Gardeschützenkorps im innigsten Konnex Konferenzen abgehalten haben! (Schulze: Glaubt Ihr ja selbst nicht! — Götze: Geh doch nach Hause, die auf der Galerie lachen ja schon! — Präsident: Bitte um Ruhe! — Drettmann: Jeder blamiert sich, so gut er kann! — Fauth: Das habt Ihr getan!) Ihre Zwischenrufe beweisen mir, daß die Erinnerung an diese Tatsachen Ihnen sehr unangenehm ist, an diese Tatsachen, daß Beauftragte Ihrer Partei mit denjenigen Militaristen, die Sie am heftigsten bekämpften, in Fühlung traten, um so zu versuchen, um dieses Machtinstrument in die Hände zu bekommen und damit zur Diktatur zu gelangen. Noch steht die Mehrheit des deutschen Volkes auf dem Boden der Demokratie. Und weil wir auf diesem Boden stehen, haben wir alle Veranlassung, auch diese Demokratie zu schützen. Wir müssen sie schützen; ob die Angriffe von rechts, ob die Angriffe von links kommen, das wird sich letzten Endes gleich bleiben. Wir haben alle Ursache, in dieser Beziehung unsern Weg zu gehen. Und wenn Sie tagtäglich das Gespenst der Reaktion an die Wand malen, so ist damit noch nicht bewiesen, daß innerhalb 24 Stunden die Reaktion auf dem Plane erscheint. Sie können sehr viel mit dazu beitragen, daß diese Gefahr nicht entsteht. (Lärm links.) Aber an der Erkenntnis dieses Umstandes mangelt es bei Ihnen eben. Sie sind die Schleppenträger der Reaktion. (Lärm links.) Wir können uns aber doch wirklich nicht verhehlen, daß, wenn tatsächlich heute einmal die Gefahr von rechts kommt, sie doch nicht zu vergleichen ist mit früheren Gegenrevolutionen. Früher haben wir willenlose Volksmassen gehabt. Die Presse hat man damals nicht gekannt. Bei dem gewaltigen Umfang unserer politischen und wirtschaftlichen Organisationen und bei unserer ausgedehnten Presse wird eine kleine Klique es nicht wagen können, die bestehende Ordnung zu stürzen, denn dann würde sie sofort 90% der Bevölkerung gegen sich haben. Deshalb — darüber geben Sie sich keiner Täuschung hin — werden wir einstimmig für diese Vorlage stimmen, weil wir glauben, den rechten Weg beschritten zu haben. Und wenn Sie auf Herrn Becker verweisen, so kann ich Ihnen erklären, daß Herr Becker genau so denkt wie wir und mit ihm weite Kreise der Polizeibeamten, (Sehr gut!) weil in diese Sicherheitspolizei eine Anzahl der Ordnungspolizeibeamten mit übernommen werden. Die Wünsche der Polizeibeamten bestehen darin, im Gehalt mit den neuzuschaffenden Sicherheitspolizeibeamten gleichgestellt zu werden. Wenn wir der Vorlage unsere Zustimmung geben, dann setzen wir selbstverständlich voraus, daß, um ein inniges Zusammengehen aller Polizeibeamten erreicht wird, diesen Wünschen der Polizisten so schnell wie möglich Rechnung getragen wird. Es wird von der Kommission, betreffend Regelung der Beamtengehalte, ein schleuniger Bericht darüber verlangt werden müssen, um den Beamten der Ordnungspolizei das zu geben, was sie auf Grund der Gehaltsverhältnisse bei der Sicherheitspolizei verlangen können. Wenn wir der Vorlage unsere Zustimmung geben, dann tun wir es deshalb, weil wir alle Ursache haben, dafür zu sorgen, daß in absehbarer Zeit die gesamte bremische Bevölkerung in ungestörter Arbeit sich an dem Wiederaufbau beteiligen kann. (Bravo! Lebhafter Beifall.)

Francke (L. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde halten die Anträge in dieser Vorlage für eine gute Grundlage, um damit das zu beschließen, was bei den augenblicklich bestehenden Verhältnissen notwendig ist und was am besten paßt. Wir werden der Vorlage zustimmen.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion steht der Vorlage mit geteilten Empfindungen gegenüber. (Zuruf links: Doch noch!) Wir bedauern außerordentlich, daß durch die Not der Verhältnisse eine Vorlage uns hier geworden ist, die in so erheblichem Maße die öffentlichen Mittel belastet. Denn der Betrag von 15 Millionen, wozu die übrigen einmaligen Aufwendungen noch hinzukommen, ist ganz außerordentlich hoch, und eine solche Belastung dürfte namentlich heute, wo die direkten Steuern auf das Reich übergangen sind, von dem bremischen Staatswesen allein nicht getragen werden können. Wir geben daher der Vorlage unsere Zustimmung in der sicheren Erwartung, daß die Verhandlungen mit dem Reiche zu dem Ergebnis führen, daß das Reich, das ebenfalls ein außerordentlich großes Interesse gerade an der Einführung der Sicherheitspolizei hat, den weitaus größten Teil dieser Kosten, wie es der Senat in der Vorlage ja bereits in Aussicht stellt, übernehmen wird. (Zurufe.) Es ist ein Unterschied, ob die Kosten dieser Vorlage aufgebracht werden von einer Bevölkerung von 300 000 oder von 60 Millionen Menschen, Es liegt doch so, daß an dieser Vorlage nicht nur ein bremisches Interesse besteht, sondern daß das Reichsinteresse an dieser Vorlage überwiegt. (Sehr richtig!) Denn, wie schon hervorgehoben worden ist, es handelt sich hier um eine allgemeine Sicherheitsmaßnahme, die nicht nur in Bremen durchgeführt werden soll, sondern bereits vor Bremen in Berlin, Oldenburg, Hannover, Breslau, Magdeburg usw. eingeführt worden ist, und von der wir ferner wissen, daß noch eine weitere Anzahl von Städten in diese Art Sicherheitsmaßnahmen, die die Regierung nicht entbehren kann, einbezogen werden soll.

Es ist in der Vorlage ausgesprochen worden, daß der Senat bittet, den Betrag von 7,5 Millionen auf den Fonds für außerordentliche Verwendungen neu zu bewilligen. Ich habe hierzu namens meiner Fraktion einen Antrag zu stellen. Wir möchten diese 7,5 Millionen nicht einfach ohne die Möglichkeit, uns über die Verwendung dieser Mittel im einzelnen vergewissern zu können, bewilligen, sondern über die Verwendung dieser Mittel im Benehmen mit der Finanzdeputation, der auch Mitglieder der Nationalversammlung angehören, entschieden sehen. Ich stelle daher den Antrag

unter III, 1 in der dritten Zeile hinter „außerordentliche Verwendungen" zu sagen „zur Verfügung der Finanzdeputation".

Das ist das, was ich zu dem Inhalt der Vorlage zu sagen habe. Gestatten Sie mir nunmehr, mit einigen Ausführungen einzugehen auf das, was in der Besprechung außerordentlich weitschweifig zum Ausdruck gekommen ist. Ich habe in der gestrigen Nummer der Arbeiterzeitung den Artikel: „Bremens größte Schande, Bremens größtes Verbrechen" gelesen, und mir gleich gedacht, daß die Gelegenheit der heutigen Sitzung benutzt werden würde, um hier eine hochpolitische Aussprache stattfinden zu lassen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch bemerken, daß ich gestern abend, als ich zuerst die Ueberschrift dieses Artikels sah, den Eindruck hatte, als ob bei der Arbeiterzeitung eine gewisse Selbsterkenntnis eingezogen wäre. Ich dachte nämlich, daß unter dieser Ueberschrift behandelt werden sollte die Zeit der Herrschaft des Rates der Volksbeauftragten. Denn ich wüßte nicht, auf welche andere Zeit in der Geschichte Bremens die Ueberschrift „das große Verbrechen und die große Schande Bremens" besser passen würde. (Heiterkeit.) Im übrigen ist in der Aussprache erörtert worden, inwieweit für eine demokratische Regierung überhaupt die Notwendigkeit bestehe, ihre Regiernng mit Macht zu umkleiden. Die Herren von den U. S. haben diese Notwendigkeit für die von ihnen gebildeten Regierungen stets bejaht.

Es ist von Herrn Klenke bereits darauf hingewiesen worden, daß zur Zeit, als die U. S. gemeinsam mit den M.-S. im November und Dezember 1918 in der deutschen Reichsregierung saßen, sie es an Mitteln für bewaffnete Macht zum Schutze ihrer Herrschaft nicht haben fehlen lassen, und ich erinnere besonders an Bremen, an die Zeit, als die dunklen Gestalten über den Marktplatz schlichen. (Zurufe.) Herr Präsident! Es ist ein großer Unterschied, aus welcher Berechtigung heraus sich eine Regierung mit Macht umkleidet. Handelt es sich um eine Regierung, die getragen ist von der Mehrheit des gesamten Volkes, hat sie die Pflicht, sich die Macht zu verschaffen, um ihre Anordnungen zur Durchführung zu bringen. Die Regierung ist verloren, die nicht in der Lage ist, die Durchführung ihrer Maßnahmen zu erzwingen. Anders liegt es, wenn eine Regierung, die sich auf eine Minderheit des Volkes stützt, sich eine bewaffnete Macht verschaffen will; dann handelt es sich um diktatorische Maßnahmen, die gegen den Willen der Mehrheit des Volkes gerichtet und darum ungesetzlich sind. Wir werden uns gegen eine bewaffnete Diktatur sowohl von rechts wie von links wenden. Ich glaube zwar nicht an die erstere, aber da die Herren von der U. S. gemeint haben, daß von der äußersten Rechten Versuche gemacht werden, gewaltsam die Herrschaft zu erringen, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß die demokratische Partei Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft sich gegen solche Bestrebungen wenden wird. (Schallende Heiterkeit, Lärm, Lachen bei den U. S.) Ich habe bereits bei früheren Gelegen-

heiten ausgeführt, daß eine demokratische Politik nur möglich ist, wenn sie sich auf das Vertrauen der Masse stützt. Eine solche Politik haben wir befolgt, und wir sind gewillt, weiter diese Politik zu treiben und die hierzu erforderlichen Wege zu gehen.

Diese Vorlage ist dringend notwendig. Die Regierung würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie nur für Ordnung sorgte. Ich habe mich gewundert, daß Herr Schmalfeld so wenig in seiner Rede auf die Ursachen eingegangen ist, die zu dieser Vorlage geführt haben. (Zuruf: Noch zu wenig?) An dieser Vorlage sind die jetzigen Regierungsparteien unschuldig. Die einzige Schuld trifft (nach links gewendet) Sie! Hätten Sie eine andere Politik getrieben, als Sie die Herrschaft hatten, hätten Sie nicht diesen Geist der Pflichtvergessenheit in das Volk getragen, (Große Unruhe links, lebhafte Zwischenrufe.) dann wäre diese Vorlage nicht nötig gewesen. (Zuruf: Gerade Sie haben das getan, dadurch, daß Sie die Bevölkerung beschwindelt haben!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. (Lebhafte Zwischenrufe. Große Unruhe.) Ich bitte um Ruhe. Es hat doch keinen Sinn.

Wenhold: Herr Präsident! Ich bitte, mich gegen den Zuruf in Schutz zu nehmen, ich hätte mit Milch geschwindelt.

Präsident: Ich habe den Ausdruck nicht verstanden. Aber ich möchte doch bitten, solche Ausdrücke nicht zu gebrauchen. (Zuruf: Was denn? Unter seiner Führung ist der Milchschwindel gewesen!)

Wenhold: Ich warte so lange, bis ich mehr Ruhe finde. Auf solche Provokationen gehe ich nicht ein, sie treffen mich nicht und gehören nicht zum Thema. Ich möchte weiter zum Ausdruck bringen gegen Herrn Schmalfeld, daß er seine Ausführungen von Noske bis Napoleon, die von einer blühenden Phantasie getragen waren, nur gemacht hat, um die Oeffentlichkeit abzubringen von der wahren Tatsache, daß die Ursachen der Vorlage bei Ihnen liegen (Nach links gewendet) und Sie die Folgen dieser Vorlage zu tragen haben. Wegen der Kreise, die jetzt hinter der Regierung stehen, wäre die Vorlage nicht nötig gewesen. Diese Kreise sind gewillt, in Arbeits- und Pflichttreue das zu leisten, was Deutschland zu seinem Aufbau nötig hat. Um das Schaffen dieser vernünftigen Elemente, die Deutschland wieder hochbringen wollen, sicherzustellen, können wir eine solche Vorlage nicht entbehren.

Ich komme also auf den Ausgangspunkt meiner Fraktion zurück. (Das war nicht viel!) Wir stimmen dieser Vorlage nicht freudig zu, weil wir ihre Notwendigkeit bedauern. Wir unterstützen aber die Regierung mit dieser Vorlage, weil wir der Meinung sind, daß sie damit auf dem rechten Wege ist.

Faust (U. S.): Ich möchte zuerst zwei Geständnisse des Herrn Wenhold festnageln. Er hat behauptet, die Demokraten würden Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft kämpfen, wenn die Reaktion von rechts käme. Herr Wenhold wird es uns nicht übel nehmen, wenn wir dieses einigermaßen anzweifeln. Wird es nicht etwa zu bezweifeln sein, daß Direktor Meyer mit seinen Hansa-Lloydarbeitern (Lebhafte Zwischenrufe) und Herr Hormann mit seinen Schulmeistern und Herr Garves mit seinen reaktionären Freunden Schulter an Schulter gegen sich selbst kämpfen werden? Und der Bürgerausschuß mit seinen reaktionären Bestrebungen, dessen reaktionäre Tätigkeit gerade jetzt am intensivsten ist, wie die Reden eines Holtz oder Wulle bewiesen haben, ist doch von der demokratischen Partei getragen. Daß er mit der Arbeiterschaft gegen eine Reaktion von rechts kämpfen würde, dies glaubt kein Mensch, wir nicht und die M.-S. nicht und auch nicht einmal Sie selbst.

Außerdem hat Herr Wenhold das Eingeständnis gemacht, diese Vorlage richte sich gegen uns. Damit hat er sich selbst und auch der Regierungsbegründung widersprochen. Also lediglich gegen uns, das heißt gegen die Arbeiterschaft richtet sich diese Vorlage, und das ist es eben, was gebrandmarkt werden muß, daß sich diese Aktion gegen die Arbeiterschaft richtet. Davon ist die Arbeiterschaft nun unterrichtet, und wenn sie es nicht wäre, so ist sie durch die Ausführungen des Herrn Deichmann davon überzeugt worden. Er hat gesagt, daß diese Vorlage da sei zur Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse, das heißt im Sinne des Kapitalismus, im Sinne der Vermeidung jeder Aenderung im wirtschaftlichen Leben, damit niemals die Wünsche der gesamten sozialistischen Arbeiterschaft dahin führen dürfen, diese Wirtschaftsordnung zu ändern. Herr Deichmann ist dadurch eine Stütze dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung geworden, solange er auf seinen jetzigen verantwortungsvollen Posten gestellt ist. (Zuruf: Und Sie an die Spitze der Arbeiterzeitung!)

Von Herrn Hormann als Cerberus der Staatskasse war man es gewohnt bei der Begründung einer Vorlage, die den Staatssäckel schwer angriff, zu hören, wie die Ausgaben gedeckt werden sollten. Das haben wir heute vollständig vermißt. Kein Mensch auf der Rechten und auf seiten der Regierung hat darüber nachgedacht, wie diese Summe von $7\frac{1}{2}$ Millionen aufgebracht werden soll. Kein einziges Wort ist darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen, wie überhaupt die Regierung die Deckung dieser Vorlage sich denkt. Sie können es der Arbeiterschaft nicht verdenken, daß sie dagegen ist, daß die Minderbemittelten die Summe aufzubringen haben für eine Staatseinrichtung, die sich gegen sie richtet. Wir wollen es weit von uns weisen, daß die Arbeiterschaft überhaupt mit der Vorlage sympathisieren könnte und aussprechen, das wir die schärfste Opposition zu machen gedenken, wenn eine Vorlage demnächst eingebracht wird, wie die Unkosten, die dadurch entstehen, auf die Bevölkerung wieder abgewälzt werden sollen. Es wäre

schandbar, wenn die Arbeiterschaft die Maschinengewehre und Handgranaten bezahlte, die man gegen sie anwenden will.

Herr Klenke hat die Vorlage zu verteidigen gesucht. Er hat bei seinen eigenen Parteigenossen nicht volle Sympathie gefunden. (Oh, doch! Weitere Zwischenrufe. Der Präsident bittet um Ruhe.) Wir werden namentliche Abstimmung beantragen (Sehr richtig!) und sehen, wie viele Mehrheitssozialisten abwesend sein werden, ganz abgesehen von denen, die unter dem Fraktionszwang die Faust in der Tasche ballen. Herr Klenke versucht die Vorlage dadurch zu begründen, daß er olle Kamellen auffrischte, insonderheit die von dem Volksbeauftragten Barth. Herr Klenke weiß genau, Barth handelte nicht im Auftrage seiner Partei. Er hat aus sich heraus und zu seinem eigenen Bedauern diesen Schritt unternommen, den wir alle mißbilligen. (Zuruf: Weil er nicht gelungen ist!) Herr Klenke glaubt auch, daß innerhalb 24 Stunden keine Reaktion von von rechts auf dem Plane erscheinen dürfte, um eine Umänderung der jetzigen Verhältnisse, der jetzigen republikanischen Staatsreform zu erzielen. Durch eine solche Vorlage geben Sie aber der Reaktion die Zeit, im Bummel- und Güterzugstempo ihre Organisation zu schaffen. Es kommt da auf einige Monate nicht an, um so sicherer das Ziel! Darum sind die Herren von rechts die Verfechter und Nutznießer dieser Vorlage. Herr Klenke glaubt auch, daß die eigene Parteiorganisation, der Druck der Oeffentlichkeit und die Macht der sozialistischen Presse so groß sein würde, um mit einem Schlage alle mit der Reaktion nicht einverstandenen Personen für sich zu gewinnen und zu sammeln. Er vergißt dabei, daß die ganze Pressemacht der sozialistischen Presse in höchstens 150 Tageszeitungen besteht, daß die ganze Macht der unabhängigen Presse in 50 Tageszeitungen und daß demgegenüber 4 bis 5000 bürgerliche Blätter bestehen, die einflußreichsten und kapitalkräftigsten bürgerlichen Blätter, die mit Sicherheit die zarten Flötentöne der sozialistischen Presse übertönen würden mit einem Glockengebimmel, wie es bei Siegesfeiern häufig genug zu hören war. Also mit einer solchen Gegenorganisation, die man überschätzt, ist nicht viel auszurichten. Sie haben ja nicht ein einziges Telegraphenbureau in Ihren Händen, das in der Lage sein würde, zu melden, etwa daß Wilhelm nach Berlin zurückgekehrt oder sonst ein Umschwung erfolgt ist. Die ganze Macht der Oeffentlichkeit ruht eben in bürgerlichen Händen. Unterschätzen Sie nicht die Gefahr, überschätzen Sie nicht Ihre eigene Macht. Das war stets ein Fehler Deutschlands, der mit eine Ursache zu seinem Zusammenbruch war, daß es seine eigene Macht überschätzte. Jetzt sehen Sie die Trümmer! Ebenso werden Sie nach so und soviel Monaten die Trümmer ihrer eigenen Hoffnungen, Ihrer eigenen Wünsche sehen!

Ein Punkt, auf den Herr Bürgermeister Deichmann begreiflicherweise nicht näher eingegangen ist, ist der des Polizeipräsidenten. Es ist ein sehr gefahrvoller Punkt, denn dieser Polizeipräsident ist tatsächlich der ruhende Pol der Monarchie in der Flucht der republikanischen Erscheinungen. Dieser Polizeipräsident braucht z. B. nur ein überzeugter Monarchist zu sein, und das ist er. Wir wissen ohne weiteres, daß er es in Bremen sein wird! Sie werden einfach einen aktiven Obersten und Regimentskommandeur, einen erfahrenen Strategen nehmen. (Zurufe.) Herr Wenhold, Sie werden es doch nicht sein, und Herr Bürgermeister Deichmann hat es für sich abgelehnt, und Herr Pastor Bode fühlt sich auf seiner Kanzel immer noch sicherer als im Polizeihause! Aus dem Grunde werden Sie uns die Ueberzeugung nicht nehmen, daß dieser wichtige Posten, dieser Posten, der laut Vorlage wichtiger sein wird als der Senatsposten, denn die Senatoren, insbesondere die parlamentarischen, verschwinden wie die Blätter im Herbststurm; dieser Monarchist aber, der auf Lebenszeit eingesetzt wird, wird die Macht als ständiger Herrscher Bremens haben. Und wenn er Monarchist ist und wenn, wie wir wissen, ähnliche Vorlagen wie die Bremer, sich über das ganze Reich verbreiten und ähnlich gesinnte Herrschernaturen, „Ludendorffe" in Westentaschenausgaben, die Polizeipräsidien inne haben, so genügt tatsächlich nur ein Telegramm, das Herr Klenke und Herr Deichmann durch ihre Organisation auch nicht abfangen werden, um in einer Nacht den Umschwung herbeizuführen und die Republik in eine Monarchie zu verwandeln. Man zeige mir den höheren Offizier, der nicht monarchistisch gesinnt ist, der nicht darauf brennt, diese Regierung hinwegzufegen.

Genosse Schmalfeldt hat richtig das Beispiel von Oberst Reinhardt angeführt. Herr Wenhold hat ihm widersprochen durch den Zuruf, das sei nicht wahr. Es ist wohl wahr. Oberst Reinhardt hat sich selbst demaskiert in dieser Angelegenheit. Er wußte genau, daß er einem bürgerlichen Journalisten eine 1½stündige Unterredung gewährt und ihm rückhaltlos Aufschluß gegeben hatte über sein Inneres, über seine Hoffnungen und Wünsche, in der Erwartung, daß dieser von ihm geschätzte Journalist ihm einen Rückhalt bieten würde gegen den Vorwärts und gegen die mehrheitssozialistische Parteiopposition in Berlin. Daß dieser bürgerliche Journalist sich das Pseudonym Johannes Fischart zugelegt hatte, wußte Oberst Reinhardt nicht, und als das Interview erschien, hatte er nichts eiligeres zu tun, als bekannt zu geben: Mit einem Johannes Fischart habe ich kein Interview gehabt. Das glaubte man ihm. Aber er mußte es doch zugeben, als er erfuhr, daß dieser Journalist „Fischart" ein demokratischer Politiker, den Herr Wenhold sicher kennt, Erich Dombrowski, der Leitartikler vom Berliner Tageblatt, war! Die Aussagen, die Reinhardt für die Hoffnung auf die Rückkehr eines Monarchen gemacht hat, und zwar in der gleichen Hoffnung wie hier der Chefredakteur Wulle, der laut und öffentlich seinem inbrünstigen Sehnen nach einem Hohenzollern mit Helmbusch und Stahlhelm Ausdruck

gab, das ist es eben, was augenblicklich die Oeffentlichkeit beängstigt, und das ist es auch, was nach dieser Vorlage Bürgermeister Deichmann so warmherzig vertritt, und die Herren Bode, Dr. Gildemeister und Professor Dietz wünschen. Sie würden bereit sein, noch doppelt soviel dafür auszugeben, denn diese Vorlage ist einfach ihre Geburtszange der Monarchie.

Herr Hormann hatte ja einen kleinen Verbesserungsantrag gestellt, den wir von seinem Standpunkt aus sehr gut begreifen können. Er hat darum gebeten, daß die Sätze, die in der amtlichen Verfügung vom 18. September allgemein bekannt geworden seien, nicht überschritten werden. Wenn ich nur einen Satz abschweifen darf: Daß diese Verfügung nicht allgemein bekannt geworden ist, geht schon daraus hervor — Herr Kunoth wird es bestätigen — daß die Bremer Nachrichten sie allein gebracht haben. Diese Monopolstellung des amtlichen Verkündigungswesens wollen wir brechen. Sie war denjenigen, die nicht den amtlichen Teil verfolgen oder nicht Zwangsabonnenten der Nachrichten sind, nicht bekannt. Da sind die Sätze festgelegt, die die höheren, mittleren und unteren Beamten erhalten sollen. Herr Hormann hat gewünscht, daß diese genannten Höchstsätze nicht überschritten werden dürften. Er wird aber damit nicht durchdringen können, denn diese gleiche Bekanntmachung, die er anerkennt und der Gesetzeskraft gegeben werden soll, sagt unter anderem: daß die Sätze die gleichen sein werden, wie in anderen Städten wie Hamburg, Hannover, Berlin. Damit ist ausgesprochen, daß er damit einverstanden sein muß, daß etwa ein Polizeioberleutnant rund 17000 ℳ Jahresgehalt erhalten soll, denn das sind die Sätze, die in anderen Städten — in Hannover z. B. — eingeführt sind. Nun rechnen Sie aufwärts: Wenn schon ein Oberleutnant 17000 ℳ erhält, was erst der Polizeimajor oder die Polizeihauptleute! Und stufen Sie nach unten ab, so wird es in Bremen wohl keinen Beamten geben, der ein so bequemes Leben hat wie ein Mitglied dieser Sicherheitspolizei und ein gleich hohes Gehalt verdient. Die Unterbeamten kommen dabei bei freier Verpflegung, bei freier Wohnung, freier Heizung, freier Bekleidung, auf einen Satz von 400 bis 600 ℳ. Nun fragen wir, und wir wollen das hinaustragen in die Oeffentlichkeit: was die Beamten, was die Kanzlisten, was die Chorsänger, was die Staatsarbeiter verdienen, die 8 Stunden mindestens am Tage schuften? Stellen wir dem gegenüber, was die Beamten der Polizeiwehr zu verrichten haben: Wir wissen ja, daß etwa Dreiviertel der ganzen Militärzeit im Warten, im Stehen, im Sitzen verbracht wird. Das war im Kriege so und ist auch jetzt so. Also würden einfach diese Leute dafür, daß sie ihre Gewehre putzen, daß sie ihre Maschinengewehre ausprobieren, daß sie mal auf den Scheibenstand gehen, daß sie eine Instruktionsstunde über Spartakus erhalten, ein Gehalt bekommen, das unter allen Umständen das Gehalt der schuftenden Beamten übersteigt. Wir hoffen, das werden sich die Beamten nicht gefallen lassen. Wir erwarten, daß sie Sturm laufen dagegen, daß sie einen Druck ausüben auf diese Regierung, die mit dem Pfennig knausert, die einfach jede Gehaltszulage unter dem Vorwand, unter dem nichtigen, erschwindelten Vorwand ablehnt, daß kein Geld da sei. Jetzt hat sie sich verraten! (Präsident: Ich kann es nicht zulassen, daß Sie von einer Regierung mit einem „erschwindelten" Vorwand reden. Ich muß das zurückweisen.) Ich hätte den Vorwurf nicht gemacht, wenn sie sich heute nicht demaskiert hätte durch diese Vorlage. Wie werden sich nun die Beamten stellen? Was werden etwa die Feuerwehrleute sagen? Was werden die Polizeibeamten, die Kanzlisten sagen, wenn sie darauf hingewiesen werden, was werden die Kriegsbeschädigten, die Kriegerfamilien, die Witwen, die Invaliden, das ganze Sammelsurium des Kriegselends dazu sagen, wenn sie etwa mit den Worten abgespeist werden: „Wir haben kein Geld, der Staatssäckel ist radikal leer!" Sie werden ihr entgegenhalten, daß $7\frac{1}{2}$ Millionen leichter Hand, mit einem Augenzwinkern bewilligt wurden, nicht nur von der Regierung beantragt, sondern von der überwältigenden Mehrheit der Nationalversammlung bewilligt wurden. Die Regierung würde somit von vornherein als lügnerisch, als schwindlerisch gekennzeichnet.

Herr Wenhold und auch Herr Bürgermeister Deichmann haben ferner ausgesagt; das Reich sei die Stelle, die da einzugreifen hat, das Reich wird uns retten! Aber mit solchen Mätzchen hat man uns schon vor dem Kriege und seit dem Kriege immer abgespeist. (Präsident: Ich muß den Ausdruck Mätzchen in dieser Verbindung zurückweisen.) Also hat man die Oeffentlichkeit stets und ständig abgespeist, auch letzthin bei der Behandlung des Antrages auf Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter der Atlaswerke, die jetzt noch unterstützungslos und noch ausgesperrt sind. (Präsident: Ich bitte zur Sache zu sprechen. — Zuruf: Gehört dazu! — Präsident: Das entscheide ich.) Ich bin schon fertig damit. Wir sehen, das Reich hat noch nichts von sich hören lassen, das Reich denkt nicht an Entlastung. Mit derselben Begründung wird das Reich auch dann kommen und der Finanzdeputation antworten: Was, Ihr wollt, daß wir uns noch mehr an Euren Unkosten beteiligen? Die Einrichtung ist doch lediglich zu Eurem Vorteil! Wie richtig darauf hingewiesen worden ist, verteilt sich diese Organisation auf das ganze Reich, und so werden aus Köln, Essen, Breslau, Stettin, Königsberg, überallher die gleichen Anforderungen an die Reichskasse kommen, Bettelbriefe des Inhaltes: Unterstützt uns, wir können mit unseren lokalen Finanzen nicht auskommen. Und da wird das Reich ganz kaltherzig den Daumen auf den Staatssäckel drücken und wird sagen: Euretwillen ist diese Einrichtung der Sicherheitswehr geschaffen, im Interesse der Fabriken, der Banken, der Kapitalisten, laßt die mal blechen! Dann werden wir sehen, ob Sie ebenso bereit sind, Vermögenssteuern, Einkommensteuern und

alle Steuern zu beschließen, die eben nur die besitzenden Klassen treffen. Ob Sie sie mit der gleichen Einmütigkeit und der gleichen schnellen Handbewegung bewilligen werden? Nein, Sie werden sich dagegen sträuben mit Händen und Füßen, Sie werden sich auf die Demokratie berufen und werden stammeln: alle Steuern müssen gleichmäßig verteilt werden auf die ganze Bevölkerung; denn das ist es allein, was die Besitzenden unter „Demokratie" verstehen und was Herr Bürgermeister Deichmann darunter heute zu verstehen scheint. Er weiß ganz genau, daß wir in Bremen beispielsweise die wahre Demokratie nicht haben. Er weiß ganz genau, daß, wenn er mit seinen 10 Senatoren im Beratungszimmer sitzt, daß diese 10 von den 8 — und wären es auch nur 3 — Berufssenatoren an die Wand gedrückt werden, daß sie quietschen. Er weiß genau, daß die Demokratie nicht lediglich durch ein Wort geschaffen wird, sondern daß sie die gleiche Vorbildung und die gleichen Kenntnisse zur Voraussetzung haben muß! Durch ihre Vorbildung und ihre Praxis in der früheren Verwaltung zerstören die Herren die Demokratie. Das würden wir auch bei Herrn Wenhold sehen, wenn er das Glück hätte, als parlamentarischer Senator zu fungieren.

Präsident: Ich bin Ihren Ausführungen gegenüber sehr gutmütig, bitte Sie aber doch, keine Vergleiche zwischen einem Senator und Herrn Wenhold zu ziehen.

Faust: Daß sich die Vorlage gegen die Arbeiterschaft richtet, und zwar gegen die ganze Arbeiterschaft, auch gegen die der Mehrheitspartei, die vielleicht morgen nicht mehr hinter ihren jetzigen Führern steht, ist bewiesen, und darüber ist kein Wort mehr zu verlieren. Man wird auch bald dahinter kommen, wer die Nutznießer dieser fetten Pfründen sein werden. Es werden Drohnen und Schmarotzer sein, Leute, die keine Lust haben, in Fabriken zu arbeiten oder sonst eine produktive Tätigkeit zu verrichten. Es sind dieselben Leute, die der Reichswehr beitraten, nicht um die Regierung zu unterstützen, sondern lediglich um ein gutes Gehalt zu bekommen, um eine gute Verpflegung und Unterkunft zu haben. Solche Leute werden sich auch zur Sicherheitspolizei drängen. Aber die Leute werden, bevor sie eingestellt werden, durchgesiebt, vier-, fünf-, zehnmal durchgesiebt. Das ist zu beweisen. Hier habe ich einen Fragebogen in Händen, den die Bewerber auszufüllen haben; er beweist gleichzeitig, wie die Sicherheitswehr beschaffen sein wird. Es handelt sich um eine ganz reaktionäre Maßnahme, über die die gesamte Bevölkerung aufgeklärt werden muß, damit sie erkennt, wie man Schindluder treibt mit einer solchen Vorlage.

Präsident: Ich muß zurückweisen, daß Sie der Regierung vorwerfen, mit der Einbringung der Vorlage Schindluder getrieben zu haben.

Faust: Dies wird dadurch offenbar, daß ein Organisationsstab der Sicherheitspolizei längst geschaffen und an der Arbeit ist und auch schon große Ausgaben verursacht. Um das Werk nicht zusammenbrechen zu lassen, müssen nachträglich die Beträge bewilligt werden. Das macht es verständlich, daß die Regierung plötzlich auf Genehmigung der Vorlage drängt. Das ganze Organisationsgebäude würde zusammenbrechen, wenn die Vorlage nicht genehmigt würde. Einige Mehrheitssozialisten zeigten sich wohl aufgebracht, weil sie einzusehen begannen, daß sie hintergangen wurden. Darum mußte sich das Bestreben der Regierungsgenossen darauf richten, diese Leute nicht umfallen zu lassen, die noch Anstandsgefühl im Leibe haben.

Um nun zu beweisen, was für Leute den Stamm der Truppe bilden werden, will ich Ihnen einen Fragebogen vorlegen, nach dem die Durchsiebung und Aussortierung der Bewerber erfolgt. Ich übergehe die meisten Fragen und führe nur einige charakteristische an: „Auf wessen Empfehlung kommen Sie?" Kommt jemand auf Empfehlung des Bürgerausschusses oder der Demokratischen Partei oder eines Pastors, dann hat er natürlich gleich einen Stein im Brett. Kommt er auf Empfehlung einer Gewerkschaft, dann wird man es sich schon überlegen. Kommt einer auf Grund eines Inserats etwa im Volksblatt, so ist er schon verdächtig, auf Grund eines Inserats in der Weser-Zeitung oder einer Kriegervereinszeitung, so wird er mit Kußhand aufgenommen. „Sind Sie aktiv? Kapitulant? Sind Sie im Felde gewesen? Sind Sie ein Unteroffizierschüler?" Das sind alles Fragen, die die militärische Ausbildung betreffen, und wenn Leute eine solche haben, so haben sie bei den Schutzwehrformationen selbstverständlich den Vorzug. Es wird ferner gefragt nach den Truppenteilen, wo die Leute gestanden haben, damit man dort nachforschen kann, es wird gefragt nach den „Orden und Ehrenzeichen", selbstverständlich gehört das dazu! Ferner „haben Sie uneheliche Kinder?" Eine schandbare Frage! Alle, auch Demokraten verlangen die Gleichstellung der unehelichen Kinder als soziale Forderung. Und hier verfällt man wieder der schwärzesten sozialen Reaktion. Ich will bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß im Münchener Geiselprozeß der Staatsanwalt feststellte, daß sieben der Geiselmörder uneheliche Kinder waren! Eine furchtbare Anklage gegen die Gesellschaft, nicht gegen die Leute selbst oder die Parteien, denen man sie an die Rockschöße hängen möchte. Ich möchte auf diese Frage einmal Frau Bahnson, Frau Plate oder Frau Bardenheuer aufmerksam machen: „Haben Sie uneheliche Kinder?" Wozu solche Frage? Ist es der Standpunkt der Regierungsparteien, daß die zurückgewiesen werden sollen, die uneheliche Kinder sind? (Pfuirufe.) Die Regierung muß diesen Fragebogen doch in der Hand gehabt haben. „Sind Sie militärisch bestraft? Auch mit Arrest?" Wenn einer seinen Feldwebel nicht gegrüßt und dafür drei Tage Arrest erhalten hat, so

wird es ausgeschlachtet. „Ist eine frühere Strafe gelöscht?" Es ist unerhört! Nach kaiserlichen Gnadenerlassen sind solche Strafen endgültig gelöscht, hier aber werden sie wieder aufgefrischt. „Schwebt gegen Sie ein militärisches Verfahren?" Vielleicht werden auch Kriegsbeschädigte so gefragt, und dabei handelt es sich meist um Verfahren, die zur Zeit des Krieges wegen ganz geringer Vergehen eingeleitet wurden. Wer da ein grobes Wort gegen einen Leutnant gebraucht hat, wurde ja gleich mit dem Tode bedroht! Nun, hier soll angegeben werden, ob der Mann bestraft und wie hoch die gelöschte Strafe war. (Ruf: Echt demokratisch!) Weiter wird gefragt: „Bei welcher Behörde, Gewerkschaft oder Kriegerverein kann über Sie Auskunft eingeholt werden." Es ist schließlich nicht gleich, ob eine Gewerkschaft oder ein Kriegerverein Auskunft gibt! Wer einer Gewerkschaft angehört, wird sicher ganz zurückgewiesen, denn man wird sagen: Wer einer Gewerkschaft angehört, der ist mit sozialistischem Gift durchtränkt, mindestens ist er unsicherer Kantonist! Wer aber einem Kriegerverein angehört, der wird selbstverständlich sofort genommen! Weiter die wesentlichste Frage: „Haben Sie schon gegen die bestehende Regierung gekämpft oder agitiert?" Was soll diese Frage? Will man dadurch die ausscheiden, die vielleicht während der Berliner Unruhen im Januar gegen die Regierung oder diejenigen, die am 4. Februar in Bremen gegen die Gerstenberger gekämpft haben? Es wird vielleicht auch mancher betroffen, der zufällig oder unüberlegt auf seiten der Arbeiter gekämpft und das längst bereut hat. Warum soll er nun nicht genommen werden, dieser Mann, der doch bekehrt ist im Sinne des Herrn Pastor Bode? Aber er wird zurückgewiesen, weil er wie manche Mehrheitssozialisten für die Freiheit und Revolution gekämpft hat!

Wir fragen nun: Von wem ist das Organisationsstatut der Sicherheitspolizei entworfen? Wahrscheinlich von Leuten der Regierungsschutztruppe, vielleicht von einem Vertrauensmann der Stadtwehr. Wenn von unserem Genossen Schmalfeldt darauf hingewiesen wird, daß diese Sicherheitspolizei eine Schutztruppe des Kapitals und der Gegenrevolution sein wird, so wird seine Behauptung materiell bewiesen durch diesen Fragebogen, der offen bekundet, daß für die ganze Arbeiterschaft kein Raum sein darf in dieser Sicherheitspolizei, auch nicht für die Rechtssozialisten, so daß auch diese kein Interesse daran haben können, daß diese Einrichtung geschaffen und mit so hohen Staatsmitteln unterhalten wird. Nicht eine Einrichtung zum Schutze der Demokratie wird geschaffen, sondern ein reaktionäres Schutzkorps, das mein Freund Schmalfeldt bereits sehr richtig gekennzeichnet hat als den Versuch, mit seiner Hilfe den Friedensvertrag zu umgehen, der die Reduzierung der deutschen Wehrmacht auf 100000 Mann vorschreibt. Und da möchte ich die Regierung fragen: welcher Prozentsatz der uns verbleibenden Reichswehr entfällt auf die Stadt Bremen? Bei der Beliebtheit, deren sich unser Bremen bei Noske erfreut — er nannte Bremen ja seine nordwestdeutsche Zitadelle —, wird er auch dafür sorgen, daß ein ganz gehöriger prozentualer Bestandteil der Reichswehr in Bremen untergebracht wird. Wie kann also die Regierung die Vorlage damit begründen, daß ihr kein militärischer Schutz zur Seite stehe und die Polizei nicht ausreiche? Alle diese Gründe, die Herr Deichmann vorgebracht hat, verfangen nicht, denn es steht für Bremen doch mindestens ein Bataillon Reichswehr zur Verfügung, und dieses Bataillon muß doch auch kaserniert werden, es muß sogar vorzugsweise kaserniert werden. Also stehen wir vor der Notwendigkeit, neue Kasernen zu bauen, um 2159 Mann unterzubringen; die höheren Beamten sollen dann ja in Privatwohnungen untergebracht werden. Die jetzigen Kasernen haben bis zum Kriege zwei Bataillone enthalten, dafür reichen sie aus. Nun verlangt die Regierung 2000 Mann Sicherheitspolizei, das ist doppelt soviel, wie die Kasernen fassen. Ferner kommt noch die Reichswehr hinzu, die ist auch mindestens ein Bataillon stark, also 600 bis 1000 Mann. Also wird es dann wieder dazu kommen, daß wir in Bremen einzelne Schulen hergeben müssen zur Unterbringung des Militärs, und wieder wird der Kampf aufflammen, den wir jetzt erst beigelegt haben in bezug auf die Unterbringung der Stadtwehr in den Volksschulen. Wird man wohl diese Soldaten im Parkviertel oder am Osterdeich unterbringen? Nein, man wird den Proletarierkindern die Schulen entziehen. Oder wird man neue Kasernen bauen? (Wenhold: Man wird sie in Bürgerquartieren unterbringen, bei den U. S.! — Heiterkeit.) Es ist vielleicht ein gutes Abschreckungsmittel, wenn man „Dragonaden" wieder einführt und die Soldaten in die Häuser schickt. Ich bin überzeugt, Herr Pastor Bode nimmt keine auf; er wird sie lieber in der Kirche unterbringen, vielleicht gar in der Sakristei! Und wenn Herr Wenhold das Eingeständnis mit den Bürgerquartieren gemacht hat — — — (Wenhold: Wenn Sie einen Witz nicht von einem Eingeständnis unterscheiden können, tut es mir leid!) Sie würden jedenfalls Sturm laufen gegen eine solche Zwangseinrichtung, und unsere Freunde von rechts würden es sich wohl sehr überlegt haben, ob sie gemeine Reichswehrsoldaten oder die Entlassenen von der Eisernen Division, denen das Plündern zum Handwerk, das Stehlen zum Geschäft und das Morden zum Beruf geworden ist, in ihre Häuser aufnehmen wollen; das werden sie sich zehnmal überlegen.

Jedenfalls wird diese Vorlage eine ungeheure Menge Ausgaben nach sich ziehen, die noch nicht zu übersehen sind. Es ist ja sehr weise, daß die Vorlage die Geldfrage offen läßt und bekennt, daß es eine endgültige Abrechnung nicht ist. Wir werden nicht erstaunt sein, wenn die Regierung später sagt: wir haben uns unterschätzt, es sind nicht 7½, sondern 9 Millionen! Die

Mitglieder der Nationalversammlung, die dieser Vorlage zustimmen werden, übernehmen jedenfalls damit von vornherein die Verantwortung dafür, daß der Staat nicht in der Lage ist, die geringsten sonstigen Forderungen zu erfüllen oder seinen Beamten aus der Not zu helfen. Herr Hormann hat vergessen, indem er die Grenze nach oben festlegte, zu verlangen, daß mit dem Abbau der Lebensmittelpreise, mit der Reduzierung der Kosten für den Lebensunterhalt auch die Kosten für diese Söldnertruppe reduziert werden! Das geht nämlich aus der Vorlage nicht hervor, sondern laut Vorlage werden diesen Leuten ihre gleich hohen Gehälter sozusagen auf die ganze Dauer ihrer militärischen Existenz auf den Leib geschrieben. Kein einziger aber wird sich später darauf einlassen, daß, wenn die Arbeiterlöhne herabgesetzt werden, auch die Löhnung der Sicherheitspolizisten reduziert wird. Dann werden sie vielleicht auch kommen mit dem Mittel der Streiks-Androhung.

Die Errichtung dieser Sicherheitspolizeitruppe ist ferner eine Umgehung des Friedensvertrages, da kommen Sie nicht drum herum! Der Friedensvertrag stellt fest, daß die Polizei im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung vergrößert werden dürfe. Ich wüßte aber nicht, daß hier in Bremen plötzlich Hunderttausende von Menschen mehr vorhanden sind seit dem Kriege; wahrscheinlich sind es sogar viel weniger und werden es noch weniger werden. Also dürfte laut Friedensvertrag nicht einmal die Polizei als solche vergrößert, geschweige denn eine Polizei neu geschaffen werden, die mit den neuesten Mitteln der Kriegstechnik ausgerüstet ist, die man dem Feinde entzieht, weil er sonst deren Auslieferung verlangen würde. Das ist also eine glatte Umgehung des Friedensvertrages! In die Kasernen wird man hineinbringen nicht etwa 2100 Polizisten, sondern 2100 Unteroffiziere und Feldwebel. Denn dafür sind ja diese Fragebogen da, daß die Auswahl nach diesen rein militärischen Gesichtspunkten erfolge. Und diese 2100 Unteroffiziere und Feldwebel werden die Grundlage für den neuen Militarismus bilden. Das ist das Heer, das neu geschaffen werden soll. Und dann wird die Regierung es nur noch nötig haben, durch eine Zwangsmobilmachung die Landsturmleute, die Kriegsentlassenen aufzufordern, sich zu melden; sofort wird mit einem Schlage jeder dieser 2000 Sicherheitspolizisten ein Korporalschaftsführer und jeder Polizeioffizier wird Kompagnieführer, und wir haben wieder ein Heer von 4—5 Millionen auf den Beinen, und dann haben wir wieder Krieg. Aber gerade von diesem Gesichtspunkt aus protestieren wir aus unserm Mitempfinden für unsere arbeitenden Brüder im Westen und im Osten gegen eine solche Umgehung des Friedensvertrages, gegen eine so niederträchtige Umgehung des Friedensvertrages, den die Demokraten und die Mehrheitssozialisten doch auch anerkannt haben. Gegen diese Absicht — wir durchschauen Sie, Herr Professor Dietz! — protestieren wir vor aller Welt. Wir werden keine Sekunde zögern, die ganze Welt darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschland beabsichtigt, vertragsbrüchig zu werden. Denn die Konsequenz liegt doch klar. — (Ich hoffe, daß nachher nicht sobald der Schluß der Debatte beliebt wird, sondern daß alle angeschriebenen Redner zu Worte kommen. Sie haben uns, Herr Präsident, noch niemals eine solche folgenschwere Vorlage vorgelegt. Man hat uns glatt überrumpeln wollen.) Wenn Herr Bürgermeister Deichmann auf die Gefahr von links mehr aufmerksam machte als auf die Gefahr von rechts, die er ebenso wenig wie sein Parteigenosse Noske sehen will, so haben wir alle Gründe, auszusprechen, daß wir sie um so gründlicher erkennen; denn nicht dadurch beseitigt man die Ursache einer eventuellen Empörung der kochenden Volksseele, indem man Flammenwerfer vor ihr aufbaut! Herr Bürgermeister Deichmann weiß ja auch ganz genau, daß man mit Zwangsmitteln unter keinen Umständen eine Beruhigung herbeiführt. Druck erzeugt immer noch Gegendruck. Herr Deichmann kam heute mit ganz geheimen Andeutungen, von denen die Oeffentlichkeit nichts wußte. Es ist dies bezeichnend, mit welchen Mitteln die Vorlage begründet werden muß: er betonte, daß man versucht habe, Handgranaten sich anzueignen. Er hätte doch die Pflicht gehabt zu sagen, welche Personen das waren, wann es war, und zu welchem Zweck diese Personen es getan haben. Es gibt keinen anständigen Arbeiter, der mit diesem Vorgehen einverstanden wäre (Na! Na!), am allerwenigsten die U. S., die klassischen Vertreter der Gewaltlosigkeit! (Gelächter.) Beweisen Sie doch, daß der große Kreis der Politiker in ihrer Stellungnahme zum Militarismus, zur Entwaffnung, zur Arbeit und zum Kampf mit geistigen Waffen übergehe. Wie oft haben Sie es uns vorgeredet, ich will nicht auf München oder Bremen eingehen. (Zurufe, Unruhe.) Wenn Sie es wünschen, gehe ich eine ganze Stunde darauf ein. (Widerspruch, Zwischenrufe, Glocke. Ruf: Hanswurst!)

Präsident: Wer hat den Ausdruck „Hanswurst" gemacht?

Waigand: Ich.

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Faust: (spricht unter Unruhe des Hauses) — — — aber erst waren es Unabhängige — — — (Die Unruhe besteht weiter. Ruf: Ihr habt uns verraten.) — — — gemeinsame Sache — — — (Glocke. Der Präsident bittet um Ruhe. Erneute Zwischenrufe. Glocke.) Ich höre, daß verschiedene Herren es uns zum Vorwurf machen, daß wir mit den Kommunisten zusammengegangen wären. Wir machen Ihnen zum Vorwurf, daß Sie mit den Reaktionären zusammengegangen sind, und es auch heute tun, wenn Sie das ausführen, was selbst ein mehrheitssozialistischer Senator in deren Auftrag verlangt. Daß wir gegen die Gewalt sind, haben wir oft ausgeführt (Widerspruch). Aber

wenn die Regierung sich durch eine riesenhaft bewehrte Sicherheitstruppe dagegen wehrt, so sollte sie doch eher einen neuen Weg einschlagen und zuerst auf Gewalt verzichten. Die Vernünftigen geben immer zuerst nach! Machen Sie also den Anfang mit der Abschaffung der Waffengewalt. Der Güter höchstes für jeden selbst ist das Leben nicht; aber der Güter höchstes sei für jeden das Leben des andern, und damit mache die Regierung bitte den Anfang, daß sie das Leben des andern schützt. (Zuruf: Wollen wir ja!) Dann wird jede Hoffnung der Arbeiterschaft in sich zusammenfallen, daß sie auch nur mit Waffengewalt etwas erreichen kann! Also heraus mit der Erklärung: wir verzichten auf die Waffengewalt!

Vom Regierungstische ist gesagt worden, die Vorlage sei gegen die Verbrecher. Der Begründer bezeichnet demnach seine politischen Gegner als Verbrecher.

Präsident: Wenn Herr Bürgermeister Deichmann seine politischen Gegner als Verbrecher bezeichnet hätte, würde ich das zurückgewiesen haben.

Faust: Er weiß es so verschleiert zu machen, daß der Herr Präsident es nicht merken. (Heiterkeit.) Er hat seine politischen Gegner so gekennzeichnet, daß sie jeder als Verbrecher ansehen muß. Sind es Verbrecher, so ist die Polizei dafür da, und dann ergänzen Sie doch die Polizei, und glauben Sie nicht genug zu haben, so nehmen Sie noch ein paar hundert Beamte dazu, aber wählen Sie Menschen, die mit der Psyche des Volkes vertraut sind, und nicht Leute, die 4½ Jahre in Belgien und Frankreich und im Baltikum gemordet, geraubt und geplündert haben. (Zurufe.) Das wird keiner zurückweisen wollen, daß jeder Mord am Feinde, auch ein gemeiner Mord ist. (Zurufe. Große Unruhe.) Das ist es eben: aus dem Kriege heraus ist das Verbrechen gewachsen, und ein Mann, der jetzt 5 Jahre im Kriege gewesen ist, ist 25 Jahre alt, gerade der wird seines kräftigen Alters wegen in die Polizeitruppe kommen. Und ein früherer Schüler, ein Gymnasiast, Handlungsgehilfe und Lehrling, der 5 Jahre im Kriege gewesen ist, ist zum Verbrecher ausgebildet worden, der keine Achtung mehr hat vor dem Leben und vor dem Eigentum des andern. Man hat uns in der Ukraine gezwungen, den Bauern alles wegzunehmen. (Unruhe). Man hat in Frankreich Obstbäume gemordet und daneben Pappelbäume stehen lassen und begründete dies damit, daß die Artillerie keine Ziele haben dürfe! Solche Leute wird man heranholen und auf die Bevölkerung hetzen und sie regelrecht durch Instruktionsstunden darauf vorbereiten. Mit einem Schutzmanne kann man allenfalls noch reden — — —

Präsident: Jetzt schweifen Sie ab. Ich bitte, zur Sache zu reden.

Faust: Die Debatte würde noch länger werden, wenn ich auf die Deckungsfrage der Vorlage eingehen müßte. Eben die Deckung dieser Vorlage macht uns Kopfzerbrechen. Heute wird es verschleiert. Der Purpurmantel der Liebe wird darüber ausgebreitet, damit es keinen Riß gibt. Aber nachher, wenn die Vorlage angenommen ist, dann wird, was verschleiert ist, an die Oeffentlichkeit kommen, und dann haben wir uns selbst geliefert und haben uns jede Möglichkeit genommen, mit sozialen Forderungen zu kommen. Denn dann wird die Regierung stets die Ausrede haben, Millionen habe sie für den Schutz des Eigentums opfern müssen! Wir haben also recht viele und schwerwiegende Bedenken gegen diese Vorlage! Die Hoffnung haben wir nicht mehr, daß sie abgelehnt wird, aber die Hoffnung, daß aus Ihrer Fraktion die Mitglieder, die nicht hier sind, mit uns einig gehen und nicht mit den Reaktionären, auch deshalb beantragen wir namentliche Abstimmung. (Bravo! und Händeklatschen bei den U. S.)

Wenhold zur Aufklärung des Tatsächlichen: Ich möchte einer Legendenbildung vorbeugen. Herr Faust hat gesagt, ich hätte in meiner Rede durchblicken lassen, daß diese Vorlage sich gegen seine Partei richte. Ich stelle demgegenüber fest, daß nach meinen Darlegungen, die die Auffassung meiner Fraktion wiedergeben, die Sicherheitspolizei die Aufgabe hat, jede Regierung zu stützen, die von dem Vertrauen der Mehrheit des Volkes getragen wird, und sich zu wenden gegen alle Bestrebungen, die auf gewaltsamem Wege an die Stelle der Mehrheitsregierung die Diktatur einer Minderheit setzen wollen.

Präsident: Es sind noch zum Worte angeschrieben die Herren Fauth, Hagedorn, Schelter, Sommer, Rietschel. Außerdem ist namentliche Abstimmung beantragt, worüber auch noch entschieden werden muß. Ich möchte daher vorschlagen, daß wir jetzt unsere Sitzung vertagen bis 4¼ Uhr.

Pause von 1¾ bis 4¼ Uhr.

Die Sitzung wird um 4 Uhr 15 Min. nachmittags wieder eröffnet.

Bürgermeister Deichmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Laufe unserer Aussprache sind eine ganze Reihe von Argumenten vorgetragen worden, die im Grunde genommen mit der Vorlage selbst nichts zu tun hatten oder doch nur in ganz losem Zusammenhang mit der Vorlage stehen. Sie werden es mir daher nachfühlen, wenn ich dem Vorsatz, den ich gefaßt habe, treu bleibe und auf alle diejenigen Argumente, die mit der Vorlage nichts zu tun hatten, nicht eingehe. Ein Argument allerdings ist vorgetragen worden, mit dem ich mich doch noch, wenn auch nur mit wenigen Worten, beschäftigen muß.

Vorweg muß ich mich mit einem Teil der Ausführungen des Abgeordneten Schmalfeldt beschäftigen. Er glaubte, seiner Sache, seiner Anschauung im besonderen zu dienen, wenn er sich in persönlichen Angriffen gegen meine Person erging. Ich muß sagen, diese Angriffe, die er sich erlaubt hat, haben nicht dazu beigetragen, irgendwie Abtrünnige zu schaffen. Er hat gesagt, er kenne mich seit einer Reihe von Jahren, ich sei heute ein ganz anderer wie früher. Ich muß sagen, er irrt sich. Ich bin noch genau derselbe wie früher. Nach seinen Ausführungen zu schließen, müssen die Dinge so stehen, daß er nicht genau darauf geachtet hat, was ich etwa gesagt und vertreten habe, sondern er hat sich lediglich davon gefangen nehmen lassen, wie ich das, was ich vertreten hatte, vertreten habe. Da werden Sie mir doch wohl alle recht geben, daß ich heute noch genau so wie früher, in genau der gleichen Art und Weise, d. h. mit dem nötigen Nachdruck, zu wirken suche. Ich glaube, Herr Schmalfeldt hat sich davon gefangen nehmen lassen und ist nun nicht in der Lage, auseinander zu halten, was ich vertreten habe und wie ich es vertreten habe. (Sehr gut! bei den M.-S.) Selbstverständlich ist es richtig, was der Abgeordnete Schmalfeldt gesagt hat, daß, wenn ich in der Wahlbewegung mit ihm zusammengefochten habe, ich ihm jedesmal gesagt habe, wenn wir in die Versammlungen hineingingen: Wenn wir dort auftreten wollen für unsere Sache, wenn wir werben wollen, müssen wir es mit dem nötigen Nachdruck tun. Da gefiel mir seine Art und Weise durchaus nicht. Ich kann Ihnen heute sagen, daß ich genau dieselbe Anschauung vertrete: Wer für eine Sache eintreten will, die nötige Werbearbeit mit Erfolg leisten will, der muß auch ein ganzer Mann sein. Wenn ich ein anderer geworden bin, d. h. insofern ein anderer, als ich die ganzen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit weit mehr Ruhe betrachte und einschätze — wäre das eine verkehrte Entwickelung? Beim Abgeordneten Schmalfeldt erlebt man das Gegenteil, er hat sich umgekehrt entwickelt. (Sehr gut! bei den M.-S.) Ich kenne einen Vorgang, und gestatten Sie mir, daß ich näher darauf eingehe. Der Abgeordnete Schmalfeldt machte mal Propaganda für sozialistische Anschauungen in einer Versammlung. Es geschah dies in einer Zeit, wo die Versammlungen noch überwacht wurden. Dort war es der Abgeordnete Schmalfeldt, der sich keinen anderen Rat wußte, als zu empfehlen, Bomben anzufertigen und mit Bomben zu werfen. Der überwachende Beamte sagte beim Hinausgehen kopfschüttelnd: „Der Alte wird doch immer verrückter!" Eine solche Entwickelung möchte ich nicht durchmachen. Ich habe die Verhältnisse kennen gelernt. Ich weiß, daß, wenn man etwas durchsetzen will, man die Verhältnisse in Rechnung stellen muß. Da möchte ich anschließend allen denjenigen, die so sehr die Konterrevolution fürchten, sagen, daß sie sie herzlich wenig zu fürchten brauchen, wenn sie nur Maßnahmen vorschlagen und zur Anerkennung bringen, von denen man mit Recht sagen muß, daß sie aus den Verhältnissen sich ergeben und vernünftig sind, daß sie durchzuführen und aufrecht zu erhalten sind. Von dem Augenblick an, wo so vernünftige Maßnahmen ergriffen werden im Interesse des ganzen Volkes, braucht man nicht zu fürchten, daß von rechts aus mit Erfolg eine Konterrevolution eingeleitet und durchgeführt werden könnte. (Sehr gut! bei den M.-S.) Weil aber in gewissen Kreisen die Unvernunft herrscht und diese Unvernunft dazu beiträgt, daß wir kaum wieder hochkommen können, kann auch auf der anderen Seite mehr und mehr der Gedanke reifen, mit Gewalt einzugreifen, um schließlich Zustände zu schaffen, bei denen es möglich ist, zu brauchbaren, vernünftigen Verhältnissen zu kommen. (Zurufe der U. S.: Flammenwerfer, Maschinengewehre, Handgranaten. — Glocke.) Meine Damen und Herren! Wir in der Regierung, ich im besonderen, sind die letzten, die daran denken, mit solchen Waffen irgendeine Knebelung vornehmen zu wollen. Diese Einrichtung, die wir beantragen, verfolgt nur den Zweck, den Schutz der Demokratie, die sich in der Revolution durchgesetzt hat, zu erhalten.

Dann ist im Laufe der Debatte darauf hingewiesen worden, daß die Polizei auf streikende Arbeiter losgelassen würde. Dafür werden Sie den Beweis schuldig bleiben. (Zuruf: Sie stellen ja heute noch Streikbrecher!) Sie werden zugeben müssen, daß unsere Polizei (Zuruf der U. S.: Unionbrauerei stehen Streikposten!) sich ganz taktvoll benommen hat, daß man eventuell sagen könnte, hier und da, wo ein einzelner Freiwilliger in Frage kam, wäre vielleicht ein besserer Schutz nowendig gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin in meinem Leben kein guter Freund von Arbeitswilligen gewesen, das gestehe ich ganz offen ein, aber ich bin weit entfernt davon gewesen, den Gedanken zu vertreten, Arbeitswillige zu mißhandeln oder niederzuschlagen. Ich habe solche Vorgänge zu allen Zeiten verurteilt. Das wissen alle, die Jahrzehnte hindurch mit mir Schulter an Schulter gekämpft haben. Aber wie war es denn eigentlich hier im Hafen beim

Hafenarbeiterstreik? Jeder kennt doch die Ursachen dieses Streiks. Ich stehe gar nicht an, zu erklären, daß eine Kommission, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Seemannsbundes und des Transportarbeiterverbandes, mir schon am dritten Tage des Streiks, einem Montag, erklärt hat, daß es ein Unsinn gewesen sei, deswegen in einen Streik einzutreten. (Hört, hört! bei den M.-S.) Wie kann man einen Streik anzetteln angesichts nur der Tatsache, daß ein Arbeiter, von dem man weiß, daß er organisiert ist, sein Buch nicht vorzeigen wollte, und zwar deshalb nicht, weil es ein Kampf gegen seine Organisation war! Wie kann man deshalb einen solchen Streik anzetteln, der dazu beigetragen hat, daß großer Schaden für unsere Schiffahrt und für unser Gemeinwesen entstand? Solche Dinge dürfen nicht passieren. Das sind ganz unvernünftige Handlungen.

Dann ist gesagt worden, daß man von mir erwarte, daß ich die Ursachen, die zu solchen Kämpfen und Streiks führten, doch noch kenne. Jawohl, die Ursachen kenne ich, die zu allgemeinen wirtschaftlichen Streiks führen, und die Ursachen erkenne ich in vollem Umfange an. Ich weiß ganz genau, daß, wenn nicht die materiellen Verhältnisse so trostlos wären, wie sie tatsächlich sind, wir manchen, manchen Streik nicht zu verzeichnen hätten. Ich weiß zu beurteilen, welche Wirkung es hat, wenn der Familienvater, trotzdem er sich abgequält hat, trotzdem er einen weit höheren Wochenlohn hat als früher, er mit seinem Lohne doch nicht auskommen kann. (Zuruf: Heuchler! — Präsident: Wer hat eben den Ausdruck Heuchler gebraucht? Rietschel (U. S.) meldet sich. — Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.) Er sieht, wie die Frau sich härmt, wie die Kinder kaum mit einem Hemde, kaum mit Strümpfen und heilen Schuhen bekleidet sind. Da fühlt man schon nach, daß er unzufrieden ist über die Verhältnisse und begreift, wie es schließlich zu solchen wirtschaftlichen Streiks kommt, von denen ich allerdings behaupte, daß sie uns aus der trostlosen Lage nicht herausbringen. Die Ursachen erkenne ich also an, aber ich sage, damit wird der Hunger nicht gebannt, damit werden die Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern aus der Bedrängnis nicht herauskommen. Es muß dafür gesorgt werden, daß wieder Werte geschaffen werden, nur so werden wir wieder zu besseren Verhältnissen kommen können. Die geschaffenen neuen Werte ersetzen das fehlende Gold und bessern die Valuta, woran wir alle interessiert sind. (Sehr richtig!)

Dann ist gesagt worden, daß die Vorlage gegen den Friedensvertrag verstoße. (Sehr richtig! links.) Das kann ich beim besten Willen nicht einsehen. Ich vertrete die Anschauung: Der Friedensvertrag ist eingegangen, und er muß gehalten werden, so schwer es auch fällt — es sind Bedingungen darin, von denen ich sagen muß, daß sie kaum gehalten werden können. Aber, meine Herren von links, Sie sind es ja im besonderen gewesen, die gesagt haben: Unterzeichnet! Unterzeichnet! (Lärm links.) Ja, so haben Sie gerufen, und Sie haben gesagt, Sie würden dafür sorgen, daß das internationale Proletariat dafür sorgen werde, daß diese Friedensbedingungen gewissermaßen erleichtert werden. Und was haben Sie in dieser Richtung bis heute getan? Nichts, keinen Schritt haben Sie getan. (Sehr richtig!)

Dann hat der Abgeordnete Schmalfeldt mich wegen meiner Haltung gegenüber der Tabaksteuervorlage angegriffen. Herr Präsident! Sie gestatten, daß ich auf diese Sache mit wenigen Worten eingehe, obwohl sie mit dieser Vorlage herzlich wenig zu tun hat. Es ist mir in der Debatte nachgesagt worden, daß ich meinen Standpunkt von früher jetzt verleugnet und eine blühende Industrie durch meine Stellung in der deutschen Nationalversammlung zugrunde richte. (Sehr richtig! links.) Wenn das der Fall ist, dann sitze ich nicht allein als Sünder auf der Anklagebank. Ich mache darauf aufmerksam, daß die gesamte deutsche Tabakindustrie zu dieser Frage Stellung genommen hat, die Arbeitgeber und auch die Arbeiter aller Richtungen, soweit Organisationen in Frage kommen, (Zuruf) auch die „Gewerkschaftsbonzen", und die sind sich darüber schlüssig geworden, da wir angesichts der Finanzlage des Reiches mit einer neuen Belastung rechnen mußten, einer Belastung zuzustimmen. Zur Bedingung ist dann gemacht, daß die Steuer so eingerichtet werden müsse, das heißt eine solche Form erhalten müsse, daß die ganze Industrie sie ertragen könne. Und die Vertreter der ganzen Industrie inklusive der Arbeiterschaft waren darin einig, daß die Banderolensteuer am erträglichsten für die Industrie sein würde. Es handelte sich also um die Form der Steuer und nicht darum, die Zustimmung zur Zugrunderichtung der Industrie zu geben. Gegen eine solche Zumutung hätte ich mich nach Kräften gewehrt.

Entscheidend war in dieser Frage auch der Umstand, meine Damen und Herren, um dem rücksichtslosen Wucher, der mit Tabakfabrikaten getrieben worden ist und noch getrieben wird, zu begegnen. Um diesem Wucher und den einzelnen Wucherern zu Leibe zu rücken, deswegen ist die Form der Banderolensteuer gewählt. Die Festsetzung der Kleinverkaufspreise ist die Vorbedingung dafür. Es ist nötig, daß den Wucherern gehörig auf die Finger geklopft wird im Interesse des allgemeinen konsumierenden Publikums. Des weiteren ist maßgebend gewesen, eine Grundlage zur Vertretung der Arbeiterinteressen zu bekommen. Die Arbeiterinteressen und ebenso die Konsumenteninteressen sind nach jeder Seite hin gewahrt worden, soweit dies bei einer Steuervorlage der Fall sein kann. Die Banderolensteuer in der Form, wie sie gewählt worden ist, wirkt nicht zerstörend für die deutsche Tabakindustrie. Das waren die Gründe, die uns

veranlaßt haben, diesen Steuerweg zu gehen. Im übrigen, meine Damen und Herren, muß ich erklären, daß ich beim besten Willen nicht einsehen kann, wie man mit diesen Argumenten die Vorlage, die heute zur Beratung steht, bekämpfen kann. (Zurufe von links. — Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Dann ist mir im Laufe der Debatte nachgesagt, diese Vorlage, das heißt die Neuorganisation der Polizei, solle dem Zwecke dienen, die oppositionellen Arbeiter zu knebeln, und ich hätte weiter gesagt — wenigstens aus meinen Ausführungen ginge das hervor — daß ich die Masse der Arbeiter, die oppositionell seien, als Verbrecher bezeichnet hätte. Davon kann gar keine Rede sein. Wer nicht absichtlich fälschen will, (Sehr gut!) der kann eine solche Behauptung nicht aufstellen. (Sehr richtig!) Ich habe ausdrücklich gesagt, daß die Vorlage, das heißt die Neuorganisation der Polizei, durchaus nicht das Ziel verfolge, oppositionelle Personengruppen oder Parteien zu knebeln oder sie niederzuhalten. Nein, im Gegenteile: Opposition zu machen muß jedem freistehen, das ist sein gutes Recht in einem demokratischen Staate. Die Neuorganisation der Polizei richtet sich gegen Kreise, die bis in die jüngste Zeit hinein darnach trachten, Handgranaten zu bekommen, um so eine Politik der Zertrümmerung zu betreiben. Die Demokratie soll zertrümmert werden. Die Neuordnung der Polizei dient demnach zum Schutz der Demokratie und dient dazu, uns gegen eine solche Handgranatenpolitik zu schützen. (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Es kann keine Rede davon sein, daß ich irgendwie auch nur mit einem Wort davon gesprochen hätte, daß die Arbeiter Verbrecher seien. Das ist eine Unterschiebung, (Sehr gut!) die ich mit aller Energie, mit allem Nachdruck zurückweisen muß, wenn ich kein schärferes Wort gebrauchen will. Wie sollte ich dazu kommen, die Arbeiter als Verbrecher hinzustellen? Die Arbeiterschaft im allgemeinen kommt da gar nicht in Betracht. Aber Sie werden mir doch zugeben müssen, daß die Verbrechenlust und die Sabotagelust in hoher Blüte steht. (Sehr richtig!) Wenn wir wieder zu vernünftigen Verhältnissen kommen wollen, müssen wir diesem Verbrechertum und dem Sabotagetum Herr zu werden suchen. Wie die Dinge zur Zeit liegen, werden Vernunftgründe nicht ausreichen, so daß es sich als notwendig erweist, mit der Staatsgewalt einzugreifen. Jeder, der gerecht urteilt, muß sagen, daß eine Regierung gar nicht anders handeln kann, als hier vom Senat vorgeschlagen wird und wie in allen Gliedstaaten und in allen großen Städten von der Regierung und den Stadtverwaltungen in dieser Hinsicht gehandelt worden ist. (Zuruf von links: Ihre eigenen Genossen lachen ja darüber!)

Dann ist gesagt worden, auch unsere Polizeibeamten von der Ordnungspolizei seien mit der Maßnahme nicht einverstanden. (Zuruf von links: Sehr richtig!) Die Anschauung ist total falsch. (Hört! Hört!) Soweit ich unterrichtet bin, geht ihr Wunsch nur dahin, daß, wenn die Tagegelder, so wie sie in der Vorlage für die Sicherheitspolizei vorgesehen sind vom Reich und deshalb auch für uns gelten müssen, gezahlt werden, dafür gesorgt werden müsse, daß auch diejenigen Herren, die in der Ordnungspolizei Dienst tun, in ähnlicher Weise honoriert, ihre Gehalte beziehen müßten. Es ist erklärlich, daß ein Teil unserer Herren von der Ordnungspolizei in der Beziehung von einer gewissen Angst befallen sind. Demgegenüber erkläre ich, daß wir von der ersten Beratung in dieser Angelegenheit an auf dem Standpunkt gestanden haben, eine möglichst einheitliche Gehaltszahlung herbeizuführen. Und im übrigen erkläre ich, daß ich seit langem den Standpunkt vertrete, daß wir, so schwer es uns auch fallen mag, dafür sorgen müssen, daß wir eine andere Gehaltszahlung unserer Polizeibeamten und zu gleicher Zeit aller unserer Beamten in der Staats- und Stadtverwaltung herbeiführen müssen. (Zurufe von links.) Ich gehöre mit zu denjenigen, die den Standpunkt vertreten, daß wir möglichst schnell zu einer Revision der Beamtengehälter kommen müssen, um möglichst eine Zufriedenheit unserer Beamten zu erreichen. (Zuruf von links: Schwindel! Präsident: Wer hat „Schwindel" gerufen? Götze (U. S.): Ich! Präsident: Ich muß den Ausdruck zurückweisen.)

Es ist dann Bezug genommen auf die Tagegeldersätze, wie sie veröffentlicht worden sind und gesagt worden, daß der Unterschied zwischen den oberen und unteren Gehältern zu groß sei. Hierzu muß ich sagen, daß dies nur scheinbar so ist. Sie müssen dabei berücksichtigen, daß, soweit Unterbeamte in Frage kommen, diese noch eine Reihe von Zuschüssen erhalten, und daß die Oberbeamten, die Dienstwohnung haben, von diesen Tagegeldern pro Monat bis zu 80 ℳ zurückzuzahlen haben. Wenn das berücksichtigt wird, dann ist der Unterschied in den Gehältern am Ende nicht so groß, als in der Debatte vorgetragen worden ist.

Dann hat in der Debatte der Fragebogen eine besondere Rolle gespielt. Zu diesem Fragebogen habe ich zu erklären, daß er in Berlin angefertigt und von Berlin ausgegeben worden ist, und zwar für das ganze Reich. (Gelächter links.) Im übrigen aber ist die Anschauung nicht richtig, daß nun nach diesem Fragebogen die Anstellungen an und für sich vorgenommen werden sollen. Der allergrößte Teil der Fragen ist notwendig schon deshalb, um nachher gleich in der Lage zu sein, entsprechende Zuschüsse, Tagegelder usw. zahlen zu können. Im übrigen aber liegen schon Richtlinien nach dieser Richtung hin im Entwurf vor, die Beratungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. Soweit sie schon als abgeschlossen gelten können, ist dafür gesorgt, daß Bevorzugungen oder Benachteiligungen nicht vorkommen sollen. Im einzelnen kann ich darauf nicht eingehen. Wir werden weiter arbeiten, bis wir

wirklich brauchbare Richtlinien haben, Richtlinien, mit denen wir uns alle einverstanden erklären können. Im übrigen ist in den Richtlinien auch weiter vorgesehen ein gutes Beschwerderecht, damit den einzelnen in einer solchen Gruppe kein Unrecht widerfahren kann. Verlassen Sie sich darauf, daß in dieser Beziehung geschehen wird und muß, was nur möglich ist. Und dann noch ein paar Worte zu den Anträgen, die gestellt worden sind. Der Antrag der Budgetkommission sowie auch der Antrag des Abgeordneten Wenhold können und sollten meines Erachtens aufgenommen und beschlossen werden. Ich von meinem Standpunkt aus kann nur erklären, daß sie notwendig sind und eine gewisse Lücke in der Vorlage ausfüllen. Ich kann Sie nunmehr nur eindringlichst bitten, der Vorlage des Senats Ihre Zustimmung zu geben. (Bravo!)

Fauth (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht auf alle Einzelheiten eingehen, die von Unabhängiger Seite hier vorgebracht worden sind; es könnte mir sonst vielleicht so gehen, wie es Herrn Schmalfeldt ergangen ist, daß die amtlichen Stenographen streiken würden.

Präsident: Ich muß darauf aufmerksam machen: hier scheint sich ein Irrtum verbreitet zu haben. Wir haben an Tagen, wo wir die sogenannten Doppelsitzungen haben, vier Stenographen. Drei der Herren waren hinausgegangen, und ein Herr war hier! (Zuruf links: Schwabenstreich!)

Fauth: Die Unabhängigen wollen uns einen Vorwurf machen, daß wir bereit seien, eine solche Vorlage anzunehmen. Sie wissen anscheinend gar nicht, daß wir uns in ganz guter Gesellschaft befinden. Denn wenn wir deshalb keine Sozialdemokraten mehr sind, dann ist es die U. S. P. ebenfalls nicht mehr (Sehr richtig!) Die U. S. P. in Hamburg hat ebenfalls einer Vorlage zugestimmt, die 90000 ℳ gefordert hat für einen ähnlichen Zweck. Die Summe ist allerdings nicht so hoch, das tut aber nichts zur Sache; grundsätzlich ist es dasselbe. Die kommunistische Arbeiterzeitung in Hamburg hat das den U. S. übel vermerkt. Und die „Hamburger Volkszeitung" schreibt darauf, der Herr Präsident gestattet wohl, daß ich es verlese:

> „Wahr ist an dieser Sache, daß auch laut Friedensvertrag wir Militär in Hamburg dulden müssen. Nun werden wir vor die Frage gestellt, was das für Truppen sein sollen. Ehe wir nun landfremde Truppen hier herkommen lassen, deren Tätigkeit ja noch in aller Erinnerung ist — wir erinnern nur an die Bayern — geben wir doch lieber den Barenfeldern, unter denen sich viele Hamburger befinden, den Vorzug. Wir haben von den beiden Uebeln das beste gewählt, und zwar aus dem Grunde, weil wir wissen, daß diese Hamburger Truppen sich nicht so leicht zu einem monarchistischen Putsch, der von rechts kommt, gebrauchen lassen. Wir haben uns aber noch von anderen Gesichtspunkten leiten lassen, deren Erörterung wir im Interesse der Arbeiterbewegung doch lieber unterlassen wollen."

Also, wir befinden uns in ausgezeichneter Gesellschaft. Und wenn die Hamburger U. S. nicht mehr unabhängig sind, dann wollen auch wir die Sache hinnehmen, keine Sozialdemokraten mehr zu sein. Und wenn uns von den Leuten von links dann immer in philiströser Weise in die Schuhe geschoben wird, wir hätten den Militarismus gerufen, so möchte ich doch noch einmal darauf aufmerksam machen, daß der Rat der Volksbeauftragten in Berlin seinerzeit keine militärische Macht hinter sich hatte. Und als die U. S. aus der Regierung in Berlin ausgeschieden waren, da hat es Eichhorn sofort unternommen, eine militärische Macht für sich zu schaffen, eine sogenannte Nebenregierung. Und regen Sie sich nicht so sehr darüber auf, wo die Deckung herkommt für diese Vorlage. Wir haben auch nicht gewußt, wo die Deckung hergekommen ist für diese Waffen, die Eichhorn und Konsorten in Berlin gekauft hat. Die Mittel sind aus ganz andern Quellen geflossen, und Sie haben alle Ursache, sie zu verschweigen. Wenn aber bei dieser Gelegenheit, bei Erwähnung der Sicherheitspolizei, wieder gesprochen wird von Stacheldrahtostern, so möchte ich doch einmal sagen, daß die U. S.-Fraktion in ihren Reihen Leute hat, die als Arbeitgeber den Stacheldraht schon ganz anderswo verwendet haben, damit ihre Arbeiter nicht so lange auf dem „stillen Ort" verweilen sollten. Wenn Herr Schmalfeldt behauptet hat, daß die Ordnungspolizei vollkommen alleine imstande sei, Ruhe zu schaffen, so frage ich, warum sich denn der damalige Rat der Volksbeauftragten eine solche Macht geschaffen hat. Sie strafen sich Lügen, Sie ohrfeigen sich selbst und wissen nicht wie. Herr Schmalfeldt hat ferner die Liebenswürdigkeit besessen, in kolossaler Weise zu übertreiben, indem er behauptet, in Berlin seien Tausende an die Wand gestellt worden. Aber Sie regen sich gar nicht darüber auf, wenn aus Rußland wieder eine Nachricht kommt, die der Kommunist sogar selbst veröffentlicht, daß ohne Gerichtsverfahren in Moskau 67 Mann an die Mauer gestellt worden sind, darunter auch Leute aus den bolschewistischen Kreisen. Darüber regen Sie sich nicht auf, das ist etwas ganz selbstverständliches, das man sich auf jener Seite erlauben darf. Und wenn wir eine Sicherheitstruppe schaffen wollen, um solche Morde zu verhindern, dann werden wir dafür angegriffen. Durch die Verhinderung solcher Morde leisten wir jedenfalls der Gesamtheit viel nützlicheres, als wenn wir die Zügel am Boden schleifen lassen. Dann hat Herr Schmalfeldt ferner gesagt, mit Herrn Bürgermeister Deichmann sei hier in Bremen kein einziger Alldeutscher einverstanden. Dieser Ausspruch kann Herrn Bürgermeister Deichmann in unsern Augen nur in die Höhe heben, aber nicht herabsetzen. Wenn also kein Alldeutscher mit Herrn Bürgermeister

Deichmann einverstanden ist, und wenn auch kein Unabhängiger mit ihm einverstanden ist, so ist das gut so, das wollen wir so haben. Bei jeder Gelegenheit wird von unabhängiger Seite gesagt, auch heute wieder, wir Sozialdemokraten seien es, die die Revolution an die Reaktion auslieferten. Herr Schmalfeldt hat aber im selben Atemzuge behauptet: wenn von rechts versucht werden sollte, eine Gegenrevolution anzuzetteln, dann sollten sie es nur versuchen, sie würden es aber nicht erreichen. Also auf der einen Seite erklärt man, wir lieferten die Revolution an die Reaktion aus, im selben Atemzuge wird behauptet, die Reaktion käme doch nicht durch. Und wir versichern, daß sie damit nicht durchkommt. Herr Schmalfeldt hat auch den 4. Februar angeschnitten und gemeint, der 4. Februar wäre nicht nötig gewesen. Und damit wollte er uns wieder die Schuld in die Schuhe schieben. Das haben Sie schon mehrmals versucht, und das werden Sie noch öfter versuchen; aber wenn Sie es noch hundertmal versuchen, es wird Ihnen doch nicht gelingen. Aber Ihr Grundsatz ist: verleumde nur zu! Dann ist von Herrn Faust in einer Art und Weise polemisiert worden, wie wir es gewohnt sind von der „Freiheit" in Berlin. Alles das, was man nicht ausdrücklich widerlegt, das wird dann als wahr unterstellt. Und wenn man damit nicht auskommt, dann unterschiebt man noch etwas anderes. Er hat Herrn Deichmann vorgeworfen, er hätte gesagt, daß die Sicherheitstruppe bestimmt sei, die bestehenden Zustände zu schützen. Herr Deichmann hat aber nichts von bestehenden Zuständen gesagt, sondern von der bestehenden Ordnung, und darunter verstehen wir die jetzige Regierung, die aus dem Willen der Volksmehrheit in Bremen hervorgegangen ist. (Zuruf: Das ist doch dasselbe!) Das ist nicht dasselbe! Wenn Sie das nicht unterscheiden können, dann müßten Sie sich eigentlich das Schulgeld zurückzahlen lassen. (Gelächter links.) Die Erhaltung der bestehenden Regierung bedeutet nicht die Erhaltung des Kapitalismus. Unter dieser bestehenden Regierung wird sich in wirtschaftlicher Hinsicht vieles ändern können, es wird sich sehr schnell ändern können, so schnell, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst es gestatten. Da brauchen Sie nur ihren Genossen Kautsky zu befragen, der wird Ihnen dasselbe sagen, der hat es schon viel präziser geschrieben. Aber trotzdem wissen Sie es noch immer nicht. (Waigand: Sie können ja auch nicht lesen!) Herr Faust hat ferner gesagt, wenn die Mehrheitssozialisten nicht umfielen, dann würde über kurz oder lang die Vorlage angenommen sein. Er hat ferner gemeint, wir machten eine Faust in der Tasche. Da ist Herr Faust im Irrtum, dazu haben wir wirklich keine Veranlassung. Ich kann hier nur wiederholen: dadurch, daß unsere Fraktion die Vorlage annimmt, und zwar einstimmig, beweisen wir, daß wir mehr Mut haben als die Unabhängigen. (Zurufe links: Beweise!) Sie rufen nach Beweisen. Nun gut, meine Damen und Herren, ich will den Beweis antreten. Im besetzten Gebiet kann man augenblicklich Bestrebungen entdecken, denen die U. S. gar nicht fern stehen, auf Abtrennung eines Teiles von dem deutschen Reichsgebiet. Die Mehrheitssozialisten im besetzten Gebiet sind auf das entschiedenste dagegen aufgetreten. Und so fand auch in Köln eine solche Versammlung statt, eine Versammlung der Mehrheitssozialisten am 2. Oktober. Und was haben da die unabhängigen Bonzen gemacht? Sie mußten vor die alliierte Militärkommission kommen, und dort haben sie einen Revers unterschrieben, der folgendermaßen lautet:

„Unterzeichnete Beauftragte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre Mitglieder davor zu warnen, die Versammlung der Mehrheitssozialisten am 2. Oktober zu besuchen."

Das ist Männerstolz vor Königsthronen. (Lachen links, Zurufe.) Unsere Parteigenossen sind im besetzten Gebiete von den Besatzungsbehörden verhaßt und werden verfolgt, und die U. S. werden gehätschelt. (Hört! Hört! Lebhafte Zwischenrufe. Erregung im Hause.) Herr Faust hat ferner gesagt, für diese Zwecke wären 7½ Millionen da, aber im Anschlusse daran hat er recht liebenswürdig mit sämtlichen bremischen Beamten poussiert und hat erklärt, den Kriegsinvaliden, den Beamten usw. gewährt man nichts. Hierzu ist denn doch etwas zu sagen. In bezug auf die Kriegsinvaliden: ich will nicht sagen, daß sie auf Rosen gebettet sind, aber Bremen marschiert an der Spitze sämtlicher deutscher Städte. In bezug auf die Beamten hat ebenfalls der bremische Staat sein Möglichstes getan, und jetzt wird am 1. November oder im Laufe des November der Rest ausbezahlt, was die hiesigen Beamten den Reichsbeamten nachstehen. Einmal sind 6½ Millionen ausbezahlt worden, und der Rest, das sind noch einmal 6½ Millionen, also 13 Millionen, das ist wahrhaftig kein Pappenstiel! Dann ist noch der Vorwurf erhoben worden, daß bei der Anstellung der Sicherheitspolizei in unzulässiger Weise gesiebt würde. Das werden Sie uns nicht verdenken, wenn wir wissen wollen, wen wir in die Sicherheitspolizei aufnehmen. Wir befinden uns wieder in guter Gesellschaft. Auch Sie haben seinerzeit gesiebt. Sie haben uns Mehrheitssozialdemokraten nicht aufgenommen. Bei Ihnen brauchte man allerdings keinen Fragebogen auszufüllen, es genügte, wenn man sich ein Mitgliedsbuch kaufte von der U. S. P. oder der J. K. P. D. Wenn derselbe in seinem Innersten auch ein Verbrecher war, er wurde doch aufgenommen. (Unruhe. Der Präsident bittet um Ruhe.) Ihr Frasunkiewicz war es, der es einmal im Rate der Volksbeauftragten feststellte, daß unter den bewaffneten Arbeitern sich ein Raubgesindel befände. (Zuruf links: Was haben Sie denn jetzt?) Ferner ist gesagt, es wären von den U. S. keine Leute beteiligt gewesen, als wir so geschurigelt worden sind. Ich weiß nicht, was man darauf sagen soll? Schon oft ist festgenagelt worden, daß Ihre Leute dabei waren.

Im Gewerkschaftshause, als in unserem Bureau der Metallarbeiter uns die Schlüssel abgenommen worden sind, war Ihr Braukmüller dabei, weil Sie gerade Namen wissen wollten, wollte ich sie Ihnen sagen. Ihre Leute haben alles mit den Kommunisten mitgemacht, sie sind mit Ihnen durch dick und dünn gegangen und Sie tragen mit die Verantwortung für das, was damals geschehen ist. Nun ist gesagt von den U. S., die Regierung soll einmal den Anfang machen, sie sollte beweisen, daß sie keine Gewalt mehr anwenden will, — ja, das ist etwas viel verlangt. Die Regierung soll vollständig entblößt werden von jeder Gewalt, und nachher würden die U. S. sagen, geht weg, wir setzen uns dahin! Dann hätten Sie ein leichtes Spiel. Für so dumm dürfen Sie uns nicht halten! (Zuruf: Für noch dümmer!) Es ist eine Selbstverständlichkeit, und wir brauchen darum nicht gebeten zu werden, daß wir dieser Vorlage zustimmen. Es ist ebenfalls selbstverständlich, daß wir die beiden Anträge von Herrn Hormann und Wenhold annehmen, und ferner spreche ich ebenfalls den Wunsch aus, das, was mein Freund Klenke und Deichmann gesagt haben in bezug auf die allgemeine Regelung der Beamtengehälter, daß es unbedingt so schnell als möglich in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden. Angeschrieben zum Wort sind noch die Herren Hagedorn, Schelter, Sommer, Bietschel, Lindau.
Der Schluß wird genügend unterstützt.

Gegen den Schluß Hagedorn: Ich bin als nächster Redner angeschrieben, und wie Sie wissen, gehöre ich dem Haushaltungsausschuß an und möchte deshalb noch einige Ausführungen machen. Im übrigen liegt es so, daß, nachdem Herr Wenhold und Faust eine Hetzrede gehalten haben gegen uns, — — —

Präsident: Sie wollen nur gegen den Schluß reden.

Hagedorn: die alles mehr ist als Wahrheit, (Glocke. Präsident: Ich möchte bitten, sich in diesen Ausdrücken doch zu mäßigen) müssen wir uns auf das entschiedendste dagegen verwahren, daß jetzt der Schluß beliebt wird, und ein Betrag von über 7½ Millionen Mark ohne genügende Prüfung heute bewilligt werden soll, also ohne weitere Deckung und uns nun ohne weitere Debatte das Wort entzogen wird.

Lindau gegen den Schluß: Die Vorlage, die uns heute zugeht, fordert 15 Millionen Mark. Ich habe ausgerechnet, daß das dem bremischen Staate 41 100 ℳ täglich kosten würde. Ich bitte, bei der Dringlichkeit der Sache, 41 000 ℳ täglich auszugeben, den Schluß noch nicht zu belieben. Ich müßte sonst beantragen, daß der uns vorliegende Antrag zurückverwiesen wird an den Senat. Es ist ferner gesagt, die ganzen Schutzleute, wie von Herrn Deichmann und den Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten gesagt worden ist, seien einverstanden — — —

Präsident: Sie haben gegen den Schluß zu sprechen.

Lindau: Ich spreche gegen den Schluß, um die Gruppe der Polizeibeamten zu Worte kommen zu lassen, ich spreche gegen den Schluß, weil ich weiß, daß man in den Kreisen der Polizeibeamten mit der Vorlage nicht einverstanden ist. Ich spreche gegen den Schluß, weil ich weiß, daß man Herrn Becker, als Vertreter der Polizeibeamten mundtot gemacht hat. Und ich spreche gegen den Schluß, um Gelegenheit zu geben, daß die Vertreter der Polizei ihre Ansicht über die neue Sicherheitspolizei geben sollen.

Präsident: Ich kann das nicht zulassen; Sie halten eine komplette Rede.

Lindau: Ich bin mir nicht bewußt, eine Rede zu halten. Ich spreche nur gegen den Schluß und will versuchen, darzulegen, warum ich gegen den Schluß bin. Wenn ich gesagt habe, unsere bisherige Polizei, zu der wir heute vollstes Vertrauen haben, von der ich weiß, daß die gesamte Bevölkerung zu ihr Vertrauen hat — — —

Präsident: Ich lasse diese Ausführungen nicht zu.

Lindau: Ich spreche gegen den Schluß, weil weite Kreise der Bevölkerung gegen die Sicherheitspolizei sind. Ich spreche gegen den Schluß, weil ich Sie ersuchen möchte und zur Geschäftsordnung den Antrag stellen möchte, diese Vorlage an den Senat zurückzuverweisen, um uns mit gründlichem authentischen Material zu kommen. Herr Deichmann hat erklärt, die Unterhandlungen mit der Berliner Regierung seien noch in der Schwebe. Wenn das der Fall ist, müssen Sie unsere Reden hören, bei einer Vorlage, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist, die Ihnen beweisen werden, daß eine Vorlage, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist innerhalb der maßgebenden Behörden, nicht in Bausch und Bogen angenommen werden kann. Ich bitte, lehnen Sie den Schluß ab, auch aus dem Grunde, weil wir dadurch eine tägliche Ausgabe von 41 000 ℳ haben für eine Sache — — —

Präsident: Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

Waigand (M.-S.) für den Schluß: Herr Präsident! Wir sind ganz entschieden dafür, daß jeder seine Meinung äußern kann, aber ich glaube, daß auch genügend Gelegenheit dazu gegeben worden ist. Die Partei der U. S. hat durch zwei Redner alles Material, was gegen die Vorlage spricht, gebracht. Wenn Sie glauben, daß das nicht geschehen ist, stellen Sie selbst Ihren Rednern ein Armutszeugnis aus. Wir sind für den Schluß der Debatte, weil wir glauben, daß die Meinungen

geklärt sind. Hätte ich in früherer Zeit einmal Gelegenheit gehabt, Ihnen zu sagen, was Sie uns heute sagen dürfen, als Sie noch das Heft in Händen hatten, und wir mundtot gemacht wurden, — — — (Präsident: Nur für den Schluß!) wenn Sie heute die Debatte verfolgt haben, müssen Sie zugestehen, daß jede Partei Gelegenheit gehabt hat, das zu sagen, was notwendig war ihrer Anschauung nach, und deshalb bitte ich Sie, im Interesse der Geschäftsordnung, daß Schluß der Debatte beliebt wird.

Sommer (U. S.) gegen den Schluß: Ich bitte, nicht den Schluß zu belieben. Herr Deichmann hat bei der Begründuug der Vorlage hingewiesen, daß die Sabotage noch nie so groß gewesen sei wie jetzt, und deshalb müßten wir die Polizeitruppe haben. Die Frage, wie die Sabotage mit der Sicherheitspolizei verhindert werden soll, interessiert mich als Gewerkschaftssekretär ganz besonders, und deshalb möchte ich verschiedene Anfragen stellen. Ich kann mir nicht denken, daß die Polizei anders als mit Gummiknüppeln und Revolvern die Arbeiter zur Arbeit bringen soll. (Glocke.) Meine Freunde — — — (Unruhe, Glocke. Präsident: Ich kann diese Ausführungen nicht zulassen), ich spreche gegen den Schluß und sage, es kann kein Schluß beliebt werden, weil die Frage auftaucht, inwieweit diese neue Truppe dienen soll, um die Sabotage zu verhindern.

Präsident: Herr Rietschel, ich kann Ihnen das Wort gegen den Schluß nicht erteilen, es haben schon drei Redner gegen den Schluß gesprochen.

Zur Geschäftsordnung Rietschel: Ich möchte bitten, diese Debatte weiter fortzusetzen aus dem einfachen Grunde — — — (Glocke.)

Präsident: Ich kann diese Ausführungen nicht zulassen.

Rietschel: Ich muß irgend eine Handhabe haben — — —

Präsident: Ich entziehe Ihnen das Wort. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Schluß der Debatte wird angenommen. (Pfuirufe bei den U. S.)

Präsident: Es ist namentliche Abstimmung über die Hauptvorlage des Senats beantragt, nicht über den Antrag Hormann und den Zusatzantrag Wenhold. Wir können vorweg konstatieren, ob namentliche Abstimmung beliebt wird.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird angenommen.

Der Zusatzantrag Hormann wird angenommen, ebenso der Antrag Wenhold, unter III 1 hinter „Verwendung" die Worte „zur Verfügung der Finanzdeputation" einzuschalten.

Zur Geschäftsordnung

Hagedorn (U. S.): Herr Lindau hat den Antrag gestellt, im Falle der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wird, daß dann die Vorlage wieder an den Senat zur genaueren Prüfung zurückgewiesen werden soll, damit über die Richtlinien und über alles das, was in der Begründung fehlt, ein Bericht eingefordert wird. Ueber diesen Antrag muß zunächst abgestimmt werden.

Präsident: Es ist kein Antrag, wenn gesagt wird, die Sache muß zurückgestellt werden. Herr Lindau hat gegen den Schluß gesprochen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich bitte die Damen und Herren die für die Anträge des Senats sind, mit „Ja", die gegen die Anträge sind, mit „Nein" zu antworten.

Es stimmen mit „Ja":

Adam, Karl
Allerheiligen, Diedrich
Bahnson, Minna
Bardenheuer, Rita
Becké, Waldemar
Bensmann, Hermann
Blanke, Heinr.
Blase, Wilh.
Blome, Christian
Bode, Pastor
Borsch, Ludwig
Brasch, Hermann
Buchholz, Wilhelm
Busse, Max
Christians, L.
Degenhardt, Ernst
Diekmann, Ernst
Dietz, Prof Dr.
Donath, Hans
Dünnemann, Heinrich
Eckermanns, Heinrich
Fanger, Gustav
Fauth, Gottlieb
Francke, Fritz
Fricke, Joh.
Garves, Friedrich
Gefken, Heinr.
Gildemeister, Alfred, Dr. jur.
Harmening, August
Hedler, Bernhard
Heinzler, Bernhard
Henrici, Ernst
Hobelmann, Gustav
Hollenberg, Wilhelm
Hormann, Hinrich
Hüneke, Heinr.
Jahn, Max
Jensen, Elise
Jung, Emil
Junge, Joh. Herm.
Jungmittag, Clara
Karkmeyer, Carsten
Karrenberg, Carl
Klemann, Wilhelm
Klenke, Friedrich
Klocke, Wilhelm Heinrich
Knief, Heinrich
Knop, Willy
Koch, Luise
Köhler, Diedrich
Kruse, Johann
Kunoth, Georg
Lauts, Johann
Lunkewitz, Alwin
Mannier, Hinrich
Marburg, Emil
Massolle, Wilhelm
Matthias, Werner
Meenzen, Johann
Meinert, Adolf
Meschkat, Hermann
Mester, Hermann
Meier, Herm.
Meyer, H. S.
Momber, Bruno
Niebuhr, Heinr.
Ohm, Karl
Pieper, Wilhelm

Plate, Mathilde
Preußner, Max
Rhein, Hermann
Rieke sen., Bernhard
Rodewald, Verena, Dr. phil.
Rösing, Johannes
Roßmann, Bernhard, Dr.
Schauerte, Heinrich
Schelter, Wilh.
Schindelhauer, Wilh.
Schneider, Jakob
Schröder, Wilh.
Stampe, August
Steding, Hermann
Steffen, Heinr.
Stichnath, Carl
Stözen, Friedrich
Stützer, Hugo
Tegtmeier, Wilhelm
Thatje, Louis
Tiedermann, Heinr.
Tjaden, Hermann, Dr. med.
Wahnschaffe, Paul
Waigand, Ludwig
Walsemann, Carl
Warncke, Heinrich
Wenhold, Hermann
Wiechmann, Hermann
Willig, Andr.
Winkelmann, Carl
Wulf, Georg

Es stimmen mit „Nein“:

Amelung, Friedrich
Asendorf, Hermann
Böttger, Carl
Bullwinkel, Wilhelm
Chrapkowski, Max
Drettmann, Johann
Fangmann, Joh. Heinrich
Faust, Alfred
Frank, Friedrich
Fritsch, Burchard
Götze, Albert
Hagedorn, August
Harms, Joachim
Herz, Wilhelm
Heuer, Georg
Heuers, Fritz
Husmann, Adolf
Husmann, Friedrich
Kaspar, Erich
Kerrl, Alwin
Klawitter, Carl
Kühl, Jürgen
Lindau, Otto
Lübkemann, Heinrich
Lücke, Carl
Lüdeking, Hans
Ludewig, Johann
Meyer, Bernhard
Rietschel, Hermann
Rogge, Karl
Scharke, Hermine
Schmalfeldt, Heinrich
Schmidt, Wilhelm
Schulze, Hermann
Sommer, Emil
Stiegler, Anna

Abwesend waren:

Achelis, Ed.
Becker, Wilh.
de Beek, Wilhelm
Behle, Karl
Böhmert, Wilh., Dr.
Borchers, Robert
Bormann, Friedr.
Bußmann, Joh.
Borgmann, A.
Cordes, Johannes
Deichmann, Karl
Depken, Johann
Dibjik, Friedr.
Dotzler, Johann
Dunkel, Richard
Gerberding, Eduard
Groll, Bernhard
Hagemeyer, J. F.
Harder, Hanna
Hasselbach, Caroline
Heineken, Agnes
Henke, Alfred
Herckſen, Wilh.
Hertel, Carl, Dr. jur.
Hinners, Hinrich
Hoskamp, Georg
Kirchmeyer, Conrad
Künkler, R., Dr. jur.
Kuse, Otto
Lampe, J.
Leymann, Wilhelm
Madrin, Georg
Maus, Karl
May, Franz
Möhring, Henny
Ruckstuhl, Joh.
Sattler, Meta
Schauerte, Heinrich
Scheide, Carl
Schelb, Heinr., Dr. med.
Schlüter, Ludwig
Schönfeld, Kurt
Schurig, Gottfried
Spindler, Emil
Stallmann, Louis
Strube, Dr. A.
Thiele, Minna
Vinnen, Adolf
Vögeding, Karl
Wagner, Wilhelm
Wahl, Hugo
Wellmann, Joh.
Wilckens, Bernh. Joh. Dr. jur.

Das Alphabet wird wiederholt.

Es meldet sich noch Herr Kerrl.

Präsident: Herr Kerrl, Sie hatten bereits abgestimmt und zwar mit „Nein“.

Die Anträge sind mit 100 gegen 36 Stimmen angenommen.

### 3. Gewährung einer Rente an den früheren Waisenhausverwalter Albert Brandt.

Schmalfeldt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um einen Mann, der einer der tüchtigsten und besten Beamten gewesen ist, die Bremerhaven als Waisenvater gehabt hat. Er hatte das allgemeine Vertrauen vom Stadtdirektor herab bis zum letzten Stadtverordneten. Er war ein Waisenvater, wie er sein soll. Die Kinder hingen mit kindlicher Liebe an ihrem Waisenvater. Die Ausflüge, die er mit den Kindern machte, konnten in Wirklichkeit als Musterausflüge gelten. Es lag nicht das mindeste gegen den Mann vor, auch gegen die Frau nicht. Die Frau war ebenfalls eine Waisenmutter, wie wir sie vordem nicht gehabt haben und wie wir sie vielleicht auch nicht wieder bekommen werden. Im Jahre 1901 wurde er beschuldigt, daß er zweimal ein Sittlichkeitsattentat an einem der Waisenkinder verübt haben sollte. Es war damals noch Herr Stadtdirektor Hagemann in Bremerhaven im Amte. Vom Stadtdirektor herunter bis zum letzten Stadtverordneten ist der Spruch des Gerichts als ein Fehlspruch bezeichnet worden. Nach allgemeiner Ansicht ist hier ein Fehlurteil erfolgt. Es handelte sich um ein Mädchen, das an und für sich ziemlich verwahrlost war, und war schon aus diesem Grunde die Aussage des Kindes mit Vorsicht aufzunehmen. Denn Aussagen von Kindern sind wenig glaubwürdig und führen wie bekannt häufig zu Fehlurteilen. Trotzdem hat das Gericht Brandt zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Das ist ein sehr schweres Urteil, das allgemein Staunen erregte, weil man allgemein den Mann als völlig unschuldig bezeichnete. Er mußte die Strafe absitzen und kam seelisch und körperlich gebrochen aus dem

Zuchthaus heraus. Einem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde nicht stattgegeben. Der Mann war arbeitsunfähig, und wäre er nicht von seinen Kindern unterstützt, dann wäre er völlig zu Grunde gegangen. Er konnte sich nur hochhalten in dem Bewußtsein, daß endlich doch seine Unschuld an den Tag kommen werde. Endlich wurde seinem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben. Das neue Urteil sagte, daß seine gänzliche Unschuld nicht festgestellt werden könne. Ich habe die Akten gelesen und sie außerordentlich vorsichtig durchgelesen. Ich habe nicht gefunden, daß darin ein einziges Wort steht, daß auch nur den Schein der Schuld auf ihn werfen könnte. Das Einzige war, daß das Mädchen, von dem früher die Denunziation gegen ihn ausgegangen war, schon zur Zeit geistesgestört oder wie es heißt, nicht normal war, jetzt aber in einer Weise geistesgestört war, daß es nicht mehr vernehmungsfähig war. Das ist der Grund, weshalb er nicht vollständig freigesprochen ist. Brandt wurde bei seinem Bemühen, seine Pensionierung zu erlangen, immer gesagt, das sei nicht Sache Bremerhavens, sondern des Staates, und so wurde er von einem zum andern verwiesen. Jetzt endlich wird beantragt, ihm eine Rente zuzubilligen, und ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen, da es sich um einen Mann handelt, der völlig schuldlos ist. (Beifall.)

Der Antrag wird angenommen.

### 4. Einfriedigung am Waller Friedhof.

Der Antrag wird angenommen.

### 5. Erweiterungsbau der Fortbildungsschule an der Weserbahn.

Der Antrag wird angenommen.

### 6. Beihilfe für den Bremer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Hormann (D.): Die Budgetkommission hat an sich nichts gegen die Bewilligung der 50 000 ℳ. Die Bewilligung darf aber nicht geschehen auf das Budget für das Gesundheitswesen, sondern, weil es sich um einen einmaligen Zuschuß handelt, auf das Budget der Außerordentlichen Ausgaben, II, Vermischte Ausgaben. Sie beantragt das.

Professor Dr. Tjaden: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bremische Verein zur Bekämpfung der Tuberlulose hat mehr als 20 Jahre außerordentlich segensreiche Arbeit getan und nicht wenig dazu beigetragen, die große Sterblichkeit an Tuberkulose herabzumindern. Er hat eine Heilstätte in Bad Rehburg unterhalten und eine eigene Fürsorgestelle in Bremen mit der Tageserholungsstätte bei Kattenturm. Leider sind die Beiträge von privater Seite in der letzten Zeit zurückgegangen, so daß der Verein auf eine Staatshilfe angewiesen ist. Hoffentlich fließen die freiwilligen Beiträge in Zukunft wieder reichhaltiger. Ueber den in der Vorlage gestellten Antrag brauche ich kein Wort zu äußern. Derartige Bestrebungen zu unterstützen, ist notwendig, und ich bitte Sie, die Vorlage anzunehmen.

Frau Scharke (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme im Namen meiner Fraktion der Vorlage zu. Wir können aber nicht umhin, zu erklären, daß wir unsern grundsätzlichen Standpunkt hinsichtlich der sozialen Fürsorge durch private Wohltätigkeit immer wieder betonen müssen. Solche Institutionen müssen mit der Zeit in die Hände des Staates übergehen.

Der Antrag wird angenommen.

### 7. Nachbewilligung für das Stadttheater.

Hormann (D.): Die Budgetkommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

## Mitteilung des Senats vom 23. Sept. 1919:

### 1. Budget für das Rechnungsjahr 1919.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir können uns den Gründen, die die Polizeidirektion für die Wiedereinsetzung der gestrichenen Stellen anführt, nicht verschließen. Wir haben aber geglaubt, daß die Budgetkommission beantragen würde, daß, wenn an die Stelle des geforderten vierten Regierungsrats der Regierungsrat der Deputation für Häfen und Eisenbahnen treten würde, der jetzt für diese Stelle abkommandiert ist, die Stelle bei der Deputation für Häfen und Eisenbahnen zu streichen. Weil das von der Budgetkommission nicht geschehen ist, möchte ich den Antrag stellen.

Professor Dr. Tjaden: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat gegen diese Forderung Bedenken, sachliche Bedenken, weil wir der Meinung sind, daß die Erledigung aller Wohlfahrtsangelegenheiten nicht Aufgabe der Polizei sein kann. Ich stehe damit im Widerspruch zu Frau Scharke, die bei einer anderen Gelegenheit vorhin ausgeführt hat — bei der Tuberkulosenfürsorge — daß solche Fragen von Staatswegen geregelt werden

müßten. Ich bin grundsätzlich anderer Meinung, daß nämlich ohne die Mitwirkung der breitesten Bevölkerungsschichten nicht das zu erreichen ist, was wir wünschen. Ich möchte auf die Vereine für Körperpflege verweisen, die wir auch in Zukunft nicht entbehren können, und ich würde es für sehr bedenklich halten, wenn man dies alles von Staatswegen reglementieren wollte. Die Erledigung dieser vorbezeichneten Aufgaben ist nicht Sache der Polizei, sondern der Gesundheitsbehörden. Wenn der Antrag angenommen wird, wird die Sache so laufen, daß die Aufgaben von zwei Stellen gelöst werden, einmal durch die Polizei und zweitens durch die Deputation für das Gesundheitswesen, wohin sie gehören. Die Deputation für das Gesundheitswesen hat der Nationalversammlung zu berichten. Wenn die Regelung durch die Polizei erfolgt, hat die Nationalversammlung darauf außerordentlich wenig Einfluß, während sie durch ihre Mitglieder in der Deputation für das Gesundheitswesen genügenden Einfluß ausüben kann.

Meine Damen und Herren! Wenn der Säuglingsschutz bei der einen Stelle bearbeitet wird, die Schwangerenfürsorge anderswo, die Kleinkinderfürsorge und die Schulkinderfürsorge wieder wo anders, dann gibt das ein Durcheinander-, ein Nebeneinander- und ein Gegeneinanderarbeiten, das der Sache nicht dienlich ist. Wir meinen, daß die gesamte Gesundheitspflege an einer Stelle bearbeitet werden muß, sei es hier, sei es da. Aus diesem Grunde sind wir gegen den Vorschlag. Und in demselben Augenblick, in dem Sie eine Kommission einsetzen zur Vereinfachung des Geschäftsganges, in demselben Augenblick, in dem Sie eine andere Kommission einsetzen, um ein Volkswohlfahrsamt zu gründen, dessen wesentlichste Aufgabe doch sein wird, sich mit der Volksgesundheit zu befassen, sollten Sie dieser Vorlage nicht zustimmen, die die Tätigkeit dieser beiden Kommissionen hemmt, denn es wird später sehr schwierig sein, einen Abbau vorzunehmen, wenn einmal die Bewilligung ausgesprochen ist.

Es wird nun gesagt: wir wollen die Aufgaben gar nicht so weit fassen. Es ist dem Herrn Referenten des Medizinalamts in der Deputation für das Gesundheitswesen das merkwürdige Wort entschlüpft, daß er diesen Aufgabenkreis an irgend einer Stelle in der Eile abgeschrieben habe. Ich meine, wenn man als Dezernent eine solche Vorlage entwirft, dann muß man sich ernstlich klar sein über das, was die Aufgabe des Amtes ist, das scheint aber nicht der Fall gewesen zu sein.

Es ist eingewendet worden, es sei augenblicklich eine Notlage vorhanden, die Beamten seien nötig, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. So liegt es aber nicht. Wie Sie gehört haben, ist der betreffende Regierungsrat bereits vorhanden, er wird in dem Budget für Häfen und Eisenbahnen geführt. Was für ein Grund liegt denn vor, daß dieses Verhältnis nicht weiter bestehen bleiben soll? Ein weiteres Moment ist, daß jetzt ein Polizeiinspektor angestellt wird, und zwar mit der Begründung, weil der Dezernent nicht Zeit hat, die Arbeiten zu erledigen, weil er sich größeren organisatorischen Arbeiten widmen muß. Das bedeutet doch nichts anderes, als daß diese organisatorischen Aufgaben ausgeführt werden sollen von einer Stelle, die der Deputation für das Gesundheitswesen nicht untersteht. Wenn man der Ansicht ist, daß die Deputation für das Gesundheitswesen der eigentliche Träger der staatlichen Maßnahmen in der Gesundheitspflege ist, dann kann man diese Vorlage nicht genehmigen. Es ist die Forderung der gesamten Aerzteschaft ganz Deutschlands, daß für diese Arbeiten ein Sachverständiger an leitender Stelle steht. Bei den Mehrheitssozialisten ist es recht auffällig, daß in demselben Augenblick, wo sie beantragen, daß bei der Baupolizei ein Fachmann an die Spitze kommen soll, sie beim Gesundheitswesen einen Juristen an die Spitze haben wollen. Das ist ein Widerspruch, der nur dadurch veranlaßt sein kann, daß man die Zusammenhänge übersehen hat. Man wird sagen, daß man ohne Juristen in dieser Materie nicht auskomme. Demgegenüber steht die Erfahrung, daß man in einer ganzen Reihe deutscher Städte ohne Polizei und ohne Juristen gut ausgekommen ist, und zum Teil besser geleitet hat als hier. Ich glaube, wenn Sie die Vorlage noch einmal prüfen und vor allem die gesundheitlichen Rücksichten in den Vordergrund rücken, daß Sie dann anderen Sinnes werden. Ich beantrage

> die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission zur Beratung der Vereinheitlichung der Geschäfte und an die Kommission zur Gründung eines Volkswohlfahrtsamtes, damit diese Kommissionen die Vorlage nach der Richtung prüfen, daß wir zu einem einheitlichen Gesundheitswesen kommen.

So läßt sich rasch Klarheit schaffen, und zwar deshalb, weil in zahlreichen deutschen Großstädten Vorbilder bestehen. Wir verzögern sachlich dadurch gar nichts und versperren den Kommissionen in keiner Weise den Weg. (Präsident: Selbstverständlich nur den ersten Punkt des Antrages?) Jawohl.

Bürgermeister Deichmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier, wie wir bereits aus den Ausführungen des Herrn Professors Tjaden erfahren haben, um eine heiß umstrittene Frage, heiß umstritten insofern, als man glaubte, wenigstens die Berechtigung zu der Annahme zu haben, daß, wenn diese beiden Stellen von der Nationalversammlung bewilligt werden, damit eine Verbauung des in Aussicht genommenen Volkswohlfahrtsamtes geschaffen werde. Diese Anschauung ist meines Erachtens nicht richtig; ich wenigstens muß von meinem Standpunkt aus diese Anschauung be-

kämpfen. Es steht einer Verwirklichung des Wohlfahrtsamtes durchaus nicht im Wege, wenn diese beiden Stellen besetzt werden. Zunächst wissen wir noch gar nicht, wann dieses Volkswohlfahrtsamt eingerichtet werden kann. Darüber können unter Umständen noch eine ganze Reihe von Monaten ins Land gehen, und während dieser Zeit dürfen wir unter keinen Umständen das Medizinalamt in diesem verwaisten Zustande, wie es gewünscht wird, lassen. Es ist notwendig, daß diese beiden Stellen besetzt werden, um die Aufgaben, die dem Medizinalamt bisher gestellt sind, erfüllen zu können. Im übrigen kommt in Betracht, daß eigentlich die Stelle des umstrittenen Regierungsrats bereits seit Jahrzehnten vorhanden gewesen ist, und zwar mit einem juristisch vorgebildeten Verwaltungsbeamten. Wir müssen uns einmal die Besetzung des Medizinalamts anschauen. Außer der Besetzung dieser beiden Stellen wären dann nur vorhanden ein Bureauvorsteher, fünf Kanzlisten bezw. Kanzleigehilfen bezw. Schreiber, acht Gesundheitsaufseher, zwei Fürsorgerinnen, außerdem noch der Kreisarzt mit zwei Schreibhilfen und einer Laborantin. Wenn also das Medizinalamt in diesem Zustande aufrecht erhalten werden soll, wird es nicht in der Lage sein, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Sehen wir uns einmal an, welche Aufgaben im allgemeinen vom Medizinalamt erfüllt werden sollen. Auf Seite 460 der Vorlage steht:

> Seit langer Zeit hält das Medizinalamt eine verschärfte Ueberwachung des Nahrungsmittelverkehrs, insbesondere aber des Milchverkehrs für dringend erforderlich; seit langem drängt auch die Lebensmittelkommission gerade auf eine verschärfte Milchüberwachung, da die gesunkene Moral zahlreicher Milcherzeuger und -Händler sehr bedauerliche Zustände im Milchverkehr mit sich bringt, denen nur durch scharfe Ueberwachung und strenges Einschreiten begegnet werden kann. Wenn nun zu diesen Zwecken dem Medizinalamt zwar zwei weitere Gesundheitsaufseher, deren Zahl künftig noch zu vermehren sein wird, zugebilligt worden sind, so ist dies doch eine sehr unzulängliche Maßnahme, solange auf der anderen Seite im Innendienst keine ausreichenden Kräfte vorhanden sind, um die Feststellungen der Außenbeamten, die Gutachten der Untersuchungsanstalten, die Aussagen der Beschuldigten, die Bekundungen der Zeugen und Sachverständigen usw. zu bearbeiten, den Akteninhalt zu prüfen und zu sichten und dann die erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen. Die vermehrte Tätigkeit im Außendienst muß vielmehr auch eine vermehrte und vertiefte Tätigkeit des Innendienstes zur Folge haben, wenn der mit jener erstrebte Zweck erreicht werden soll.

Meine Damen und Herren! Soll — ich betone das nochmals — das Medizinalamt gerade insbesondere der Lebensmittelfälschung mit Erfolg auf den Leib rücken, dann dürfen wir nicht allein Beamte im Außendienst haben, sondern auch ein paar Beamte, die im Innendienst die Vorgänge bearbeiten und ihr auf den Grund gehen, die dafür sorgen, daß den Fälschern das Handwerk gelegt wird. Wer ein Interesse daran hat, daß hier mehr geschehen muß, der muß sich für die Vorlage erklären. Im übrigen erkläre ich nochmals: wenn diese Stellen besetzt werden, so steht dem durchaus nichts im Wege, wenn später ein allgemeines Volkswohlfahrtsamt errichtet wird. Wenn unsere Beratungen hier ergeben sollten, daß wir zu einem allgemeinen Volkswohlfahrtsamt kommen müssen, dann wird niemand vorhanden sein, der sich dem widersetzt. Aber eins möchte ich doch gesagt haben: so schön auch ein allgemeines Volkswohlfahrtsamt gedacht sein mag, einen vollen Erfolg wird es nur haben, wenn wir die Polizei dabei haben, ohne diese wird es nur halb befriedigen und nur halbe Erfolge erreichen können. Es muß endlich dafür gesorgt werden, daß die heiß umstrittene Frage erledigt wird, denn dadurch wird dazu beigetragen, daß den Lebensmittelfälschern auf den Leib gerückt werden kann.

Hormann (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe seitens der Budgetkommission mitzuteilen, daß sie in ihrer Mehrheit der Vorlage zugestimmt hat. Die Stimmung war allerdings sehr verschieden; die Vorlage fand auch erheblichen Widerspruch, und zwar deshalb, weil höchstwahrscheinlich die Stelle eines Polizeipräsidenten auch mit einem Juristen besetzt werden wird und die Minderheit deshalb glaubte, abwarten zu sollen, wie es damit werden würde. Ferner hat die Minderheit geglaubt, daß die fünfte Polizeiinspektorstelle aus den von Herrn Professor Tjaden angeführten Gründen nicht besetzt werden sollte.

Präsident: Herr Hormann, ich möchte fragen: wie stellen Sie sich denn für die Budgetkommission zu der Frage, daß im Spezialbudget für Häfen und Eisenbahnen der Regierungsrat gestrichen werden soll?

Hormann: Wenn der Regierungsrat von der Deputation für Häfen und Eisenbahnen herübergenommen werden soll, dann ist es selbstverständlich, daß er im Budget für Häfen und Eisenbahnen gestrichen werden muß.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion ist nicht der Meinung, daß es ein idealer Zustand ist, daß ein Teil der sozialen Maßnahmen bei der Polizei liegt. Aber weil die Kommission wegen der Neuordnung der Verwaltung demnächst doch nicht dazu kommen wird, wie auch die Kommission wegen Errichtung eines Wohlfahrtsamtes in der nächsten Zeit nicht mit einem Berichte an uns herantreten wird, der die Verwaltung ändern

wird, als auch die Gründung eines Wohlfahrtsamtes beantragen wird, sind wir der Meinung, daß wir die verschärften Maßnahmen, die Herr Deichmann erwähnte in bezug auf die Lebensmittelfälschungen, nicht daran scheitern lassen wollen, daß wir an dieser Stelle knausern. Es würde den Eindruck machen, als läge uns nichts daran, den Lebensmittelfälschern und den Milchplanschern energisch zu Leibe zu rücken. Aus dem Grunde stimmen wir der Vorlage zu. Im übrigen meine ich, daß der heiße Kampf, der um diese Stelle entbrannt ist, wie Herr Deichmann sich ausdrückte, in persönlichen Motiven und letzten Endes in einem Streit zwischen den einzelnen Fakultäten der Akademie liegt. In diesen Streit wollen wir uns nicht einmischen. Ich bitte Sie, zuzustimmen.

Präsident: Ich darf annehmen, Ihr Antrag ist damit hinfällig, wenn der Herr nach der Erklärung des Herrn Hormann aus der Deputation für die Häfen und Eisenbahnen genommen wird.

Schmidt: Die Stelle muß gestrichen werden. Sie würde sonst im Budget für Häfen und Eisenbahnen vorhanden sein und ohne weiteres besetzt werden können.

Blanke (M.-S.): Auf Beschluß der Nationalversammlung hat sich die Deputation für das Gesundheitswesen eingehend mit dieser Vorlage befaßt und ist nach ausführlicher Beratung dahin gekommen, daß diese Stellen zu besetzen sind. Von Interesse ist, wenn ich Ihnen mitteile, daß in der Deputation nur Professor Tjaden und Frau Bahnson gegen diese Vorlage waren; selbst der Parteifreund des Herrn Professor Tjaden, Dr. Schelb, war für diese Vorlage. Aus 20jähriger Erfahrung kenne ich die Tätigkeit des Medizinalamtes und kann sagen, daß der polizeiliche Charakter dieser Beamten immer mehr verschwunden ist. Die Beamten tragen Zivil und befassen sich mit Angelegenheiten, die mit der Exekutive in engem Zusammenhange stehen. Wenn Herr Professor Tjaden die Schwangeren- und Kleinkinderfürsorge mit der Tätigkeit des Medizinalamtes in Verbindung bringt, ist es geeignet, Uneingeweihte zu täuschen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das Medizinalamt nur Angelegenheiten bearbeitet, die von der Exekutive nicht zu trennen sind. Wie Herr Bürgermeister Deichman mitgeteilt hat, steht auch die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes der Bewilligung dieser Stellen nicht im Wege, und ich gehöre der Kommission für Bildung eines Wohlfahrtsamtes an, und ich kann sagen, daß nach Lage der Sache die weitere Organisation in weitem Felde liegt, und die Stellen sind immer schon besetzt gewesen. Der Polizeiinspektor bearbeitet rein kriminelle Sachen; ich mache darauf aufmerksam, er bearbeitet die Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz und gegen das Impfgesetz, die Reklamationen muß er entgegennehmen. Das sind Sachen, die für einen solchen Beamten geschaffen sind. Ein anderer Beamter kann es nicht machen. Um die Herren auf dem Laufenden zu halten, muß ich offen erklären, der ganze Streit, wie Herr Schmidt schon angeführt hat, beruht auf Rivalität der leitenden Stellen im Medizinalamte, einschließlich des Kreisarztes und des Geschäftsführers des Gesundheitsrates. Und ich bedauere, daß sich die Nationalversammlung mit solchen Sachen befassen muß. Ich kann aus Erfahrung sagen, daß die Stellen besetzt werden müssen und selbst, wenn das Wohlfahrtsamt geschaffen wird, wird diese Tätigkeit nach wie vor bei der Polizei bleiben. Und ich mache darauf aufmerksam, lassen Sie sich nicht täuschen, daß Sie vielleicht annehmen, die Schwangeren- und Kleinkinderfürsorge wolle die Polizei an sich reißen. Daran denken wir gar nicht. Wenn hinterher einzelne Tätigkeiten des Medizinalamtes abzutrennen sind, steht dem nichts im Wege, das ändert an der Sache nichts. Die beiden Stellen sind erforderlich, und es ist müßig, darüber zu streiten, ob sie, wie Herr Professor Tjaden meint, in Rücksicht auf die Bildung eines Wohlfahrtsamtes jetzt schon zu schaffen sind. Ich bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Professor Dr. Tjaden: Es liegt nicht so, daß das Medizinalamt verwaist ist, wenn die Vorlage abgelehnt wird. Das Medizinalamt ist seither nicht verwaist gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein. Wir wollen den bestehenden Zustand aufrecht erhalten, der darin bestand, daß der Regierungsrat, der in der Deputation für Häfen und Eisenbahnen nicht notwendig ist, kommissarisch weiter beschäftigt wird. Nun hat Herr Blanke gesagt, die beiden Stellen seien vorhanden und besetzt gewesen. Ich begreife nicht, wie er das sagen kann. Die Polizeiinspektorstelle war nicht vorhanden, die wurde im Laufe des Jahres hineingeschoben, obgleich die Stelle noch nicht bewilligt war. So liegen die Dinge. Im übrigen muß ich noch kurz auf die Ausführungen des Herrn Blanke eingehen. Ich bedauere, daß er wieder das alte Mittel benutzt hat, an die Stelle sachlicher Gründe persönliche Dinge zu setzen. Die Sache liegt so, daß nach der Dienstanweisung der Kreisarzt über seine Tätigkeit dem Geschäftsführer des Gesundheitsamtes Auskunft zu geben hat, und daß auf diesem Umwege die Deputation für das Gesundheitswesen sich unterrichten kann. Ich habe mit keinem Worte die Tätigkeit des Gesundheitsrates erwähnt, sondern nur davon gesprochen, daß die Deputation für das Gesundheitswesen die Trägerin des gesamten Gesundheitsdienstes ist. Nun sollen hervorragende Tätigkeitsgebiete der öffentlichen Gesundheitspflege an einer Stelle behandelt werden, auf die die Deputation für das Gesundheitswesen nicht den allergeringsten Einfluß hat. Dann sagt Herr Blanke, die Polizei hat die Exekutive. Sehen Sie doch in die Begründung hinein, die sagt etwas anderes, und das ist es, was wir beanstanden. Da steht, daß die gesamten Wohlfahrtsangelegenheiten beim Medizinalamte zu-

sammengefaßt werden sollen. Was das mit der Exekutive zu tun hat, begreifen wir nicht. Darin unterscheidet sich unsere Auffassung auch von der des Herrn Bürgermeisters Deichmann, daß wir auf dem Standpunkte stehen, diese Aufgaben lassen sich besser lösen ohne Polizei, es sprechen dafür die Erfahrungen, die in einer ganzen Reihe von Großstädten gesammelt sind. Nun ist gesagt, den Nahrungsmittelfälschungen muß nachgegangen werden. Ich bin derjenige gewesen, der gedrängt hat, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht; aber dafür brauchen wir nicht einen großen Apparat aufzuziehen. Es sei nebenbei bemerkt, daß man in vielen Städten zu der Einsicht gekommen ist, daß man dieser Schlange mit Polizeihilfe den Kopf nicht abhauen kann, es sei weiter darauf hingewiesen, daß in der Lebensmittelkommission, soweit ich unterrichtet bin, Erwägungen bestehen, die ganze Milchversorgung anders zu regeln. Nicht persönliche, sondern sachliche Gründe veranlassen es, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen. Die soziale Hygiene kann nicht auf dem Wege der Polizeiorganisation gelöst werden, sondern nur durch die Tätigkeit der Gesundheitsbehörden, das heißt durch fachmännisch ausgebildete und geschulte Leute. Deshalb bitten wir Sie, die Vorlage zurückzuverweisen.

Dann ist gesagt worden, die Deputation für das Gesundheitswesen habe die Vorlage angenommen. Diese Deputation ist ein eigen Ding, sie besteht aus 7 Mitgliedern, 3 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängigen Sozialdemokraten, 2 Demokraten und 1 Landesverband. Zugleich gehören 4 senatorische Mitglieder der Deputation an, diese 4 Herren sind ebenfalls Mitglieder der M.-S. Partei und sind stimmberechtigt. Tatsächlich hat diese Partei 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern, also fast die doppelte Mehrheit. Nun kamen die Herren in die Deputation hinein, nachdem bereits ein Fraktionsbeschluß gefaßt war. Bevor in der Deputation beraten wurde, lag der Fraktionsbeschluß vor, für die Vorlage zu stimmen. Herr Blanke bemerkte sofort bei Beginn seiner Rede in der Deputation „wir haben beschlossen, für die Vorlage zu stimmen"; damit war die Sache also tatsächlich erledigt. Es haben nicht bloß die beiden Demokraten dagegen gestimmt, sondern auch ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion.

Präsident: Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Deichmann, Meinert, Blanke.

Der Schluß wird genügend unterstützt.

Zur Aufklärung des Tatsächlichen Blanke: Ich möchte Herrn Professor Tjaden erwidern, daß diese Stelle tatsächlich, und zwar mit Zustimmung der provisorischen Regierung seit Mai d. J. besetzt ist, weil es eine Notwendigkeit war, und zwar wurde dieser Stelle zu gleicher Zeit eine Tätigkeit aus der Kriminalabteilung, nämlich die Bearbeitung der Sittensachen übergeben. Und ferner zur tatsächlichen Richtigstellung erwidere ich Herrn Professor Tjaden, daß meines Wissens ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion nicht dagegen gestimmt hat.

Der Schluß wird abgelehnt.

Bürgermeister Deichmann (M.-S.): Sie gestatten mir noch ein paar Worte bezüglich der finanziellen Seite. Eine finanzielle Belastung wird durchaus nicht entstehen, wenn diese beiden Stellen endgültig besetzt werden. Der in Frage kommende Regierungsrat hat diese Stelle bereits seit Ausbruch des Krieges besetzt, allerdings kommissarisch. Der in Frage kommende Polizeiinspektor ist im Frühjahre d. J. bereits von der Kriminalabteilung in diese Abteilung hineinkommandiert worden und vertritt sie ebenfalls kommissarisch. Eine Belastung unseres Budgets tritt nicht ein. Die Polizeiinspektorstelle, die sogenannte Hauptmannsstelle, soll nicht wieder besetzt werden, damit ist auf der Seite bereits eine Ersparnis eingetreten, so daß also die finanzielle Seite keine Rolle spielen sollte.

Soweit nun die einzelnen Beratungen in der Deputation und Kommission stattgefunden haben, muß ich sagen, daß auch da die ganze Angelegenheit als eine Parteisache nicht angesehen worden ist.

Es waren sachliche Meinungen, die miteinander gerungen haben, und auf Grund dieser sachlichen Auseinandersetzungen haben sich die beiden Körperschaften dafür erklärt, diese beiden Stellen nun endlich zu besetzen. Werden sie nicht besetzt, dann, ich muß es wiederholen, tritt eine gewisse Verwaisung des Medizinalamtes ein. Die Beamten werden die kommissarische Vertretung schließlich aufgeben wollen und ihre alten Stellen wieder besetzen. Daher möchte ich bitten, da dem später eventuell zu errichtenden Volkswohlfahrtsamt durchaus durch diese volle Besetzung nichts im Wege steht, sich dafür zu erklären, daß nunmehr diese Stellen besetzt werden. Meine Partei — ich spreche für meine Partei — wird für die Vorlage stimmen.

Meinert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für uns ist die Angelegenheit weder eine Parteifrage noch eine Personenfrage. Wir werden uns lediglich von Zweckmäßigkeitsgründen leiten lassen. Da unser Vertreter in der Deputation, Dr. Schelb als Arzt uns erklärt hat, daß er für die Vorlage gestimmt hat und er uns Gründe dafür genug vorgebracht hat, werden wir unsere Stimmen für die Vorlage abgeben.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Der Abänderungsantrag Dr. Tjaden wird abgelehnt, der Antrag Schmidt wird angenommen. Die gesamte Vorlage wird mit dem Abänderungsantrag Schmidt angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

## Mitteilung des Senats vom 30. Sept. 1919:

### 9. Mietverhältnisse im Landgebiet.

Fritsch (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht, wie er uns zugegangen ist, ist so einseitig gehalten, daß wir uns damit absolut nicht einverstanden erklären können. Hätte der Senat außer den Gemeindevorstehern auch noch die Mieter selber gefragt, so wäre ein ganz anderer Bericht zustande gekommen. Wenn es in dem Bericht heißt, daß das Verhältnis zwischen Mietern und Vermietern, das nach dem alten Herkommen auf Gegenseitigkeit beruht, ein gutes zu nennen ist, so beruht das auf einem großen Irrtum. Wie gesagt, wenn der Senat sich mit den Mietern in Verbindung gesetzt hätte, dann hätte er feststellen können, daß das nicht richtg ist, wie es hier heißt, daß die Mieter sich zu ländlichen Arbeiten usw. verpflichtet fühlen, sondern daß sie gezwungen sind, mitzuarbeiten. Alle diejenigen, die gegen diesen Zwang sich wehren — und das sind nicht wenige — haben auch, seitdem sie sich weigern, den Druck der Bauern zu spüren. Ich kenne einen Fall in Arsten beispielsweise. Da weigerte sich einer von meinen Parteigenossen, dem Bauern noch seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Der Bauer entzieht ihm alles mögliche: Heuland, Fahren, Dreschen usw. Seinen Nachbarn versieht er mit Heu und Stroh, nur diesen einen schließt er von allem aus. Kündigen und auf die Straße setzen kann er jetzt nicht, weil das Mieteinigungsamt dem entgegensteht. In Habenhausen war es auch ein Parteigenosse von mir. Der hat seine Frau von dieser Arbeit, die sie sehr oft ausführen mußte, zurückgehalten, weil sie hochschwanger war. Die betreffende Bäuerin, sie ist durch den Krieg Witwe geworden, hat dem Betreffenden den Mietpreis der Wohnung von 130 auf 250 ℳ erhöht und hat ihm außerdem sämtliches Land gekündigt und ihm zu verstehen gegeben, wenn er damit nicht einverstanden sei, könne er sich um eine andere Wohnung bemühen. Also nur, weil er seine hochschwanger Frau von der Arbeit zurückgehalten hat, dafür hat er die starke Faust zu spüren bekommen. Hätte die Behörde sich nicht nur an die Gemeindevorsteher, sondern auch an die Mieter gewandt, dann wäre ein ganz anderes Ergebnis herausgekommen. Wenn hier z. B. steht, daß dieser Brauch in neuerer Zeit mehr und mehr zurückgegangen ist und das Entgelt jetzt mehr in Geld besteht, so ist das auch ein großer Irrtum. Das Geld, das die Leute dafür bekommen, ist nicht den ortsüblichen Tagelöhnen angepaßt, es beträgt höchstens 60 ₰ bis 1 ℳ pro Tag, und diejenigen, die mehr fordern, werden nicht eingestellt oder sie haben auf andere Art und Weise wieder mehr zu bezahlen. Meine Fraktion ist der Meinung, daß wir auf dem Beschluß, den die Nationalversammlung am 23. Mai gefaßt hat, bestehen bleiben, und ich möchte die Nationalversammlung ersuchen, sich ebenfalls diesen Beschluß zu eigen zu machen.

Präsident: Sie beantragen, den Beschluß vom 23. Mai dem Senat nochmals zur Berichterstattung zu überweisen.

Fritsch: Jawohl!

Köhler (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Sitzung vom 23. Mai wurde von Herrn Dr. Künkler das bestehende Mietsverhältnis im Landgebiet schärfstens getadelt. Verschiedene Mitglieder dieses Hauses, weit in die Reihen der demokratischen Fraktion hinein, hatten wohl dadurch den Eindruck, daß im Landgebiet eine Art russischer Zustände herrschen müßten. Durch die Untersuchung ist nun aber festgestellt worden, daß dies durchaus nicht der Fall ist und daß die Angaben Dr. Künklers und seiner Freunde weit übertrieben waren. Aus der Senatsmitteilung geht hervor, daß ein solcher Antrag durchaus nicht notwendig war und daß das bestehende Mieteinigungsamt und die bestehenden Verordnungen durchaus genügen, um, wenn einmal Mißstände hervortreten sollten, diese auszugleichen und zu beseitigen. Ich bin deshalb auch nicht dafür, daß diese Sache nochmals an den Senat zurückverwiesen wird. Ich habe Herrn Fritsch wenig verstanden. Ich habe nur herausgehört, daß die Mieter mit den jetzigen Verhältnissen nicht einverstanden seien. Mir ist aber bekannt geworden, daß nach den Verhandlungen am 23. Mai verschiedene Vermieter zu ihren Mietern gegangen sind oder sie aufgefordert haben, zu ihnen zu kommen, um die bestehenden Verträge abzuändern. Da haben aber diese Mieter erklärt: Nein, um Gottes willen nicht, wir stehen uns ganz gut dabei, wir wollen es gerne so behalten, wir haben bedeutende Vorzüge dadurch. So ist die Sachlage. Das geht auch aus der Untersuchung hervor, die vom Senat angestellt worden ist. Es ist nicht erklärlich, wie von Kennern der Verhältnisse so etwas hier vorgetragen werden kann. Jeder, der die Verhältnisse kennt, muß zu anderer Ueberzeugung kommen, und man muß deshalb unwillkürlich zu der Ansicht gelangen, daß politische Motive dahinter stecken, daß es der Unabhängigen Sozialdemokratie nur darauf ankommt, das noch bestehende patriarchalische Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter zu zerstören, um die Mieter ihren Zwecken gefügig zu machen und nicht, um die Mieter zu schützen. Letztere haben selbst erklärt, daß sie sich finanziell viel besser bei den jetzigen Verhältnissen ständen, als wenn sie ihre Arbeit nur in Geld bezahlt bekämen. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Lindau (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, dem Antrag noch zuzu-

stimmen. Herr Köhler hat soeben als Vertreter der Landwirtschaft gesprochen und hat gemeint, die Anklagen, die wir seiner Zeit erhoben haben, seien nicht beweisbar. Ja, wenn der Senat sich nur auf die alten Gemeindevorsteher stützt, war vorauszusehen, daß nicht viel dabei herauskommen würde. Ich möchte Herrn Köhler ersuchen, sich ein wenig in der Umgegend Bremens umzusehen, besonders in Arsten und Habenhausen. Die Leute sind gezwungen, genau wie im Mittelalter Frondienste zu leisten für die Bauern, die die Wohnungen vermieten. Der Vermieter hat heute noch das Recht, die Leute innerhalb weniger Stunden auf die Straße zu setzen. (Zuruf: Mieteinigungsamt!) Das Mieteinigungsamt ist ein dehnbarer Begriff. In Bremen hat es Machtbefugnisse. Im Landgebiet kümmern sich die Agrarier wenig um das Mieteinigungsamt. Die Agrarier sind schlimmer als die städtischen Grundbesitzer. Die Sache ist die, daß die Mieter auf dem Lande noch heute dem Vermieter ausgesetzt sind mit allen Chikanen und Finessen. Wenn der Vermieter heute die Leute los sein will, so wird er sie los. Unsere Mieter auf dem Lande müssen von dem Staat verlangen, daß er ihnen in dieser Weise entgegenkommt. Man hätte sich an die Mietervereinigung wenden müssen, die hätten dem Senat ein ganz anderes Bild von dem Notstand in den Wohnungsverhältnissen auf dem Lande machen können. Ich kann es Herrn Köhler nachfühlen, daß ihm das patriarchalische Verhältnis zwischen Mietern und Vermietern nahe geht. Wir wünschen zwischen Mietern und Vermietern kein patriarchalisches Verhältnis, wir wünschen, daß der Mieter für sein gutes Geld eine menschenwürdige Behausung findet und möglichst frei ist, daß man ihn nicht zwingen kann, auf Grund mittelaltlicher Bestimmungen Fron- und Arbeitsdienste zu leisten, wo der Mann in der Stadt mehr verdienen kann. Wir ersuchen, den Antrag anzunehmen.

Präsident: Herr Fritsche, wollen Sie Ihren Antrag nicht anders formulieren, vielleicht in dem Sinne, wie es Herr Lindau angedeutet hat, daß Verhandlungen mit der Mietervereinigung stattfinden sollen. (Zuruf: Die gibt es ja gar nicht!)

Geffken (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mietsverhältnisse im Landgebiet lassen sehr zu wünschen übrig. Wenn angeführt worden ist, daß man sich an das Mieteinigungsamt wenden könne, so werden dadurch auch nicht alle Mißstände abgestellt. In den Verträgen wird z. B. vereinbart, daß der Mieter verpflichtet ist, jährlich an 50 Tagen Frondienst zu tun gegen eine Entschädigung von 2 ℳ. (Hört! Hört!)

Karkmeyer (L.-V.): Herr Präsident! Meine Herren! Auch meine Freunde nehmen den Bericht, der uns erstattet worden ist, dankend entgegen. (Zuruf von links: Das glauben wir!) Wenn von einem Herrn der Linken von Frondienst und von Krautjunkern gesprochen worden ist, so kann ich nur sagen, daß die Herren von den wirklichen Verhältnissen im Landgebiet außerordentlich schlecht unterrichtet sind. (Zurufe.) Wenn einzelne Fälle vorgekommen sind, so sollte man das doch nicht verallgemeinern und allgemeine Schlüsse daraus herleiten. Die Verhältnisse liegen im Landgebiet so, daß der kleine Mann und der Bauer gegenseitig aufeinander angewiesen sind, beide haben das größte Interesse daran, sich gegenseitig zu helfen, und es ist traurig, daß in dieses Verhältnis störende Momente hineingetragen werden. Ich bin fest davon überzeugt, daß die kleinen Leute nur Schaden davon haben. Was die Mietverträge anlangt, so ist zu beachten, daß das Entgelt der Mieter nicht notwendig in Geld, sondern auch in Leistungen bestehen kann, die Mieter helfen in der Landwirtschaft, bei der Bestellung und bei den Erntearbeiten, und andererseits geben die Landwirte dem kleinen Mann dafür Land und Saatgut aller Art, pflügen, säen und ernten für ihn, leisten ihm auch sonst Gespanndienste aller Art. So hilft einer dem andern. Die allermeisten Mieter sind mit diesen Verhältnissen einverstanden, und wenn hier und da mal Differenzen entstehen, so ist dafür doch das Mieteinigungsamt da, das sie schlichtet. Ich glaube, daß Sie durch die Agitation, die Sie ins Landgebiet hineintragen, keineswegs den Mietern Vorteile bringen, keineswegs zum Frieden in der Gemeinde beitragen. (Zuruf von links: Sie sind ein Vertreter der Großbauern!)

Köhler (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Karkmeyer kann ich mich kurz fassen. Ich möchte nur an die Versammlung die Bitte richten, in Zukunft so schwer beschuldigende Aeußerungen nicht mehr zu machen, wie sie in der Versammlung am 23. Mai von Frau Harder getan sind, die für die Landwirte und namentlich deren Frauen ehrenkränkend gewesen sind. Frau Harder hat damals ausgeführt, daß die Hälfte der zurückkommenden Arbeitskräfte, die von Bremen aufs Land hinausgeschickt wurden, erklärten, daß die ihnen zugewiesenen Schlafstätten verlaust wären. Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Dienstboten werden doch in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen, und wenn die Dienstboten Läuse haben, dann besteht doch die Gefahr, daß diese auf die Herrschaft übertragen werden. So haben die Herrschaften doch selbst ein Interesse daran, daß die Dienstboten reinliche Schlafstätten haben. Ich muß sagen, Beweise, daß solche Viecher im allgemeinen in den Schlafräumen für die Dienstboten sich aufhalten, bestehen nicht. Ehe Frau Harder solche Behauptungen aufstellt, hätte sie die Sache doch genau untersuchen sollen. Auch von anderer Seite, so von Herrn

Fritsch, sind schwere Anschuldigungen gegen die Landwirte erhoben, die unbegründet sind, und ich möchte Sie bitten, solche Anschuldigungen in Zukunft unterbleiben zu lassen, da bei solchen Anschuldigungen die Landwirte kein Vertrauen zur Regierung oder der Mehrheit dieses Hauses fassen können.

Waigand (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Karkmeyer sagt, daß die Beschwerden, die Herr Dr. Künkler über die Mietverhältnisse im Landgebiet vorgetragen hat, nicht bestünden, so scheint er die Verhältnisse in Arsten und Habenhausen nicht zu kennen. Die Mißstände, die dort in dieser Beziehung bestehen, haben wir schon früher häufig beklagt, und wir haben uns bemüht, diese Mißstände abzustellen. Die Leute erhalten Wohnungen, und man verlangt dafür von ihnen, daß sie in der Bestell- und der Erntezeit helfen. Man muß aber auch verlangen, daß die Mieter anständig behandelt werden. Das tun ja viele von den Bauern. Es gibt aber auch Leute, die wenig Rücksicht auf die armen Leute nehmen. Es kommt vor, daß man von Frauen, die kleine Kinder zu Hause haben, verlangt, daß sie sofort zum Bauern hingehen und Arbeiten verrichten, zu denen die Bauerfrau keine Lust hat, obwohl sie Zeit genug dafür hätte. Solche Klagen sind berechtigt. Da muß man doch fragen, ob es nicht möglich ist, diesen Zustand zu ändern. In verschiedenen Bundesstaaten hat man Siedelungsämter eingerichtet. Dadurch kann die Landfrage dauernd gelöst werden. Den Leuten muß Gelegenheit gegeben werden, Land zu bekommen, denn wenn sie sich Wohnungen mieten müssen, um Land zum Gemüsebau zu haben, so bringt sie das in eine Abhängigkeit, die tatsächlich an ein Fronverhältnis grenzt. Das sollte der Staat ändern, indem er der Siedelungsfrage mehr Aufmerksamkeit zuwendet. Den Gemeinden sollte man das Recht geben, Land zu enteignen, um es für Siedelungszwecke zur Verfügung zu stellen. Herr Köhler hat sich darüber entrüstet, daß hier Ausführungen gemacht worden sind, die nicht den Tatsachen entsprechen sollen. Bei der Gelegenheit möchte ich daran erinnern, daß gebildete Landleute auf Veranlassung des Herrn Köhler in der Jakobihalle bei Wein und Braten ein Stiftungsfest gefeiert und über die Not der Landwirtschaft beraten haben. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Herren von der Landwirtschaft mit Herrn Köhler auch über die Siedelungsfrage und Landarbeiterfrage gesprochen und uns dazu eingeladen hätten. Wir würden darauf verzichtet haben, daß uns besondere Delikatessen vorgesetzt wären, wir würden aber den Landwirten vor Augen geführt haben, wie nützlich und wie vaterländisch es wäre, wenn sie von ihren großen Gütern etwas an die Gemeinde abließen für die armen Leute. Im bremischen Landgebiet gibt es sogenannte Bauerschaften. Das ist Land, das früher der Gemeinde gehörte, das haben sich die Bauern angeeignet, und die kleinen Leute wissen nicht, wie sie leben sollen. Dieses Land, das sich die Bauern angeeignet haben, das aber nicht ihnen, sondern der Gemeinde gehört, müßte infolgedessen der Gemeinde wieder zugeführt werden. (Karkmeyer: Sie sollten Jurist werden!)

Klawitter (U. S.): Bei dieser Frage tritt eine Gegensätzlichkeit zwischen links und rechts hervor. Es handelt sich darum, was Freiheit ist. Wir sehen Freiheit da, wo jeder verfügen kann über sich, wie er will, während jene Herren von rechts darüber einen anderen Begriff haben. Sie sagen: der kleine Mann auf dem Lande sei frei, wenn es ihm gut gehe. Wir stehen auf einem andern Standpunkt: einer soll vom anderen nicht abhängig sein, nur dann ist er frei. Nun sind aber die Verhältnisse auf dem Lande so, daß die kleinen Leute von den großen abhängig sind, wie es im Mittelalter der Fall gewesen ist. Ich möchte den Leuten auf dem Lande raten, in ihren Gemeinden dafür zu sorgen, daß die kleinen Leute nicht mehr von den großen abhängig sind. (Zuruf: Sind sie ja nicht!) Sie sind abhängig von ihnen, indem ihnen nur unter bestimmten Bedingungen das Land gepflügt oder etwas von der Stadt hergefahren wird. Das müßte von Gemeindewegen geordnet werden. Es könnte ein Pflug für die kleinen Leute angeschafft werden, damit sie auf diese Weise nicht von den großen Bauern abhängig wären. In Hasenbüren weiß ich, daß die Leute keine Waren von der Stadt herausbekommen können, keine Kohlen usw. Das sollte von der Gemeinde geregelt werden, damit die Leute nicht von einigen abhängig sind. Was von Herrn Waigand gesagt worden ist, daß gegenüber der Bauerschaft zur Enteignung geschritten werden müsse, ist richtig: es muß da russisch verfahren werden. (Heiterkeit.)

Köhler (L.-V.): Ich wollte nur sagen, daß die Versammlung, von der Herr Waigand sprach, durchaus nicht von mir angesetzt worden ist. Ich habe Einladungskarten zugestellt erhalten, die ich verteilt habe. Mir ist vom Einberufer geschrieben worden, daß in dieser Versammlung aktuelle landwirtschaftliche Fragen besprochen werden sollten, da dort aber nur ein geselliges Ziel verfolgt wurde, bin ich nur eine halbe Stunde dageblieben. Gewiß habe ich bei dieser Gelegenheit ein Glas Wein getrunken. Ein Glas schmeckt doch ganz schön. (Sehr richtig!) Auch Herr Waigand wird doch zuweilen mal Wein trinken. Zur Beruhigung des Herrn Waigand kann ich sagen, ich werde in Zukunft nicht wieder hingehen.

Dann hat Herr Waigand gesagt, daß den Gemeinden früher das Bauerschaftsland gehört hat und die Bauern sich das angeeignet hätten. Ja, meine Damen und Herren, das ist eine juristische Frage, darüber sind sich die Juristen noch nicht einig, viel weniger weiß Herr Waigand darüber bestimmtes. Aber zur

Beruhigung des Herrn Waigand kann ich sagen, daß ich an der Bauerschaft in Strom durchaus nicht beteiligt bin. Durch meines Vaters Anwesen ist keine Mitgliedschaft der Bauerschaft angekauft worden. Ich möchte Herrn Waigand bitten, hier nicht den Klassenkampf zu schüren. Wir sind doch alle auf einander angewiesen. Herr Waigand kann mir auch durchaus nicht nachweisen, daß ich mit den sogenannten kleinen Leuten in Streit lebe. Ich habe mit ihnen immer freundschaftlich verkehrt und werde stets für diese eintreten. Das möchte ich Herrn Waigand sagen.

Frau Harder (M.-S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Köhler hat sich soeben sehr liebevoll mit meiner Person beschäftigt, aber nicht zugehört, als ich seinerzeit über die Landarbeiter sprach. Ich habe gesagt, daß in der Geschäftsstelle für Siedlung und Landarbeit eben die Meinung ist: wenn man hundert Arbeiterinnen — um die es sich in diesem Falle handelt — hinausgeschickt hat, dann ist man froh, wenn nicht mehr als fünfzig zurückkommen. Und das habe ich kritisiert. Dann habe ich gesagt, daß von Hinausgeschickten die Hälfte und oft mehr als die Hälfte deshalb zurückkehrt, weil die Schlafstellen vollständig verlaust sind. Das Wort habe ich gebraucht, und das behaupte ich auch heute noch. Das bezieht sich nicht auf Bremen allein, das bezieht sich auf den gesamten Wirkungskreis der Geschäftsstelle für Siedlung und Landarbeit, die damals nicht in der Lage war, bessere Schlafstellen für diese ländlichen Dienstboten zu schaffen. Man sagt mir, daß das heute erreicht sei. Das nachzuprüfen, bin ich nicht in der Lage. Was ich damals gesagt habe, halte ich aufrecht: mehr als die Hälfte der Hinausgeschickten ist zurückgekommen wegen der mangelhaften Unterkunft.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Herr Fritsch, in der Form, wie Sie den Antrag eingebracht haben, ist er nicht möglich. Der Senat ist doch nicht in der Lage, die beteiligten Mieter zu befragen. Bitte, ändern Sie den Antrag doch dahin ab: die Mietervereinigungen des Landgebietes in dieser Angelegenheit zu befragen.

Karkmeyer (L.-V.): Mietervereinigungen auf dem Lande gibt es nicht. Es würde gehen, wenn wir sagen: „die Gemeindeausschüsse".

Der Antrag Fritsch wird abgelehnt.

Der Bericht des Senats wird dankend entgegengenommen.

Präsident: Herr Fauth teilt mit, daß an Stelle des Herrn Sonnemann in die Schuldeputation Herr de Beek eintritt. Herr Klenke tritt in die Theaterdeputation an Stelle des Herrn Sonnemann und Herr Christians in die Kommission für die Einheitsschule an Stelle des Herrn Sonnemann.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir jetzt über die Mitteilung des Senats vom 7. Oktober, betreffend Kleidergeld für die Polizeibeamten, und zwar über die Dringlichkeit abstimmen. Die Dringlichkeit kann nur beschlossen werden, wenn Einstimmigkeit herrscht, da nicht mehr 101 Mitglieder anwesend sind.

Die Dringlichkeit wird einstimmig angenommen.

Präsident: Dann möchte ich vorschlagen, daß wir diesen Gegenstand jetzt verhandeln.

## Erhöhung des Kleidergeldes für die Polizeibeamten und verwandten Berufsgruppen für das Rechnungsjahr 1919.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als wir das letzte Mal diesen Gegenstand behandelten, habe ich mich dagegen gewandt, daß diese Angelegenheit vertagt wurde. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, daß die Polizeibeamten nun lange genug auf das Kleidergeld gewartet haben, und daß durch diese Zurückverweisung eine recht erhebliche Verzögerung eintreten werde. Damals hat man das nicht für stichhaltig angesehen, und man hat damals meine Ausführungen gar nicht beachtet. Ich möchte Sie ersuchen, daß wir die Sache kurz machen und den Polizeibeamten endlich ihr Recht zukommen lassen.

Hormann (D.): Ich erkenne an, daß die Deputation 9000 ℳ mehr beantragt hat, als der Senat genehmigen wollte. Ich stelle erneut den Antrag:

daß auch diese 9000 ℳ, also zusammen 54 000 ℳ bewilligt werden.

Fauth: Es handelt sich um das Kleidergeld für die Polizeioberbeamten. Diesen steht aber das Kleidergeld nicht zu, daher haben wir uns in der Finanzdeputation auf den Standpunkt gestellt, daß nur diejenigen das Kleidergeld erhalten, die einen vertraglichen Anspruch darauf haben. Stimmen Sie dem Antrage der Finanzdeputation zu, diese 9000 ℳ nicht zu bewilligen.

Knief (D.): Es klingt so, als ob es Oberbeamte wären, es sind aber mittlere Beamte mit einem Endgehalt von 6200 ℳ, und es entspricht der Billigkeit, auch diesen Beamten das Kleidergeld zu

gewähren. Denn wenn diesen Beamten keine Uniform geliefert wird, dann müssen sie ihre Privatkleidung im Dienst ruinieren. Die Polizeidirektion hat diesen Antrag genehmigt, der Senat hat ihn abgelehnt. Ich bitte dringend, den Antrag Hormann zu unterstützen.

Schmidt (U. S.): Auch wir können uns nicht für den Antrag der Quartierdeputation erklären. Wenn die Bekleidungsfrage einheitlich geregelt werden soll, so mögen diese Polizeibeamten wenigstens so lange warten, bis die Lösung dieser Frage uns vorliegt. Wir werden also zunächst nur dem Antrage des Senats zustimmen.

Meschkat (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte schon in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß Unterschiede gemacht werden müssen, und zwar, weil die Polizeiinspektoren in demselben Range stehen wie die Kriminalinspektoren. Den Polizeiinspektoren hat man ein bedeutend höheres Gehalt bewilligt. Man hätte nun meines Erachtens daran denken sollen, daß keine Ungleichheiten zutage treten. Das ist aber eingetreten, und dadurch werden die Kriminalinspektoren jetzt zurückgesetzt gegenüber den Polizeiinspektoren, trotzdem sie dieselben Dienstleistungen zu verrichten haben wie jene. Aus diesem einfachen Grunde der Billigkeit und der Gerechtigkeit hat sich die Deputation für das Quartierwesen auf den Standpunkt gestellt, daß diese Ungleichheit im Interesse der Sache aus der Welt geschafft werden muß. Deshalb bittet die Quartierdeputation, dem Antrage Hormann zuzustimmen und diese 9000 ℳ ebenfalls zu bewilligen.

Professor Dr. Dietz (L.-V.): Ich möchte erklären, daß wir ebenfalls die 9000 ℳ bewilligen, weil wir es für billig erachten, daß den mittleren Beamten das Kleidergeld vom Staate bezahlt wird.

Der Antrag des Senats wird angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

**Antrag, betr. Rentenempfänger.**

Die Nationalversammlung erinnert an ihren Beschluß vom 18. Juli 1919, wonach die bedürftigen Rentenempfänger aus Mitteln der Kriegsdeputation mit laufenden Teuerungszulagen zu unterstützen sind. Des weiteren sieht sie dem am gleichen Tage zur nochmaligen Prüfung zurückgewiesenen Bericht innerhalb kürzester Frist entgegen.

Hagedorn (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mir nichts unangenehmeres denken, immer wieder an die Nationalversammlung zu appellieren, und zwar ohne Erfolg. Aber die Not der Rentenempfänger zwingt uns, daß wir uns heute wieder mit dieser Frage beschäftigen. Am 15. März haben sich die Zivilinvaliden bereits an die Regierung gewandt, und nach über sechs Monaten ist noch kein einziges Resultat zu verzeichnen. Am 16. Mai haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die Nationalversammlung hat die Notwendigkeit der Aufbesserung der Bezüge anerkannt und die Regierung aufgefordert, einen Bericht zu erstatten. Der Bericht fiel aber so aus, daß man in ihm sagte, man könne die Lasten nicht auf die bremische Bevölkerung übernehmen, weil es Reichssache sei. Um so mehr bin ich verwundert, daß man heute einem Antrage auf Bewilligung von 7½ Millionen Mark zustimmt und sagt, das Reich solle diese Lasten im großen und ganzen tragen. In diesem Falle hat man nicht danach gefragt, wer zuständig ist, sondern hier ist eine Sache, die erst seit einigen Tagen in der Oeffentlichkeit bekannt wurde, bereits heute verabschiedet. Man sieht deutlich: sobald es sich darum handelt, die alte Herrschaftsklasse zu stützen, ist immer wieder Geld vorhanden, während bei den Rentenempfängern nie etwas vorhanden ist. Das soziale Gefühl, welches Sie immer an den Tag legen, geht in dem Augenblick in die Brüche, wo es Ihnen an den Geldbeutel geht. Am 11. Juli ist die erste Senatsmitteilung eingegangen, und am 18. Juli ist darüber verhandelt. Wir haben dann einen Bericht eingefordert, wie weit die Staatskasse zu belasten wäre, wenn die Sätze der Erwerbslosenfürsorge zugrunde gelegt würden. Dieser Bericht steht heute noch aus. Wir hatten weiter gefordert, den Rentenempfängern ab 1. 1. 19. Rentenzuschläge zu zahlen, welches eine jährliche Summe von 500 000 ℳ ausgemacht hätte. Für einen andern Zweck haben Sie heute morgen eine viel, viel größere Summe bewilligt, aber damals sagten Sie, daß es nicht möglich sei, diese Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Herr Bormann stellte damals den Antrag, welcher auch Annahme fand, daß die Kriegsdeputation den bedürftigen Rentenempfängern laufende Teuerungszulagen gewähren sollte. Ich muß jetzt feststellen, daß von den Rentenempfängern bis heute kein einziger unterstützt worden ist. Am 25. Juli haben die Zivilinvaliden aus ihrer Mitte eine Kommission gewählt, die sehr häufig beim Senat vorstellig geworden ist, aber auch ohne Erfolg. Die Zivilinvaliden haben sich weiter darüber beschwert, daß sie, nachdem sie davon hörten, daß die Kriegsdeputation Mittel zur Verfügung stellen sollte, sich an die zuständige Stelle wandten, von diesen teilweise sehr rigoros abgefertigt worden sind. Herr Bürgermeister Hildebrand hat an die Kommission der Zivilinvaliden die Frage gerichtet, ob sie gewillt seien, den Staat zu ruinieren? Wenn sie nicht auskommen könnten, möchten sie doch an die Armenpflege gehen.

Ob sie die Absicht hätten, die ganze Welt zu Rentenempfängern zu machen, und im übrigen sollten sie ihren Einfluß geltend machen, daß die übrige Arbeiterschaft auch arbeite! Das ist nicht Sache der Zivilinvaliden. Schaffen Sie eine andere Grundlage im Wirtschaftssystem, dann wird von selbst gearbeitet werden. Herr Bürgermeister Hildebrand hat außerdem erklärt, daß, wenn auch der Beschluß in der Nationalversammlung gefaßt worden sei, der Senat auch noch etwas zu sagen habe. Sie, meine Herren, legen immer soviel Wert auf die Souveränität der Nationalversammlung und auf die Demokratie. Hier zeigt es sich klar, daß die alten Herren Senatoren die Macht noch in Händen haben, und ein rechtssozialistischer Senator hat erklärt: Ja, meine Herren, wir können es nicht ändern. Wir haben nicht die genügende Macht. Dieses ist öffentlich in der Zivilinvalidenversammlung erklärt worden. Die Zivilinvaliden hatten weiter verlangt, daß bei Prüfung der Bedürftigkeit eine Kommission aus ihrer Mitte bei diesen Prüfungen zugegen sein soll. Dieser Forderung ist der Herr Senator Hildebrand in der Antwort ausgewichen. Aber die Forderung ist durchaus berechtigt, weil die Zivilinvaliden am besten in der Lage sind, über die Lage ihrer Mitleidenden ein Urteil abzugeben. Von Herrn Senator Hildebrand ist dann die Sache an die Herren Rhein und Stören gegangen, und Herr Rhein hat gemeint, daß man die Unterstützung durch die Armenpflege gehen lassen, sie aber nicht den Charakter der Armenpflege tragen und eine Zurückzahlung nicht stattfinden solle. Es kann uns einerlei sein, aus welcher Behörde die Mittel fließen, aber man muß nun endlich dazu übergehen, Mittel für diese Zwecke bereitzustellen. Man könnte mir entgegengehalten, daß durch die Verordnung des Reichs, die bereits am 21. August gefaßt, aber erst am 17. Sept. veröffentlicht und erst mit dem 1. Oktb. in Kraft trat, die laufenden Renten für die Zivilinvaliden, die bisher vom Reiche gezahlt wurden, etwas erhöht sind. Danach werden die Zuschläge für die Invaliden- und Altersrenten von 8 auf 20 ℳ im Monat erhöht, für die Witwenrenten von 4 auf 10 ℳ. Das ist ein sehr minimaler Betrag, und kann man nicht sagen, daß der Not hierdurch abgeholfen ist. An die Unfallrentenempfänger hat man überhaupt nicht gedacht. Die Waisenrente, die heute noch 3—3.60 ℳ pro Monat beträgt, ist auch in dieser Verordnung nicht berücksichtigt worden. Die durchschnittliche Invalidenrente beträgt einschließlich der Erhöhung etwa 40 ℳ, die Altersrente bleibt darunter. Die Witwenrente, inklusive des Reichszuschusses beträgt 16—18 ℳ monatlich. Wenn wir uns von dem Grundsatze leiten lassen, daß jeder Mensch einen Anspruch darauf hat, ein menschenwürdiges Dasein zu führen, müssen wir auch Geld für diejenigen haben, die ihre Kräfte bisher dem Staate zur Verfügung gestellt haben. Das Gebot der Menschlichkeit erfordert, daß jene Leute in ausreichendem Maße unterstützt werden, und daß nicht nur Geld zur Verfügung stehen muß, um das alte System aufrecht zu erhalten, sondern um in eine bessere Gesellschaftsordnung hineinzukommen. Was wir vor allen Dingen vermissen und wozu sich auch die Reichsregierung noch nicht bereit erklärt hat, ist die Einheitlichkeit in der Sozial-Versicherung herzustellen. Würde man dazu übergehen, unter gleichen Voraussetzungen sie auch gleichmäßig zu behandeln, ob sie Kriegsbeschädigte oder Invalidenrentenempfänger, ob sie krank sind oder sonstwie ihre Erwerbsfähigkeit verloren haben, würde man viel eher zum Ziele kommen und die Sache grundlegend regeln können. Es muß ohne Rücksicht darauf, ob einer im privaten oder im öffentlichen Dienste zu Schaden gekommen ist, ihm eine auskömmliche Fürsorge zuteil werden. Das kann man nicht erreichen, wenn man, wie es beliebt wird, die Beiträge bei den einzelnen Versicherungsträgern in die Höhe setzt. Denn das läuft darauf hinaus, daß nur die Arbeitgeber, welche Leute beschäftigen, hierzu beitragen müssen, und auch diese wieder, wie die Praxis gezeigt hat, die Beiträge auf die Arbeiter abwälzen. Man würde die Armenpflege entlasten und eine bessere Fürsorge an deren Stelle setzen können. Des weiteren können wir dem Wunsche der Zivilinvaliden beitreten, daß sie in den Altenheimen usw. ein Mitbestimmungsrecht haben wollen, damit sie auf die Leitung einen Einfluß gewinnen. Beim Arbeitsnachweis hat sich die Praxis herausgebildet, daß, wenn jemand etwa 6 Monate unterstützt ist, er einer Prüfungskommission überwiesen wird, und diese entscheidet, ob die alten Leute der Abteilung „Zivilinvaliden" überwiesen oder ob eine ärztliche Untersuchung vorgenommen werden soll. Von den sämtlichen Zivilinvaliden, die sich gemeldet haben, sind in den letzten 2 Monaten nur 24 vermittelt, und diese haben zum großen Teile ihre Arbeit noch selbst gesucht. Man muß ihnen dadurch entgegenkommen, daß für sie leichte Arbeit beschafft wird. Die Prüfungskommission hält sich, bei Ueberweisung der Zivilinvaliden an einen Arzt, an das Gutachten desselben. Der Arzt stellt das gewünschte Gutachten aus und steht somit weiter im Dienst des Kapitals, so gut, wie er es im Kriege verstanden hat. Der Arzt bestätigt, daß der Mann nicht mehr arbeitsfähig ist, und er wird seinem Schicksale überlassen. Mir liegen mehrere Fälle vor. Ein alter ergrauter, äußerst fleißiger Mann, der bereits seit Jahren Invalidenrente bezog, aber trotzdem arbeitete und später Erwerbslosenunterstützung erhielt, ist, nachdem er 14 Tage die Arbeit wieder aufgenommen hatte und infolge eines Augenleidens die Arbeit nicht ausführen konnte, zum Arzte verwiesen worden, und der Arzt bekundete, daß er nicht arbeitsfähig, sei und damit bekam er keine Erwerbslosenunterstützung mehr und ist seinem Elende überlassen.

Ich komme zum Schluß. Wenn ich vorausgesehen hätte, daß wir mit dem Antrage der Sicherheits-

truppen in diesen Tagen überfallen werden würden, und daß Sie dem zustimmen würden, dann hätte ich und meine Fraktion einen anderen Antrag gestellt, der ganz bestimmte Forderungen für die Zivilinvaliden stellt. Ich bitte zuzustimmen, daß endlich die Kriegsdeputation Mittel für diese Zwecke bereit hält.

Senator Rhein (M.-S.): Herr Hagedorn hätte sich den größten Teil seiner Ausführungen sparen können, wenn er in bezug auf das, was die bisherigen bremischen Maßnahmen gegenüber den Zivilinvaliden betrifft, zunächst die Mitteilung darüber abgewartet hätte. Er hat aber wahrscheinlich die Rede gern gehalten, weil es ihm Herzensbedürfnis war, dabei eine Philippika gegen die Regierung loszulassen, die natürlich noch genau so wie früher sei. Die alten Senatoren hätten die Macht, und was er dergleichen mehr damit in Verbindung gebracht hat. Was er in bezug auf die Ausführungen sagt, die Herr Bürgermeister Hildebrand den Zivilinvaliden gegenüber gemacht haben soll, kann ich im einzelnen nicht darauf eingehen. Ich muß aber sagen, es ist immer eine mißliche Sache, wenn jemand aus drittem Munde eine Mitteilung erhält über das, was ein anderer gesagt haben soll und diese aus dem Zusammenhange gerissene Wendung hier öffentlich im Parlamente preisgibt. Wenn ich es daran abmesse, was Herr Hagedorn mitgeteilt hat aus den Ausführungen, die ich zu den Zivilinvaliden gemacht habe, und die er auch nicht klar wiedergegeben hat, wenn ich daran messe, welche Aeußerungen Herr Bürgermeister Hildebrand gemacht haben soll, so kann ich sie ungefähr einschätzen. Es beruht das darauf, daß diese Mitteilungen nicht so klar zum Ausdruck gebracht werden können, weil sie aus dem Zusammenhange gerissen sind. Die Vorwürfe, die Herr Hagedorn in bezug auf die Verzögerung der Sache machte, soweit der Beschluß der Nationalversammlung vom 16. Mai in Frage kommt, muß ich zurückweisen. Auf den Beschluß der Nationalversammlung vom 16. Mai, der auf Antrag des Herrn Hagedorn gefaßt wurde und dahin ging, allen Rentenempfängern eine Erhöhung ihrer Rente aus bremischen Staatsmitteln bis zur Höhe der Erwerbslosenunterstützung schlankweg zu gewähren, hat der Senat am 23. Mai der Polizeidirektion zum Berichte gegeben, und er hat ferner seine Auswärtige Kommission mit einem Schreiben an die Reichsregierung beauftragt, um dahin zu wirken, daß diese Stelle, die in Frage kam, für diese kleinen Rentenempfänger eine bessere Versorgung in die Wege leite. Auf Antrag der Zivilinvaliden, die selbst bei der Behörde gewesen waren, hat der Senat am 10. Juni die Polizeidirektion an den Bericht erinnert und es ist dann die Zusammenstellung der Oberpostdirektion im Juli erfolgt, um ein klares Bild zu gewinnen, was eigentlich die Wünsche des Herrn Hagedorn dem Staate für Kosten auferlegen würden. Anfang Juli ist die schriftliche Antwort des Senats mit dem gleichzeitigen Hinweise gekommen, daß der Senat ein erneutes dringliches Schreiben an die Reichsregierung gerichtet hat, und am 13. Juli hat die Nationalversammlung über den schriftlichen Bericht des Senats hier verhandelt und Beschlüsse gefaßt. Dabei ist dann etwas anderes als zuvor zu Tage getreten. Da hat die Nationalversammlung gewünscht, einmal zu untersuchen, wieweit der bremische Staat belastet würde, wenn eine Erhöhung auf die Sätze der Erwerbslosenunterstützung stattfinden würde, und in dieser Hinsicht ist ein Bericht von der Polizeidirektion eingefordert worden. Außerdem hat die Nationalversammlung beschlossen, die Kriegsdeputation zu beauftragen, die bedürftigen Rentenempfänger mit einer laufenden Teuerungszulage zu unterstützen. Was den ersten Teil des Beschlusses anlangt, muß festgestellt werden, wieviel Kosten entstehen werden aus der Erhöhung der Unterstützung auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Polizeidirektion hat darüber berichtet, und es hat sich ergeben, daß bei der Invalidenrente in Frage kommen würde eine Unterstützung von 5 650 000 ℳ auf das Jahr gerechnet, für die Krankenrente 546 000 ℳ, Altersrente 1 539 000 ℳ, Witwenrente 489 000 ℳ und für Unfallrente 556 000 ℳ, soweit bei den Unfallrentnern mehr als 66⅔ % der Arbeitsfähigkeit beschränkt ist. Die Kosten einer Erhöhung des Krankengeldes haben nur geschätzt werden können auf 3 625 000 ℳ, so daß sich ein Gesamtergebnis für den Staat von 11 833 000 ℳ ergeben würde. Ich glaube, daß man auf diesem Wege der Sache nicht beikommen kann. Es ist unmöglich, daß der Staat aus seinen Mitteln diese 11 Millionen aufbringen kann. Anders sieht es mit dem Teile des Beschlusses aus, der die Kriegsdeputation beauftragt hat, den bedürftigen Invaliden Unterstützung zu geben. Es ist von Herrn Hagedorn erwähnt worden, daß am 1. Oktober die Zulage der Invalidenrentner und Unfallrentner usw. von 8 auf 20 ℳ erhöht ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß damit einem großen Teile der Invalidenrentner noch nicht genügend geholfen wird. Die Kriegsdeputation hat sich wiederholt mit der Frage befaßt und die Schwierigkeiten erwogen, welche Organisation diese Frage zur Erledigung bringen soll. Es würde nicht unberechtigt sein, wenn man sagt, eine Notlage bei den Invalidenrentnern braucht nicht vorhanden sein, wenn sie die Armenpflege in Anspruch nehmen würden. Denn die Inanspruchnahme der Armenpflege ist heute nicht damit verbunden, daß eine politische Entrechtung in Frage kommt. Verbunden ist lediglich damit, daß ein Rückzahlungsforderungsrecht besteht seitens der Armenpflege, daß also die Leute, die Unterstützung erhalten, verpflichtet sind, diese eventuell zurückzuzahlen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß das bei diesen Leuten, die in so kleinen Verhältnissen leben, das praktisch nicht in Frage kommt, so daß von einer Zurückzahlung nicht die Rede sein kann. Trotzdem ist es richtig, daß viele Leute, namentlich ältere Leute, die vielleicht ihr Lebenlang von der Armenpflege

keine Unterstützung erhalten haben, den ominösen Charakter der Armenpflege scheuen und deshalb die Armenpflege nicht in Anspruch nehmen. Deshalb habe ich meine Ansicht ausgesprochen in der vorigen Versammlung, daß eine besondere Organisation geschaffen werden soll, die diese Fürsorge für die Zivilinvaliden übernimmt. Es haben Besprechungen mit Vertretern der Zivilinvaliden stattgefunden und die Organisation ist nunmehr soweit vorbereitet, daß vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der morgigen Kriegsdeputationssitzung die Einrichtung ins Leben treten kann. Es haben Richtlinien für die Unterstützung aufgestellt werden müssen und diese haben im Prinzip auch im Senat bereits Zustimmung gefunden. Die als Invalidenfürsorge bezeichnete Einrichtung sieht einen Fürsorgeausschuß vor, in welchem auch die Zivilinvaliden Sitz haben sollen, so daß auch in dieser Richtung den Wünschen der Zivilinvaliden Rechnung getragen ist, daß sie ein Mitbestimmungsrecht bei der Prüfung der Bedürftigkeit und bei der Unterstützungsfestsetzung haben sollen. Wenn der Bericht über die Höhe der Summen, die bei einer allgemeinen Erhöhung auf die Sätze der Erwerbslosenfürsorge nötig sind, noch nicht an die Nationalversammlung gekommen ist, so ist das mit Rücksicht darauf geschehen, um zunächst diese Einrichtung soweit zu fördern. Das ist natürlich nicht von heute auf morgen zu erledigen möglich gewesen.

Ich will dann noch in bezug auf den Einzelfall, den Herr Hagedorn angeführt hat, sagen, daß auch dieser Fall nicht ganz richtig von ihm geschildert ist. Es ist richtig, die Erwerbslosenfürsorge kann leider nach den getroffenen Bestimmungen diese Unterstützung nicht gewähren, wenn Invalidität vorliegt, denn die Verordnung sagt klar und deutlich, daß Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit vorliegen muß, und es sind eine Reihe von Fällen eingetreten, wo leider die Erwerbslosenfürsorge die Unterstützung versagen mußte. Es ist aber von mir darauf hingewiesen worden, daß diese Leute gerade für die Invalidenfürsorge in Frage kommen. In dem von Herrn Hagedorn angeführten Falle ist Anweisung ergangen, daß der Mann bis zum Bezuge der Invalidenfürsorgeunterstützung Erwerbslosenfürsorge bezieht.

Hagedorn (Schlußwort): Herr Rhein hat gemeint, daß ich besser getan hätte, die Verhandlungen abzuwarten, bis der Staat dazu gesprochen hätte. Aber unser Antrag ist bereits eingebracht als Dringlichkeitsantrag vor 14 Tagen und kommt erst heute zur Verhandlung. Da habe ich mir gesagt: Jetzt kann die Regierung endlich Gelegenheit nehmen, auf die von uns angeregte Frage einzugehen. Wenn er dann sagt, daß ich die Worte, die Herr Bürgermeister Hildebrand gesprochen hat, aus dem Zusammenhang gerissen hätte und daß auch das, was er gesagt haben soll, nicht ordnungsgemäß wiedergegeben sei, so hat er doch unterlassen, hinzuzufügen, was ich nicht ordnungsgemäß und richtig von ihm wiedergegeben habe. Es stimmt auch nicht, wie er sagt, daß unser Antrag vom Mai fordert, daß allgemein die Sätze der Erwerbslosenfürsorge zugrunde gelegt werden sollten. Wir haben nur gefordert, daß von Staatsseite Zuschüsse geleistet werden müssen. Bei der Begründung habe ich gesagt, daß nach Möglichkeit die Sätze der Erwerbslosenfürsorge zugrunde gelegt werden möchten.

Der Antrag Hagedorn wird abgelehnt.

Nr. VIII der Tagesordnung:

**Antrag, betr. die Kriegsbeschädigten.**

Den Kriegsbeschädigten (Rentenempfängern) ist, soweit sie ein Jahreseinkommen unter 5000 ℳ haben, eine einmalige Entschuldungssumme von 500 ℳ aus Staatsmitteln zu gewähren.

Lindau (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Schluß der vorletzten Sitzung hat der Herr Präsident gesagt, alles Reden hier sei letzten Endes unnütz. Auch wir haben dies allmählich empfunden. Unsere Anträge, mögen sie noch so sehr aus sozialem Empfinden herausgestellt sein, werden zum größten Teil von der Mehrheit des Hauses leider abgelehnt. Es liegt nicht an uns, wenn wir heute mit dem Antrage wiederkommen müssen, wie er in ähnlicher Form vor einem Vierteljahre von uns gestellt und von mir vertreten worden ist. Am 4. Juli stellten wir den Antrag, allen bedürftigen Kriegsbeschädigten eine Rente von 250 bis 500 ℳ zu gewähren. Der Antrag wurde abgelehnt, und es wurde angenommen ein Antrag Klenke-Karkmeyer, der die in Frage kommenden Behörden mit einem Bericht beauftragen sollte, ob es sich empfiehlt und in welcher Höhe bedürftigen Kriegsbeschädigten eine Unterstützung aus Staatsmitteln zu gewähren sei. Dieser Antrag ist am 4. Juli angenommen worden. Einen Bericht darüber haben wir nicht erhalten, noch weniger haben die Kriegsbeschädigten bis heute einen Pfennig zu der Reichsunterstützung erhalten. Meine Herren, sie müßten allmählich wissen, daß wir uns durch die Ablehnung eines Antrages nicht breitschlagen lassen, daß wir dickfällig genug sind, mit unseren Anträgen immer wiederzukommen. Persönlich habe ich nicht viel Freude an dem Antrag, weil ich von vornherein das Gefühl habe, daß er höchstwahrscheinlich wieder abgelehnt wird. Ich müßte mich sonst täuschen und annehmen, daß die Rechte mehr soziales Empfinden hat als die Mitte des Hauses. Ich habe dieserhalb mit einem Herrn der Rechten gesprochen, mit meinem allbekannten Freunde Pastor Bode. der hat mir versichert, er würde dem Antrage zustimmen und höchstwahrscheinlich auch seine Fraktion. Ich würde mich also sehr freuen, wenn ich heute mit Herrn Pastor Bode Hand in Hand marschieren könnte.

Meine Damen und Herren! Während des Krieges ist mit keinem Worte mehr Schindluder getrieben worden als mit dem Worte. „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!" Man hat unseren Kriegsbeschädigten vorgeredet vom Dank des Vaterlandes, das sie vor Not schützen würde. Man hat davon gesprochen, daß es nicht wieder kommen würde wie 1871, wo die Kriegsbeschädigten mit der Drehorgel durch die Lande ziehen und sich ihren Unterhalt erbetteln mußten. Man hat davon gesprochen, daß das sittliche Empfinden des deutschen Volkes durch den Krieg so hoch gesteigert sei, daß dieser unwürdige Zustand von 1871 sich nicht wiederholen würde. Zum Teil ist es eingetreten: Mit Drehorgeln laufen nicht viele Kriegsbeschädigte umher, aber nicht, weil sie so gut gestellt sind, daß sie es nicht nötig haben, sondern weil sie kein Geld haben, sich die heute so teuern Drehorgeln zu kaufen. Die Kriegsbeschädigten müssen sich beim Krämer einige Waren kaufen oder leihen und versuchen, als gewerbsmäßige Hausierer und verschämte Bettler Waren mit kleinem Verdienst an den Mann zu bringen und so ihre Lage zu verbessern. Die deutsche Reichsregierung hat durch ihre Vertreter in Versailles anerkannt, daß der Friede ein Friede des Wiedergutmachens sei. Sie hat sich zu diesem Bekenntnis bequemen müssen, weil die Entente stark genug war, unserer Regierung die Faust aufs Auge zu drücken. Bei den feindlichen Kriegsbeschädigten hat die Regierung die Wiedergutmachung anerkennen müssen. Die feindlichen Kriegsbeschädigten bekommen wesentlich höhere Renten, zum Teil durch die Unterstützung des Deutschen Reiches, als die deutschen Kriegsbeschädigten. Hat man bei den feindlichen Mächten die Wiedergutmachung anerkannt, so hat man es vergessen im eigenen Lande. Ich habe Ihnen am 4. Juli erklärt, daß ein Kriegsbeschädigter, der voll erwerbsunfähig ist, also fast, um mit einem alten Soldaten zu sprechen, den Kopf unter dem Arm tragen kann, nur 147 ℳ im Monat an Rente erhält. Ich habe Ihnen vorgerechnet, daß diese 147 ℳ pro Tag 4.90 ℳ ausmachen. Einschließlich aller Zulagen — die letzte ist im Juli bezahlt worden in Höhe von 40 ℳ — bekommt der voll erwerbsunfähige Kriegsbeschädigte pro Tag 4.90 ℳ. Der Mann mag verheiratet sein, er mag eine Reihe Kinder haben, das spielt alles keine Rolle, er bekommt 4.90 ℳ pro Tag und soll mit diesem Sündengeld auskommen. Ich habe Ihnen vorgerechnet, daß das nicht möglich sei, die Kriegsbeschädigten müßten bedeutend mehr haben. Vor einigen Tagen brachte, wenn ich nicht irre, das Bremer Tageblatt eine Notiz, in der es hieß, daß leider die unerfreuliche Tatsache zu verzeichnen sei, daß in allen Großstädten Kriegsbeschädigte als verkappte Bettler, als Hausierer auf der Straße sich umhertreiben und ohne Not an die Bevölkerung appellieren. Das Tageblatt schrieb, die Leute sollten den Geldbeutel zuhalten, die Kriegsbeschädigten hätten das nicht nötig, sie würden aus Reichsmitteln so unterstützt, daß sie leben könnten! Ich sage, 4.90 ℳ sind eine ungenügende Unterstützung.

Nun wird mir wohl entgegengehalten werden, das Reich sei nicht in der Lage, den Kriegsbeschädigten ausreichend zu helfen, und der Reichswehrminister Noske hat es erst neulich wieder in der Deutschen Nationalversammlung erklärt, an und für sich seien die Forderungen der Kriegsbeschädigten berechtigt, aber das Reich könne die Forderungen leider nicht erfüllen. Während des Krieges haben alle diese Stellen, die jetzt von der Finanzmisere des Reiches sprechen, niemals davon gesprochen, daß man den Krieg zum Abschluß bringen müsse, weil das Reich in finanziellen Schwierigkeiten sei. Man hat geredet vom Durchhalten und Aushalten und wenn man besonders guter Laune war, auch vom Maulhalten, man hat aber nicht davon gesprochen, der Krieg müsse zu Ende gebracht werden, weil das Reich nicht die Mittel aufbringen könne. Man hat Milliarden über Milliarden bewilligt, und wenn nicht die Revolution gekommen wäre, hätten wir vielleicht heute noch Krieg, und kein Mensch würde davon reden, wir müßten zurückhaltend sein mit den Forderungen an das Reich. Jetzt stehen vor der Tatsache, daß die Rentenempfänger ungenügend unterstützt werden. Die Pflicht des Wiedergutmachens bestände eigentlich darin, daß allen Opfern des Krieges das wiedergegeben würde, womit sie hinausgezogen sind!! Das ist leider unmöglich. Sie werden keinem Blinden die Augen und keinem Beinamputierten die gesunden Knochen wiedergeben können, wenn die Technik auch noch so gute Prothesen schafft! Den amputierten Kriegsbeschädigten, den lebenden Wetterpropheten, die bei jedem Witterungsumschlag ihre Schmerzen aufs neue fühlen, werden Sie mit Geld nicht das ersetzen können, was sie hergegeben haben, Sie werden ihnen nicht das Schmerzenslager, auf dem sie sich wochenlang herumgewälzt haben, bezahlen können. Wenn ich sage, die Wiedergutmachung besteht darin, daß wir die Kriegsbeschädigten mindestens vor der allergrößten Not schützen müssen, so muß jeder sozial empfindende Mensch mir recht geben. Ich selbst als Kriegsbeschädigter habe es schwer empfunden, daß Sie diesen Antrag abgelehnt haben. Es war ein Antrag, der von der größten Organisation ausging. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten zählt heute in Deutschland — ich sage leider — 450 000 Mitglieder. 450 000 Leute in einer einzigen Organisation müssen sich heute mit Zuständen behelfen, die alles andere sind als menschenwürdig. Heute kommt der Reichsbund wieder zu Ihnen und sagt: Vor drei Monaten haben Sie den Antrag abgelehnt, geben Sie uns heute das, was wir vor einem Vierteljahr gefordert haben. Die Not ist inzwischen so groß geworden, daß die Kriegsbeschädigten tatsächlich nicht wissen, wie

sie den Winter überstehen sollen. Das Reich ist, wie gesagt, wenn man den Herren glauben will, nicht in der Lage, die Renten so zu erhöhen, wie es möglich sein muß. Man hat die Leute an die einzelnen Landtage und Staaten verwiesen. Da müßte es unser Bestreben sein, da, wie Herr Fauth sagt, Bremen in dem Punkt Kriegsfürsorge an erster Stelle marschiert, hier durchzugreifen. Wir fordern für alle bedürftigen Kriegsbeschädigten, die ein Einkommen unter 5000 ℳ haben, einen einmaligen Rentenzuschuß von 500 ℳ. Ich habe ausgerechnet, daß vielleicht 2000 Kriegsbeschädigte in Frage kommen würden. Es wäre eine einmalige Ausgabe für den bremischen Staat von einer Million. Sie haben heute für die neue Polizeitruppe 15 Millionen bewilligt, darum sollten Sie alle, meine Herren, von Herrn Bode bis Fauth, wenn auch vielleicht schweren Herzens, der Forderung von einer Million zustimmen. Sie dürfen aber nicht wieder sagen, daß der Bremer Staat in einer schlechten Finanzlage sei. Die Not der Leute schreit gen Himmel. Es wird höchste Zeit, ihnen entgegenzukommen. Aus der Fülle von Material, das ich besitze, will ich Ihnen nur einige Fälle vorführen. Die Namen der Betreffenden zu nennen, darauf will ich jetzt verzichten aus bestimmten Gründen, sie stehen aber den Interessenten zur Verfügung.

Fall 1. Ein Mann, der 20 Monate im Felde gewesen, hat Lungentuberkulose, ferner eine Granatsplitterverletzung am Unterschenkel. Er erhielt eine Rente von monatlich 26.25 ℳ, hatte dazu noch einen Verdienst von 150 ℳ, also ein Einkommen von 176.25 im Monat. Sein Befinden hat sich nachträglich verschlechtert, und er mußte die Arbeit aufgeben. Hustete Blut, oft jetzt ohne Verdienst. Seine alte Mutter nahm ihn zu sich. Da die Not groß war, ließ er sich Vorschüsse geben für Kleider, Stiefel, Lebensmittel und für eine Heilstättenkur einen Zuschuß. Der Mann muß aber sein Rentenbuch versetzen, um die Vorschüsse im kleinen wieder zurückzuzahlen. Die Not war so groß, daß er den Gang nach Canossa, nämlich dem Landesausschuß für Kriegsbeschädigte 60mal antreten mußte. Er hat zusammen 2485.50 als Darlehen bekommen. 270 ℳ hat er zurückgezahlt. Nur wer in bitterster Not ist, der muß sich 60mal 30 bis 40 ℳ erbetteln. Solche Fälle sollten doch gründlich geprüft werden. Wir können uns hineindenken in die Seele des Mannes, wie bitter es für ihn sein muß, sich von einem ixbeliebigen Frageſteller auspressen lassen zu müssen wie eine Zitrone.

Fall 2. Ein Mann, der 18 Monat im Felde gestanden hat, ist verschüttet gewesen, dadurch Quetschung der Finger an der rechten Hand, dazu nervöses Nervenleiden. Der Geist des Mannes ist zeitweise befangen. Der Mann erhält als Rente 95 ℳ im Monat, der Landesausschuß gewährt ihm eine laufende Beihilfe von 20 ℳ, er erhält also zusammen 115 ℳ. Der Mann ist völlig erwerbsunfähig. Hat 29mal um Unterstützung nachgesucht und zusammen 1035 ℳ erhalten. Durch Rentenverpfändung hat er 100 ℳ zurückerstattet. Jetzt kommt der Winter, es müssen Kartoffeln und Feuerung angeschafft werden, und er ist gezwungen, wieder Geld zu erbetteln.

Fall 3. Ein Mann 36 Jahre alt, vorher völlig gesund gewesen, hat 21 Monate im Felde gestanden. Mit Lungentuberkulose und Nierenleiden entlassen. Vom Militärarzt zu 100% erwerbsunfähig geschrieben. Er hat 184.50 ℳ Rente zu erhalten. Er ist sehr oft in Not geraten. Die Krankheit erforderte, daß er in eine Heilstätte zur Kur ging. Ist dort viel kränker geworden. 41mal Unterstützung erbeten und 1568 ℳ erhalten für Miete, Kohlen. 32 ℳ Gasrechnung usw. Wie kann die Behörde von einem solchen Manne 32 ℳ für Gas verlangen? Aber St. Bureaukratismus verlangt sein Geld vom Mieter, ganz gleich ob er zahlen kann oder nicht.

Fall 4. Ein Mann, 42 Jahre alt, ist 15 Monate im Felde gewesen, bekommt 50 ℳ Rente, dazu 39 ℳ Teuerungszulage. Ist arbeitslos geworden, weil er sehr oft krank war. Bis Ostern verdiente er 114 ℳ. Auf den Atlas-Werken arbeitete er drei Wochen in der Gießerei. Wurde dann ausgesperrt. Drei Wochen arbeitete er dann wieder und wurde nun wieder ausgesperrt. Hat nur dreimal eine Unterstützung verlangt, weil er zu den verschämten Armen gehört. Jetzt ist er aber in furchtbare Not geraten, so groß, daß er nicht weiß, wovon er sich und die Seinen ernähren soll. Er hat nun eine Unterstützung in Höhe von 400 ℳ erhalten. Hätte der Unglückliche diese Unterstützung nicht vom Landesausschuß erhalten, wäre er ohne einen Pfennig bar Geld. Uebrigens haben die Atlas-Werke 110 Kriegsbeschädigte mit ausgesperrt, darunter über 20 schwerbeschädigte. Fürwahr, eine humane Tat!

Fall 5. Ein Mann, 49 Jahre alt, sieben Kinder, 21 Monate im Feld. Als geisteskrank entlassen. Bekommt 100% Rente, 147 ℳ oder 4.90 ℳ pro Tag für neun Personen. (Ich will vorausschicken, damit ich nicht falsch verstanden werde, daß ich die Akten nicht nach den schlimmsten Fällen durchsucht habe, ich habe nur willkürlich nach den dicksten Akten gegriffen und will daraus nur acht vorführen, weil es an Zeit mangelt. Aber ich sage mir, den Herrrn auf der Rechten und in der Mitte werden acht Fälle genügen.) Also diese neun Personen erhalten pro Tag 4.90 ℳ. Der Mann konnte die Miete nicht zahlen, außerdem keine Lebensmittel anschaffen. Dazu hat ihm ein Spitzbube aus dem Gasmesser 21 ℳ gestohlen, und prompt kam die Behörde und sagte: Du bist der Mieter des Gasmünzmessers, du hast die 21.96 ℳ zu ersetzen und außerdem die Reparaturkosten zu bezahlen, das waren zusammen über 30 ℳ. Das

verlangt der Staat, und der Mann muß sich vom Landesausschuß die 30 ℳ erbitten, um dem Staat zu bezahlen. Er hatte 48mal um Unterstützung gebettelt und 2000 ℳ erhalten. Davon konnte er 6 ℳ zurückzahlen, ein Beweis, wie groß die Not dieses Mannes ist.

Fall 6. Ein Mann mit drei Kindern. 1½ Jahr im Felde. Durch eine Mine verletzt. 75% Rente und erhält nur 89 ℳ. Wurde bei den Hansa-Lloydwerken beschäftigt, konnte aber, da es sich um Arbeit im Stehen handelte, nichts ausrichten. Denn sein Bein ist ihm wund geworden und mußte er die Arbeitsstätte deshalb verlassen, er hatte keine Nebenverdienste, war also arbeitslos. Hatte für Miete 300 ℳ Schulden, dazu kam Krankheit, auch seine Frau wurde vier Wochen krank. Dann mußte er sich einen neuen Stelzfuß anschaffen, hat 15mal den Bettelgang angetreten und 600 ℳ erhalten.

Fall 7. Ein Mann war fünf Monate im Felde, hat zwei Kinder, ist als geistesschwach entlassen. Seine Rente beträgt 22.50 ℳ, dazu Teuerungszulagen, im ganzen 40.50 ℳ. Seine Familie besteht aus vier Personen. Er ist fast immer krank. Hat 60mal Unterstützung erhalten, zusammen 2250 ℳ, jetzt wieder für Nahrungsmittel, Miete, Wassergeld, ist völlig mittellos und steht vor dem Verhungern.

Fall 8. Mann mit sechs Kindern. 2½ Jahre im Felde. Tuberkulose. Aus dem Lazarett entlassen, als er herauskam, nicht einen einzigen Pfennig. Forderte vom Landesausschuß seine Gebührnisse als Darlehn, weil er vom Heere nicht, wie befohlen, mit Gebührnissen entlassen war. Hat dann 2280 ℳ erhalten in 60 Fällen für Möbel, Miete, Kohlen. Davon hat der Truppenteil 279 ℳ Gebührnisse zurückerstattet, 110 ℳ zahlte die Erwerbslosenunterstützung.

Ich könnte Dutzende von Fällen anführen, wie ich schon gesagt habe, will aber absichtlich nur wenige vorführen als Stichproben. Es sind nur wenige nackte Beispiele, wie sie in der Wirklichkeit vorgekommen sind, und in allen Fällen ein Meer von Tränen, eine Unsumme von Not und Elend verraten. Wem krampft sich nicht das Herz zusammen bei solcher Notlage dieser Opfer des Krieges. Ich behaupte also, daß die Not bei den meisten Kriegsbeschädigten so groß ist, daß der Staat unbedingt eingreifen muß. Und, meine Damen und Herren, unsere Behörde gibt mir eigentlich recht. Denn als wir vor drei Monaten den Antrag Klenke-Karkmeyer annahmen und die Behörde ersuchten, zu berichten, in welcher Höhe den bedürftigen Kriegsbeschädigten eine Rente zu gewähren sei, hätte man annehmen müssen, daß tatsächlich die Not nicht so groß ist. Denn wäre die Not nicht so groß gewesen, dann hätte die Behörde recht schnell berichtet; aber da wir noch keinen Bericht haben, müssen wir doch annehmen, daß das Material so groß ist, daß die Behörde es nicht bewältigen kann. Meine Damen und Herren! Einmal ist der Antrag schon abgelehnt worden, und heute stehen wir vor der Frage: was sollen wir nun tun? Wollen wir jetzt die Kriegsbeschädigten wieder vertrösten und unsern Antrag der Behörde erneut überweisen? Die Not ist so groß, daß unbedingt sofort etwas geschehen muß. Das ist aber nicht geschehen. Da könnte man einwenden, in anderen Städten wäre es auch nicht besser. Vor mir liegt nun der Brief von dem Bürgermeister Minhard zu Kettwig v. d. Brücke, den ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlese; er lautet:

Kettwig v. d. Brücke, den 20. September 1919.

An das Bürgermeisteramt in Bremen.

„Den hiesigen Kriegsbeschädigten ist von der Gemeindeverwaltung eine einmalige Teuerungszulage, prozentual nach der Erwerbsunfähigkeit gezahlt worden. Ausgeschlossen sind solche Kriegsbeschädigte, die vor ihrer Einziehung zum Militär ihren Wohnsitz nicht hier hatten. Damit diese Kameraden nun aber nicht dieser Entschuldungssumme verlustig gehen, ist ihnen aufgegeben worden, sich an die Behörde ihres früheren Wohnortes zu wenden. Für Bremen käme mit einer Summe von 165 ℳ der dort — — — wohnhaft gewesene Kamerad Wilh. Meyer in Frage. Wir bitten, den Betrag dem p. Meyer bewilligen zu wollen." Folgt Unterschrift.

Ich habe die Straße weggelassen, damit der Mann nicht vor aller Oeffentlichkeit als arm hingestellt wird. Meine Damen und Herren! Das ist ein Schreiben vom 20. September. Sie ersehen daraus, wie vorbildlich diese Gemeinde vorgegangen ist. Diesem Beispiel muß Bremen unbedingt folgen, das möchte ich auch Herrn Fauth gegenüber besonders betonen. In andern Städten, z. B. in Danzig und Schöneberg, hat man es anders gemacht, da hat man den Kriegsbeschädigten kein Bargeld gegeben, sondern sie mit Kohlen und Kartoffeln beliefert. Und so gibt es noch eine ganze Reihe von Städten, die besser als Bremen für die Kriegsbeschädigten sorgen. Aus all diesen Gründen möchte ich Sie ersuchen, den Antrag anzunehmen. Ich möchte noch auf eins hinweisen: als wir seinerzeit den Antrag einbrachten, habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß der Unterschied bei den Rentenempfängern zwischen Offizieren und Mannschaften sehr groß sei, und daß man hier der gerechten Erbitterung unserer Kriegsbeschädigten Rechnung tragen müsse. Die Verstümmelungszulage für einen Mann beträgt 324 ℳ, für einen beliebigen Offizier, der vielleicht dieselbe Verwundung hat, 900 ℳ, also fast 600 ℳ mehr. Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, daß unsere als tuberkulös entlassenen Kriegsgefangenen infolge der Wohnungsnot heute in Baracken hausen müssen. Aber die entlassenen Offiziere erhalten ein Wohnungsgeld von 8000 bis 15330 ℳ von Reichswegen.

Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Kriegszulage auch mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Gemeine bekommt 180 ℳ, der Offizier 1200 ℳ, also über 1000 ℳ mehr. Das sind in großen Zügen die kleinen Ungerechtigkeiten des Militärmannschaftsversorgungsgesetzes. Allen diesen Wünschen können wir hier natürlich nicht zum Durchbruch verhelfen, das müssen unsere Vertreter in der deutschen Nationalversammlung machen. Was wir aber hier können, ist, daß wir wieder einmal den Finger auf die Wunde legen und sagen: der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß! Bremen sollte vorbildlich sein und diesen armen Kriegsbeschädigten diese Summe bewilligen, die sie verlangen. Ich will darauf aufmerksam machen, daß wir vor einigen Wochen den Beamten eine einmalige Teuerungszulage von 1000 ℳ bewilligt haben. (Widerspruch). Was an den 1000 ℳ fehlt, wird in den nächsten Wochen bewilligt werden müssen; denn wir haben gesagt: wenn das Reich zahlt, muß auch Bremen zahlen! Ich meine, die Nationalversammlung wird diese Zulage einstimmig annehmen. Wir fordern heute für alle Kriegsbeschädigten, die bis 5000 ℳ verdienen, eine einmalige Unterstützung von nur 500 ℳ. Wenn Sie unsern Antrag ablehnen, beweisen Sie, das alles Reden unnütz ist.

Schindelhauer (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Teil der Ausführungen, die Herr Lindau gemacht hat, hat er bereits am 4. Juli ausgesprochen, als wir uns mit einem ähnlichen Antrage zu beschäftigen hatten. Man hätte annehmen sollen, nachdem Herr Lindau von sozialem Verständnis gesprochen hat, daß das Vierteljahr genügt hätte, um einen Antrag herauszubringen, der wirklich soziales Verständnis gezeigt hätte, und der wirklich so gestaltet worden wäre, daß wir ihm ohne weiteres hätten zustimmen können. Meine Damen und Herren! Wenn man sich diesen Antrag aber näher ansieht, dann wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß er voll von Unsozialismus und Ungerechtigkeit ist. (Lachen links. Zuruf: Schleppenträger!) Nach diesem Antrage soll jeder Kriegsbeschädigte, ganz gleich, wieviel Prozent er erwerbsunfähig ist und wie alt er ist, 500 ℳ zugebilligt erhalten. Es wird also kein Unterschied gemacht, ob jemand 20 Jahre alt oder ein Familienvater mit Frau und Kindern ist; er soll in jedem Falle 500 ℳ bekommen. Wenn wir uns nun mit den Kriegsbeschädigten beschäftigen — ich bin zufälligerweise selbst Kriegsbeschädigter und in diesem Falle ziemlich im Bilde — dann ist es doch zunächst erst einmal die Hauptsache, festzustellen, bei welchen Kriegsbeschädigten von einer Notlage gesprochen werden kann. Der Grad der Erwerbsunfähigkeit ist durchaus nicht maßgebend bei der Beurteilung derarrtiger Fragen. Mir sind hunderte von Fällen bekannt, wo Kriegsbeschädigte in einem und demselben Bureau oder in einer und derselben Werkstatt mit ihren Kollegen zusammen arbeiten und genau dieselbe Bezahlung erhalten, die also in keiner Weise durch ihre Beschädigung in ihrer Arbeitsleistung gehindert werden. Diese Kriegsbeschädigten bekommen nun ihre Rente, während ihre nicht beschädigten Feldzugsgenossen, die vielleicht dreimal verwundet gewesen sind, aber zufälligerweise ohne dauernde Schäden, nichts bekommen und mit ansehen müssen, wie ihre kriegsbeschädigten Kollegen ihre Renten empfangen. Wenn man diese Verhältnisse genau kennt, dann kann man auch verstehen, daß sich die übrigen Feldzugsteilnehmer mit Recht dagegen wehren, daß nun so wahllos den Kriegsbeschädigten diese Zulagen gewährt werden sollen. Damit kann man sich unter keinen Umständen einverstanden erklären. Und wenn ich noch in irgend einer Form wankend gewesen bin, wie ich mich zu dem Antrage stellen sollte, dann haben mich gerade die Ausführungen des Herrn Lindau bewogen, ihn abzulehnen. Die Fälle, die er genannt hat, sind sehr bezeichnend dafür, daß der Weg, der hier eingeschlagen werden soll, nicht der richtige ist. Was würden diese 500 ℳ in einer wirklichen Notlage bedeuten? Einen Tropfen auf einen heißen Stein! (Lachen links. — Zuruf: Nichts kriegen!) Meine Damen und Herren! Von nichts kriegen ist gar keine Rede. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß diejenigen, die im Erwerb beschränkt sind, ausreichend unterstützt werden müssen, nicht mit 500 ℳ, sondern so ausreichend, daß sie auch wirklich leben können, und nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Familien. Meine Damen und Herren! Es wird ein Fall von den Hansa-Lloyd-Werken angeführt. Ich erwähne ihn nur aus dem Grunde, weil ich annehme, daß unser Betriebsarbeiterrat, der in dieser Hinsicht gut arbeitet, der für die Kriegsbeschädigten sorgt und auch den Fällen nachgeht, jedenfalls doch etwas dabei gehabt haben muß, um der Sache seine Zustimmung zu geben. (Zuruf von Lindau.) Herr Lindau, Ihre Ausführungen waren so gerichtet, daß man annehmen konnte, daß die Hansa-Lloyd-Werke mehr oder weniger daran beteiligt waren. Mir liegt daran, in diesem Falle den Arbeiterrat in Schutz zu nehmen. (Fortdauernder Lärm links. — Präsident: Ich bitte um Ruhe, die Stenographen können nichts hören!) Meine Damen und Herren! Um auf die Sache selber zurückzukommen: auch der Landesausschuß für Kriegsbeschädigte hat einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Kriegsbeschädigten vorgelegt vom 14. Juni. Auch dieser Landesausschuß spricht sich gegen eine summarische Verteilung derartiger Teuerungszulagen aus. Wenn der Herr Präsident gestattet, werde ich den Passus verlesen:

„Verteilung der Unterstützungen. Der Landesausschuß muß sich gegen jede schematische Verteilung erklären, so daß etwa für die Kriegsbeschädigten allgemein oder abgestuft nach den Prozentsätzen der

Renten ein bestimmter Betrag zur Verteilung kommen würde. Dagegen sprechen wichtige Gründe. Es ist unsozial, allen Kriegsbeschädigten, etwa soweit sie eine bestimmte Rente beziehen, ohne Rücksicht auf den Familienstand und ihre sonstigen Verhältnisse, Arbeitseinkommen usw. eine gleich hohe Zulage zu bewilligen. Vielmehr empfiehlt es sich, die Bedürftigkeit des Einzelfalles zu prüfen und danach zweckentsprechend einzugreifen. Dann besteht die Gewähr der gerechten Verteilung von Beihilfen durch den Landesausschuß, wobei besonders hervorzuheben ist, daß in der Geschäftsstelle von der Organisation der Kriegsbeschädigten abgeordnete Vertreter auch bei der Festsetzung der Unterstützungen mitwirken."

Herr Präsident, wenn das tatsächlich der Fall ist, und so wie ich mich überzeugt habe, ist es der Fall, bin ich überzeugt, daß auf diese Weise mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß tatsächlich denen geholfen wird, denen geholfen werden muß, und wir haben welche, denen geholfen werden muß. Es gibt Kriegsbeschädigte, welche nicht in der Lage sind, das zu erwerben, was sie notwendig haben müssen. Und diesen Kriegsbeschädigten muß in der großzügigsten Weise geholfen werden. Selbstverständlich kann ich es verstehen, wenn der Landesausschuß für Kriegsbeschädigte sich ein Prüfungsrecht vorbehält. Wer die Verhältnisse kennt, wird mir recht geben, daß es Momente gibt und geben kann, wo Prüfungen berechtigt sind, und ich bin der Meinung, daß tatsächlich derjenige, der Ursache hat, solche Hilfe in Anspruch zu nehmen, sich vor diesen Prüfungen nicht zu scheuen braucht. Es ist ein Recht des Kriegsbeschädigten, diese Hilfe zu verlangen, nicht erbetteln braucht er sie. Es ist eine Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß diesen Beschädigten unbedingt geholfen wird. Herr Präsident! Es gibt noch andere Wege, unseren Kriegsbeschädigten zu helfen. In der Kriegsdeputation ist letzthin wiederholt davon gesprochen worden, Lebensmittelverbilligungen für die Minderbemittelten herbeizuführen. Sie (zu den U. S.) haben Gelegenheit, wieder in der Deputation in diesem Sinne mitzuarbeiten. Es wird sich Ihnen Gelegenheit bieten, zu zeigen, ob dabei etwas Ersprießliches herauskommt. Auf eins möchte ich aufmerksam machen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß hier beim Landesausschuß für Kriegsbeschädigte oder den in Frage kommenden Stellen in den allermeisten Fällen für diese Leute, soweit sie Stiefel oder Prothesen notwendig haben, kein Leder vorrätig ist, und wenn nach Wochen oder Monaten Leder da ist, so ist es das dicke Rindleder, was an empfindlichen Füßen am schwersten zu tragen ist. Es wäre Sache der beteiligten Behörden, nachzuforschen, woran es liegt, daß Bremen nicht mit Leder versorgt werden kann. Wenn überall Leder im freien Handel zu kaufen ist, und wenn Stiefel zu Schieberpreisen verschoben werden, muß auch für diese Zwecke unbedingt Leder vorhanden sein. Man soll es requirieren, wenn es nicht von selbst von den beteiligten Stellen geliefert wird. Ich bitte Sie, dem Antrage, der jedenfalls von der demokratischen Partei gestellt wird und darauf hinausläuft, daß die Kriegsdeputation ersucht wird, den damals verlangten Bericht schleunigst zu geben, zuzustimmen. Sie haben Gelegenheit, mit uns in den in Frage kommenden Deputationen dafür zu sorgen, daß der Antrag dem Sinne nach ausgeführt wird; so wie er vorliegt, das werden Sie selbst zugeben müssen, wenn Sie die Sache reiflich überlegen, kann man den Antrag nicht gutheißen. Der Tendenz des Antrages stimmen wir zu, der Form des Antrages können wir nicht zustimmen. Ich bitte, dem Antrage der Demokratischen Partei zuzustimmen.

Karkmeyer (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich am 4. Juli den Antrag des Herrn Lindau in die Gestalt goß, in der er angenommen worden ist, haben meine Freunde und ich erwartet, daß wir sehr bald einen Bericht seitens des Senats resp. der zuständigen Stellen erhalten würden, und daß uns bald Maßnahmen zugunsten der Kriegsbeschädigten vorgeschlagen würden. Wir haben damals gewiß nicht den Antrag gestellt, um den Kriegsbeschädigten nur durch Worte zu helfen. Wir waren uns nur darüber im Zweifel und wollten darüber einen Bericht haben, ob man die Hilfe in Gestalt laufender oder einer einmaligen Teuerungszulage gewähren solle. Nachdem nunmehr der Senat den gesamten Beamten eine einmalige Teuerungszulage gewährt hat und nachdem für die gesamten Kriegshinterbliebenen eine einmalige Teuerungszulage gewährt ist und auch für die Frauen der Kriegsgefangenen eine solche gewährt wird, sehen wir keinen anderen Weg, als den Weg, den heute Herr Lindau aufs neue vorgeschlagen hat, und ich kann Ihnen daher namens meiner Freunde sagen, daß bei aller Mangelhaftigkeit des Antrages im einzelnen wir gewillt sind, dem Antrage zuzustimmen. (Hört! Hört!) Wir wollen, daß den Kriegsbeschädigten rasch geholfen wird.

Meenzen (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die Herr Lindau gemacht hat, sind auch uns nicht neu. Die acht Fälle, die Herr Lindau herangezogen hat, sind die schwersten, die beim Landesausschuß für die Kriegsbeschädigten zu verzeichnen sind. (Lindau: Es gibt noch schlimmere!) Ich glaube, Sie täuschen sich. (Lindau: Nein!) Wie ich am 4. Juli an dieser Stelle erklärte, muß ich es auch heute wiederholen, daß wir die Notlage der Kriegsbeschädigten nicht verkennen, namentlich wo jetzt der Winterbedarf an Kohlen und Kartoffeln eingedeckt werden muß. Wir sind bereit, alles mögliche für die Kriegsbeschädigten zu tun, müssen aber darauf bestehen, daß die Bedürfnisfrage vom Landesausschuß

geprüft wird. Der Prozentsatz der Rente darf keinesfalls eine Rolle spielen. Es gibt Nerven- und Lungen- und Nierenkranke, wo die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit schlecht erfolgen kann, und die infolge dieser schlechten Feststellung nur eine geringe oder keine Rente bekommen, die aber jedenfalls eine einmalige Teuerungszulage notwendiger haben, als mancher andere Kriegsbeschädigte. Meine Partei wird den Antrag auch ablehnen und möchte Sie bitten, den Antrag, den wir jetzt stellen werden, anzunehmen, da ich privatim gehört habe, daß die Kriegsdeputation einen Bericht tatsächlich fertig hat. Ich beantrage deshalb:

> Die Nationalversammlung erinnert an ihren Beschluß vom 4. Juli und ersucht den Senat, die Kriegsdeputation erneut zum sofortigen Bericht aufzufordern.

Frank (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch sind nicht alle Opfer des Krieges aus den Lazaretten entlassen, so sieht man aber hier schon in der Nationalversammlung, daß sich in gewisser Beziehung bei manchen Herren bemerkbar macht, daß sie für diese Opfer des Krieges sehr wenig Verständnis haben. Als wir damals hinausziehen mußten, das sogenannte Vaterland (Pfuirufe rechts, Sehr richtig! links.) zu verteidigen, da waren es der Worte nicht genügend, die uns entgegengerufen wurden: Der Dank des Vaterlandes ist Euch sicher! Aber in welcher Form wird er heute verabfolgt? Wir wollen keinen Dank, wir wollen unser Recht und solange diese wirtschaftlichen Ungleichheiten bestehen, solange es einzelnen Herren möglich ist, aus dem Kriege und dem Blut, was geflossen ist, sich Millionen aufzuhäufen, so daß es ihnen möglich ist, das beste und schönste genießen zu können, können Sie uns als Opfer des Krieges es nicht verdenken, daß wir das Recht fordern, was uns nach unserem guten Verstande mindestens zugesprochen werden muß. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Rollen scheinen sich vom 4. Juli, wo damals der Antrag behandelt wurde zwischen den Sozialisten und Demokraten, vertauscht zu haben. Damals war es der Kriegsbeschädigte Klenke, der hier den Verbesserungsantrag stellen mußte, die Kriegsdeputation zu beauftragen, einen Bericht über die Notlage der Kriegsbeschädigten in der Nationalversammlung zu geben. Heute sind es die Demokraten, die das ähnliche verlangen. Aber ich glaube, die vielen Kriegsbeschädigten werden heute ihr Recht verlangen, gerade so gut, wie es in den einzelnen Städten in drakonischer Weise verlangt worden ist, so wird es auch, wenn Sie nicht schleunigst die Angelegenheit erledigen, in der nächsten Zeit hier in derselben Weise geschehen. Glauben Sie sicher, der Antrag heute wäre nicht notwendig gewesen, wenn wirklich die Kriegsdeputation etwas sozialeres Verständnis gehabt hätte und die betreffende Organisation, die hier in Betracht kommt für die Kriegsbeschädigten, mit herangezogen hätte, um die Angelegenheit der Kriegsbeschädigten zu erledigen; dann hätten sich die Kriegsbeschädigten mit dem, was abgeschlossen ist, zufrieden gegeben. Aber heute sehen sie keine Möglichkeit, anders zu handeln, als an die Nationalversammlung heranzutreten, um das zu fordern, was hier so viele und Herr Karkmeyer, der ganz auf dem rechten Flügel des Hauses sitzt, schon bewilligt haben. Ich sehe nicht ein, wenn heute morgen eine solch große Vorlage zur Verabschiedung gelangt ist, daß nun die Summe, die für die Opfer des Krieges gefordert wird, nicht bewilligt werden sollte. Denn gerade die Vorlage von heute morgen hatte keine Berechtigung. Es kommt schließlich, daß unter Umständen daraus noch ein Schauspiel entsteht, daß unter Umständen noch mehr Opfer erfordert, als der Krieg seit 5 Jahren gebracht hat. (Widerspruch, Zurufe.) Ich komme zu dem Resultate, daß auf der einen Seite es abgelehnt wird, in kulturbringender Form etwas zu schaffen, während auf der andern Seite in nicht nutzbringender Form im Handumdrehen Millionen bewilligt werden. Herr Lindau hat in sehr treffender Weise diejenigen Fälle angeführt, die jedem einzelnen Veranlassung zu denken geben können. Ich möchte diejenigen Herren, die es nicht glauben wollen, daß derartige Fälle vorhanden sind, bitten, hinzugehen nach der Albutenstraße, um sich diese Krüppel, die morgens anmarschiert kommen, anzusehen. Es sind nicht einzelne, ich glaube, die Herren, die dort sitzen, werden Ihnen Dutzende von Fällen vorführen können, und es ist bedauerlich, daß es solche Menschen gibt, die in solch scheußlicher Art und Weise in ihren geistigen und körperlichen Kräften zerrüttet sind. Ich glaube, man muß mit allem Ernst daran gehen, um diesen Opfern zu helfen und darf nicht sagen, wir wollen diese Geschichte ad acta nehmen. Wir betrachten den Antrag der Demokraten als ein Kompromiß, daß die Kriegsdeputation wieder die Berechtigung erhält, die Sache zu beerdigen. Aber irren Sie sich nicht, daß in den nächsten Tagen die Kriegsbeschädigten ihr Recht auf andere Weise suchen werden. Und es ist mit Deutlichkeit gesagt, daß sie in erster Linie zu berücksichtigen sind, denn sie sind es gewesen, die in bestialischer Weise die 5 Jahre haben durchkosten müssen.

Wenn allgemein gemeint wird, daß das Reich die eigentliche Versorgung der Opfer des Krieges zu bestreiten hat, daß genügend geleistet und genügend getan wird, so könnte ich Ihnen an verschiedenen Fällen nachweisen, daß die Opfer des Krieges und die Dienstbeschädigten insbesondere in einer Art und Weise abgefertigt werden, die eigentlich hohnsprechend ist. Namen will ich nicht nennen, aber ich kann Ihnen einen Fall bezeichnen, wo der Mann 3 Jahre lang eingezogen gewesen ist. Er ist nachträglich nervenleidend geworden, so daß er jetzt vollkommen gelähmt ist. Seine Dienstbeschädigung ist nicht anerkannt worden. Er war Schreiber bei der Lagerhausgesellschaft. Wenn man dieses unglückliche Opfer im Laufe dieses Frühjahres

sah, wo seine Frau ihn noch zur Lagerhausgesellschaft brachte, so mußte man sich wundern, wie es möglich war, daß die Militärbehörde diesem Opfer den Rentenanspruch verweigerte, denn wenn er bis zur Postenkette gekommen war, so nahmen seine mitleidigen Kollegen den Mann der Frau aus dem Arm und sprangen ihm zur Seite, um ihn zur Arbeitsstelle zu führen. Jetzt erhält er nur die paar Pfennige Rente, die ihm die Invalidität gibt. Seine Schwiegereltern stehen sich finanziell jetzt etwas günstiger, so daß seine Familie sich durch die Mildtätigkeit seiner Schwiegereltern ernähren kann. Ich bin der Auffassung, das bringt Deutschland wirklich nicht zu Ruhm und Ehre, wenn Leute, die 3 Jahre beim Militär waren, ob sie nun draußen waren oder nicht, die jedenfalls in ihrer Militärzeit sich eine derartige Krankheit zugezogen haben, so behandelt werden.

Weiter kann ich Ihnen noch einen Fall anführen. Der Mann ist 3 Jahre draußen gewesen, hat seine Gesundheit dort geopfert. Er ist nicht verwundet, ist aber mit Tuberkulose in galoppierender Form zurückgekommen, so daß er vor 4 Wochen schon Abschied genommen hat. Der ist fortgesetzt zurückgewiesen worden. Er war nicht arbeitsfähig. Er hat Anträge gestellt, daß er zur Heilkur aufgenommen würde, das wurde abgelehnt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, in welcher langstieligen Art diese Anträge bei der Invalidität behandelt werden. Die Aerzte sind höchstwahrscheinlich zu dem Resultat gekommen, daß der Mann doch nicht mehr zu retten sei. So ist er elendiglich, vor Hunger möchte ich sagen, verschieden. Ich bin der Auffassung, das sind Verhältnisse, die zum Himmel schreien. Wenn Sie mal einen Einblick in unsere Organisation nehmen wollen, dann möchte ich Ihnen den Rat geben, hinzukommen und sich dieses Elend selbst vor Augen führen zu lassen.

Weiter könnte ich Ihnen noch einen Fall anführen. Da ist auch der Betreffende 3 Jahre an der Front gewesen, ist dort erkrankt und hat sich nachträglich ein solches Nervenleiden zugezogen, daß er schließlich in Ellen verstorben ist. Vor ca. 5 bis 6 Wochen hat seine Frau Anträge gestellt auf Dienstentschädigung, auch das ist abgelehnt worden. Die Militärärzte haben sich um dieses bedauernswerte Opfer nicht gekümmert, aber als er gestorben war, sind sie gekommen und wollten feststellen, was an ihm war, um schließlich die Rentenanträge ablehnen zu können. Das haben sie auch fertig gebracht, indem sie festgestellt haben wollen, daß er vor 15 Jahren einmal geschlechtskrank gewesen sein soll. In solcher Weise wird mit den Opfern des Krieges umgegangen. Glauben Sie sicher, auch die Kriegsbeschädigtenorganisationen werden sich als ein Machtfaktor mit der Zeit heranbilden und sich mit derartigen Mittelchen nicht mehr abspeisen lassen. Sie müssen mit Notwendigkeit heranwachsen, damit sie die wirtschaftliche Existenzberechtigung der Kriegsbeschädigten vertreten können. Auf der anderen Seite wurde hier von Herrn Schindelhauer gesagt, daß es ungerecht wäre, wenn jetzt den Kriegsbeschädigten 500 ℳ gewährt würden, weil die Kriegsbeschädigten heute zum Teil auf den Arbeitsstellen denselben Lohn erhalten als gesunde Leute. Zum Teil stimmt das. Ich weiß sehr viele Arbeitgeber, die so human denken, daß sie den Kriegsbeschädigten denselben Lohn wie den vollwertigen Arbeitern auszahlen, und ich begrüße das, aber es gibt auch andere Arbeitgeber, die nicht so human denken. Ich bin der Ansicht, gerade durch diese ungleiche Behandlung geschieht den Kriegsbeschädigten Unrecht. Ich bin der Auffassung, daß man wohl mit Recht verlangen kann, daß den Kriegsbeschädigten von seiten der Arbeitgeber mindestens das gewährt wird, was den vollwertigen Arbeitern gezahlt wird, denn gerade für die Arbeitgeber haben sie ihre Gesundheit geopfert.

Nun kommt weiter hinzu, daß das Arbeitslosengesetz eine Lücke hat. Die Reichsregierung hat verfügt, wie den Kriegsbeschädigten gegenüber von seiten der Arbeitgeber gehandelt werden soll, das Arbeitslosengesetz aber schreibt vor, daß zu 66⅔% Erwerbsunfähige keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben. Somit müssen diejenigen, die ein Bein oder einen Arm verloren haben — das sind zum Teil diejenigen, die 66⅔% erwerbsunfähig sind — sich mit dem bißchen Rente, das ihnen von seiten des Reichs gewährt wird, begnügen. Dann muß dieser elende Verletzte mit den 140 ℳ seine Familie, mag sie groß oder klein sein, ernähren. Ich bin der Auffassung, daß auch hier Remedur geschaffen werden muß.

Weiter müssen wir verlangen, daß wir als Kriegsbeschädigte mindestens einen Einfluß haben müssen auf die Verteilung der gesammelten Unterstützungen für die Kriegsbeschädigten, so im besonderen der Ludendorffspende. Es kann nicht angehen, daß andere Herren darüber verfügen als diejenigen, für die das Geld gesammelt ist. Wir werden unseren Anspruch auf ein Einflußrecht in dieser Beziehung zur Geltung bringen. Ich bin der Auffassung, daß, wenn die Kriegsdeputation ihrer Pflicht in der Form genügt hätte, wie es der Antrag im Juli verlangte, mit Hinzuziehung der Kriegsbeschädigtenorganisationen, daß uns diese Debatte heute abend erspart geblieben wäre. Ich möchte deshalb, wenn unser Antrag abgelehnt wird, trotzdem wünschen, daß die Kriegsdeputation angewiesen wird, daß die Kriegsbeschädigtenorganisationen mit zu den Verhandlungen und Beratungen herangezogen werden. Sonst werden wir auf keinen Fall uns mit dem Resultat zufrieden geben können. Nur die Kriegsbeschädigten selbst wissen, wo sie der Schuh drückt. Ich möchte bitten, mindestens zu beschließen, daß sie hinzugezogen werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit 45 gegen 36 Stimmen abgelehnt.

Schindelhauer (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht in dem Fahrwasser segeln wie die Freunde von links. Es ist eine äußerst dankbare Gelegenheit, dieses Thema so auszugestalten, daß man lange Reden zum Fenster hinaus halten kann. Wenn man die Not anderer schildert, so ist das immer etwas, was zu Herzen geht und auf solche Leute wirkt, die sich ihr Mitgefühl noch bewahrt haben. Ich betrachte die Angelegenheit vom rein sachlichen Standpunkt aus. Wenn Herr Frank sagt, daß heute, nachdem der Krieg schon eine Weile vorbei ist, den Opfern des Krieges ein gewisses Verständnis von vielen Seiten entgegengebracht werden kann, so kann ich Herrn Frank nur sagen, daß auch ich als Opfer des Krieges mir einbilde, in dieser Hinsicht auch ein klein wenig Verständnis und Urteil zu haben, um so mehr, als ich Gelegenheit habe, mit sehr vielen Kriegsbeschädigten zu sprechen, die merkwürdigerweise nicht Ihrer Meinung (zu den U. S.) sind, sondern sich auf denselben Standpunkt stellen, auf dem ich stehe, daß man sich nicht nur von rein egoistischen Gründen leiten lassen darf. Ich bin der Meinung, daß es sehr viele Kriegsbeschädigte gibt, die mit mir darin übereinstimmen, daß sie sagen, wenn etwas geschehen soll, dann soll denen geholfen werden, die so dastehen, daß ihnen unbedingt geholfen werden muß, nicht aber denen, die leichte Beschädigungen haben und auf Grund der leichten Beschädigung eine Rente beziehen, obwohl sie in ihrem Erwerb absolut nicht behindert sind. Wenn man sich auf einen etwas idealistischen Standpunkt stellt, kann man gar keine andere Auffassung haben. Ich kann mir nicht denken, daß ich deswegen, weil ich einen Schuß durch das Bein bekommen habe, noch einen Anspruch darauf habe, monatlich soviel Mark zu bekommen. Nur dann beanspruche ich es unbedingt, wenn ich dadurch im Erwerb beschränkt bin. Meine Verwundung kann mir das Reich nicht bezahlen. Ich könnte eine Entschädigung nur verlangen, wenn ich in meiner Erwerbsfähigkeit verhindert wäre. Das ist also ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß man für jede Verwundung bezahlt werden müßte. Mitgefühl mit den Kriegsbeschädigten muß man haben, aber helfen braucht man nur denen, die hilfsbedürftig sind, die irgendwie in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, und ihnen muß in weitgehendem Maße geholfen werden. Man hat wieder von einer Verwässerung des Antrages gesprochen. Mit Unrecht. Wenn uns geschildert wird, in welch schlimmer Lage sich manche befinden, so wollen wir, daß diesen in ausreichendem Maße geholfen werde, wir halten es nur nicht für richtig, daß auch denen Zuwendungen gemacht werden, die deren nicht bedürfen. Wenn Klagen gegen den Landesausschuß erhoben werden, so sollte man diese bei ihm selbst einbringen, damit für Abhilfe gesorgt werde, es braucht aber nicht damit an die Oeffentlichkeit gegangen werden. Eine Prüfung der Bedürftigkeit wird nicht zu umgehen sein. Aber Herr Frank geht zu weit, wenn er meint, daß, wenn der Antrag an die Kriegsdeputation gehe, er deswegen zurückgewiesen werde, um die Sache zu beerdigen. Da scheinen die Herren von der U. S. sehr wenig Vertrauen zu ihren eigenen Vertretern zu haben, sonst würden sie nicht von einer Beerdigung gesprochen haben. Ich bitte, dem Antrage Meenzen zuzustimmen.

Baurat Knop (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Herr Schindelhauer richtig gesagt hat, sind wir uns wohl alle einig in dem lebhaften Bedauern darüber, daß die Kriegsdeputation in dieser wichtigen und ernsten Frage so langsam gearbeitet hat. Wie wir nun von Herrn Meenzen gehört haben, ist der Bericht der Kriegsdeputation endlich fertiggestellt. Trotzdem es an sich höchste Zeit ist, daß der Bericht veröffentlicht wird, bitte ich doch, dies nicht zu tun, sondern die Sache noch einmal in der Kriegsdeputation durchzuberaten, um den U. S., die jetzt ja wieder mitarbeiten, Gelegenheit zu geben, den Bericht in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ich bin auch durchaus dafür, daß zu den Beratungen Vertreter der Kriegsbeschädigten hinzugezogen werden.

Wie Herr Schindelhauer weiter schon ausgeführt hat, stimmen wir der Tendenz des vorliegenden Antrages durchaus zu, daß den Kriegsbeschädigten geholfen und zwar durchgreifend geholfen werden muß. Wir können den Antrag der U. S. aber nicht annehmen, weil er unsozial ist, ebenso unsozial wie der Antrag, der seiner Zeit von der Beamtenschaft gestellt war und der dahin ging, daß allen Beamten ohne Rücksicht darauf, ob sie ledig oder verheiratet sind, und ohne Rücksicht auf die Kinderzahl eine Teuerungszulage in gleicher Höhe gewährt werden solle. In demselben Sinne ist dieser Antrag gestellt, und ich wundere mich, daß der Antrag in dieser Form aufrecht erhalten wird, nachdem Herr Lindau selbst eine Reihe von Beispielen angeführt hat, die dringend dafür sprechen, daß in der Unterstützung differenziert werden muß.

Hinzufügen möchte ich meinen Worten noch, daß ich es für durchaus erwünscht halte, wenn die Auszahlung der Unterstützungen oder vielmehr der Teuerungszulagen so geregelt würde, daß nicht jeder einzelne Kriegsbeschädigte ein Bittgesuch einreichen muß, sondern daß die Zahlung beim Vorhandensein gewisser Voraussetzungen automatisch eintritt. Ich spreche schließlich noch einmal meine Freude darüber aus, daß die U. S. wieder mitarbeiten wollen. Und da sie selbst zugeben müssen, daß sie bei den Beratungen in der Deputation noch etwas mehr für die Kriegsbeschädigten herausholen können als ihr Antrag sagt, so glaube ich, daß es auch ihnen nicht schwer sein wird, unserem Antrage zuzustimmen. (Beifall.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Meschkat, Tjaden, Rhein.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Klenke (M.-S.): Ich bitte, den Schluß noch nicht zu belieben. Herr Professor Tjaden ist noch angeschrieben, und ich halte es für wünschenswert, daß er als Vertreter des Landesausschusses noch zum Worte kommt.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Meschkat (D.): Nur einige Worte. Ich möchte die dringende Bitte an die Kriegsdeputation richten, mindestens in den nächsten acht Tagen Bericht zu erstatten, da in dieser Frage eine Entscheidung getroffen werden muß. Und weiter möchte ich bitten, diese Sache nicht zu einer parteiagitatorischen Frage zu machen. Meiner Meinung nach würde es am zweckmäßigsten sein, wenn alle Organisationen etwas enger zusammenarbeiteten und gemeinsame Vorschläge unterbreiteten. Der Dank des Vaterlandes muß allen zuteil werden, die geschädigt sind. Die Unterstützung muß aber differenziert und sozial ausgestaltet werden, es darf nicht schematisch vorgegangen werden. Deshalb bitte ich, unsern Antrag anzunehmen und den Mitgliedern der Kriegsdeputation mit auf den Weg zu geben, schleunigst zu berichten.

Prof. Dr. Tjaden (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht Vertreter des Landesausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge, nur Vertrauensarzt, und habe damit nur Einfluß auf die Beschlüsse des Ausschusses, soweit sie mit der Beschädigung zusammenhängen. Immerhin möchte ich zu dem heutigen Antrage einige Worte sagen. Herr Lindau hat mit Recht die große Not vieler Kriegsbeschädigten geschildert, ihnen muß geholfen werden. Insofern hat Herr Lindau aber nicht recht, als er sagte, daß die Kosten für die Heilstättenkuren für Lungenkranke von diesen selbst getragen würden und daß darum nur wenige Kriegsbeschädigte den Heilstätten zugeführt würden. Herr Lindau irrt. Die Lungenkranken werden immer den Heilanstalten zugeführt, wenn es irgend möglich ist. Leider sind aber jetzt die Heilstätten recht überfüllt (Zuruf: Da müssen mehr eingerichtet werden!) Das ist sehr schön, derartige Heilstätten lassen sich aber nicht von heute bis morgen einrichten. Wir haben uns nach jeder Richtung die größte Mühe gegeben, für unsere Kranken die geeigneten Heilstätten zu finden, besonders auch für den Winter, aber es ist außerordentlich schwer. Unsere Bemühungen werden aber nicht aufhören.

Was den Antrag betrifft, so haben meine Parteifreunde schon darauf hingewiesen, daß er nicht sozial ist und in mancher Hinsicht nicht weit genug geht. Was wir an dem Antrage auszusetzen haben, ist vor allem, daß er sich auf alle Kriegsbeschädigten erstrecken soll und daß er andererseits die Unterstützung auf 500 ℳ festlegt, während diese Summe in vielen Fällen nicht reichen wird. Deshalb glauben wir, daß der Antrag, wie er gestellt ist, nicht angenommen werden kann, sondern daß die Sache an die Kriegsdeputation verwiesen werden muß, die meines Erachtens in acht Tagen berichten kann und die dafür sorgen muß, daß die Sache sozialer gestaltet wird. (Beifall!)

Senator Rhein (M.-S.): Nur wenige Worte. Zu der Art, wie Herr Lindau seine Ausführungen gemacht hat, lag gar keine Veranlassung vor. Darüber bestehen gar keine Meinungsverschiedenheiten, daß den Kriegsbeschädigten geholfen werden muß, sondern nur darüber, in welcher Form geholfen werden soll, welche Art die beste ist, um ihnen wirklich zu helfen. Der Antrag, den Kriegsbeschädigten eine Unterstützung von 500 ℳ zu zahlen, ist nicht sozial, weil dabei die Bedürftigkeit des Einzelnen nicht berücksichtigt ist. Wenn dann beklagt worden ist, daß der Bericht der Deputation noch nicht vorliegt, und daraus geschlossen wird, daß wir kein Herz für die Kriegsbeschädigten hätten, so möchte ich letzteres ganz entschieden bestreiten. Die Herren Baurat Knop und Meschkat haben ja darüber schon Aufklärungen gegeben. Ich möchte dem noch hinzufügen, daß die Kriegsdeputation sehr große Aufgaben, betreffend Lebensmittelversorgung, Teuerungszulagen usw. zu erfüllen hat und ihr immer weitere Aufgaben überwiesen werden, so daß sie diesen Bericht nicht so bald, wie sie selbst gewünscht hätte, hat erstatten können. Sie wird ihre Arbeiten nach Möglichkeit beschleunigen. Ich möchte aber noch einmal betonen, daß zu solchen Ausführungen, wie sie gemacht sind, und zu solchen Vorwürfen gegen die Kriegsdeputation keine Veranlassung vorliegt.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Lindau (U. S.): (Schlußwort.) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem sämtlichen Beamten die Teuerungszulage gewährt worden ist, müssen wir auch den Kriegsbeschädigten die Zulage geben. Was Herr Meenzen erklärt hat, ist mir vollständig unbegreiflich. Ich begreife nur das eine, daß die Demokraten und die Mehrheitssozialisten ihre Rollen vertauscht zu haben scheinen. Am 4. Juli hat Herr Klenke nicht ganz unberechtigte Vorwürfe von seiner Kriegsbeschädigten-Organisation erhalten. Heute hat sich Herr Klenke die Demokraten als Sündenbock ausersehen. Und nun muß Herr Meenzen diesen Verwässerungsantrag erneut stellen. Er muß ganz genau wissen, daß die Fälle, die ich angezogen habe, nicht die schwersten sind, sondern leider normale Fälle sind. (Widerspruch des Herrn Meenzen.) Das Aktenmaterial, das sich beim Landesausschuß befindet, ist ungeheuer. Gehen Sie nur einmal einen einzigen Morgen zum Landesausschuß und setzen Sie sich dort vier Stunden hin und lassen Sie das Heer der Kriegsbeschädigten, das dort bettelt, vorüber ziehen: Blinde, Leute, denen beide Beine fehlen, und die sich die Treppen hinauf quälen müssen, um dort stundenlang zu warten. Wenn gesagt wird, der Landesausschuß müsse die Leute unterstützen, so wußte ich das. Aber ich frage Sie: Ist es nicht richtiger, den Leuten eine einmalige Abfindungssumme zu

geben, als daß man sie täglich dorthin kommen läßt zum Betteln? Ohne unverschämt zu sein, hätten wir 2000 ℳ verlangen können. Herr Schindelhauer hat wieder damit angefangen, unsern Antrag unsozial zu nennen. Ach, meine Damen und Herren, als wir am 4. Juli eine Erhöhung der Beträge forderten, da war unser Antrag auch unsozial, damals forderten wir für Beschädigte bis 50% 250 ℳ Teuerungszulage und 500 ℳ für diejenigen, welche über 50% erwerbsunfähig sind. Und heute, wo wir eine gleichmäßige Summe haben wollen, ist der Antrag wieder unsozial. Sie sprechen immer von Ihrem warmen Herzen. Und da bewilligen Sie mit einem Federstrich diese 15 Millionen für die Militarisierung der Polizei, aber für die Kriegsbeschädigten haben Sie nichts als Worte. Die Angriffe gegen die Bummelei der Kriegsdeputation können nicht abgewaschen werden. Man hat uns auch wieder zugerufen, man hätte unsere Freunde zur Mitarbeit herangezogen in die Deputationen, dort sollten wir unsere Kräfte einsetzen. Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes war damals angenommen. Wir hätten alle unsere Kraft schon längst einsetzen können, wenn man uns geholt hätte. Ich will nur einen einzigen Fall anführen, um Ihnen zu zeigen, wie schwer die Not ist. Da ist ein 19jähriger Kriegsbeschädigter. Er ist auf beiden Augen blind. Er wird von Bremen entlassen nach Berlin, in seine Heimat. Einen Blindenhund, den er so dringend braucht, hat er hier in Bremen nicht bekommen, und in Berlin auch nicht. Jetzt sitzt dieser Unglücksmensch in Berlin und hat keinen Hund, kann sich also nicht auf die Straße begeben. Hier in Bremen war kein Hund für ihn aufzutreiben, da ist die Schwester nach Oldenburg gefahren zur Kriegsblindenschule. Dort hat Rittmeister Lehmann gesagt, er würde gern helfen, aber er habe 46 Hunde zur Ausbildung und habe Bestellungen von 2600 Kriegsblinden, die auf einen Führerhund warteten. Und unsere Reichsregierung denkt nicht daran, die Hunde zu beschlagnahmen, sie denkt aber daran, Hunde zu bekommen für unsere Reichswehrtruppen, um Spartakus zu bekämpfen, der nachts durch die Straßen schleicht. Ich kenne viele Kriegsblinde, die noch keinen Hund haben. Wenn die keine Angehörigen hätten, könnten sie überhaupt nicht auf die Straße gehen. Polizeileutnant Meißner sagte, er würde gern einen Hund hergeben, aber so ein Hund koste mindestens 600 ℳ. Und die Schwester, die mittellos war, mußte wieder abziehen. So könnte man Dutzende von Fällen erzählen. Wie es kommen wird, haben wir voraus gesehen. Wir wußten, daß im stillen Kämmerlein der Arbeitsgemeinschaft die Rollen vertauscht waren. Daß unser Antrag abgelehnt werden wird, bedauern wir. Aber die Kriegsbeschädigten werden sich nicht mit leeren Worten trösten lassen, sie werden vielleicht auf die Straße gehen. Wir haben in unserer Organisation noch gebremst und gesagt: bleibt zu Hause! Aber diesmal werden sie es vielleicht machen, diesmal bedarf es nur eines einzigen Wortes, und Sie haben fast die gesamten Kriegsbeschädigten, auch die in der Organisation des Herrn Meenzen, auf der Straße. Und dann werden Sie die Schuld daran tragen. Also nehmen Sie unsern Antrag an; noch ist es Zeit. Die Summe ist so gering, daß sie jeder mit gutem Gewissen bewilligen kann. Für heute kommt es darauf an, den Kriegsbeschädigten zu zeigen, daß wirklich der gute Wille da ist.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Antrag Meenzen ab.

Frank (U. S.): Der weitergehende Antrag ist der Antrag Lindau.

Präsident: Tut mir leid. Nach § 48 ist zuerst über den Antrag Meenzen abzustimmen.

Der Antrag Meenzen wird angenommen. (Pfuirufe links.)

Präsident: Ich möchte folgende Mitteilung machen: Aus der Kommission wegen des Volkswohlfahrtsamts sind ausgeschieden:

J. Cordes, Christians und J. Bode; eingetreten: Frau Scharke, Rietschel und Schulze, aus der Kommission wegen des Arbeitsamts ausgeschieden: Matthias, Meschkat und Dünnemann; eingetreten: Dr. Künkler, Ludewig und Harms.

Dann möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß der Antrag Marburg (XI) folgende Fassung erhalten hat:

> Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die zuständige Behörde zu beauftragen, wegen Weiterführung der Straßenbahn nach Huchting, in der Richtung Duckwitzstraße, Kirchhuchtinger Landstraße, Huchtinger Heerstraße, das Erforderliche zu veranlassen.
>
> Die Nationalversammlung beschließt die Niedersetzung einer aus 13 Mitgliedern bestehenden Deputation für die Straßenbahn.

Ferner möchte ich mitteilen: Von den Anträgen, die beim Budget zurückgestellt worden sind, sind folgende zurückgezogen: Nr. 2, 3, 4, 16, 19, 21, 40 und 43.

Folgende Anträge werden ohne Begründung und Aussprache den Deputationen zur Berichterstattung überwiesen: Nr. 1, 5, 7, 8, 12, 13, 14, 20, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 38, 39, 41, 45, 46, 47, 49 und 53.

Meine Damen und Herren! Nachdem erfreulicherweise die Anzahl dieser Anträge so sehr zurückgegangen ist, habe ich kein Bedenken, daß wir heute Schluß machen.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß 9 Uhr.